



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Spiel auf Zeit

Die ungewisse Zukunft der Jobcenter, Kernstück der Hartz IV-Reform, ruft den Bayerischen Städtetag auf den Plan. Wie der Verbandsvorsitzende, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger vor der Presse in München mitteilte, „stehen wir vor einem Scherbenhaufen“. Es sei trostlos, wie Kanzlerin Merkel hin- nimmt, dass sich die Unionsfraktion nicht mit den Ministerpräsidenten einigt. „Das ist eine Bankrotterklärung“, machte Schaidinger seinem Unmut Luft.

Rückblick: Vor fünf Jahren wurde mit den Arbeitsgemein- schaften zwischen kommunalen Sozialverwaltungen und der Bundesagentur für Arbeit eine Stelle für Hilfe aus einer Hand geschaffen.

Mischverwaltung

Ohne Hilfe der Kommunen hätte die reibungslose Ein- führung der Arbeitsgemein- schaften 2005 nicht funktionie- ren können, betonte Schaidinger.

zum Formulieren der Gesetzes- änderung, ein Jahr zur Umstel- lung der Organisation. Inzwi- schen ist aber die Hälfte der Zeit schon abgelaufen und nichts ist passiert.“

„Hilfe aus einer Hand war Konsens und ist noch immer der richtige Weg. Das dürfen wir nicht zerbrechen lassen“, mahnte der Vorsitzende an. Deshalb hatte der Bayerische Städtetag im Sommer 2008 eine Verfas-

sungsänderung vorgeschlagen. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und alle 16 Länderminister hätten sich dann auf die Verfassungsänderung geeinigt. Die Unionsfraktion aber habe „dies- en einfachsten Weg“ abgelehnt. „Die Arbeitsgemeinschaften funktionieren. Wenn eine Organi- sation funktioniert, soll man nicht die Organisation, sondern das Gesetz ändern“, erklärte Schaidinger.

Runder Tisch

Die Kanzlerin solle einen runden Tisch einberufen, um eine politische Lösung zu finden, die den Auflagen des Bundesverfas- sungsgerichts entspricht, forder- te der Städtetagsvorsitzende. Die Kanzlerin müsse Führung zeigen und dürfe sich nicht mit dem Scheitern abfinden. Wenn es um das Schicksal von 6,5 Millionen Bundesbürgern gehe, die in ir- gendeiner Form von Hartz IV abhängig sind, sei es grob fahr- lässig, auf Zeit zu spielen, meinte Schaidinger. Die Bürger er- warteten konstruktive Kompromi- se. „Wenn es schon eine große Koalition nicht schafft, wer soll es dann schaffen?“, so der Vorsitzende. Das Problem dürfe nicht auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben wer- den. Folgende fünf Möglichkei- ten stehen laut Schaidinger zur Debatte:

(Fortsetzung auf Seite 4)



CSU-Kandidatinnen und -kandidaten für das Europaparlament gemeinsam mit den Ehren- vorsitzenden Theo Waigel und Edmund Stoiber sowie dem Parteivorsitzenden Horst Seehofer. □

Kleiner CSU-Parteitag in Deggendorf:

Europa im Blick Bayern im Herzen

Programm zur Europawahl einstimmig verabschiedet

Beim Kleinen Parteitag in Deggendorf hat die CSU den Startschuss für ihren Europawahlkampf gegeben. Neben Parteichef Horst Seehofer stimmten auch die ehemaligen Parteivorsitzenden Theo Waigel und Edmund Stoiber sowie der Europa-Spitzenkandidat und schwäbische CSU-Bezirkschef Markus Ferber die rund 300 Delegierten auf die heiße Phase des Wahlkampfes ein. Inhaltlicher Schwerpunkt war die einstimmige Verabschiedung des Europa- wahlprogramms.

„Die CSU steht für ein Euro- pa, dem die Menschen vertrauen können und das seiner Verant- wortung in der Welt gerecht wird. Die CSU steht aber auch für ein Europa, das seine Gren- zen kennt - in seinen Zuständig- keiten, in finanzieller Hinsicht und in seiner räumlichen Aus- dehnung“, heißt es eingangs. Euro- pa solle sich vor allem auf die Probleme konzentrieren, die Re- gionen und Staaten in einer sich wandelnden Welt nicht allein lö- sen können. Es gelte, die kultu- rellen Besonderheiten starker Regionen zu schützen und den Menschen dadurch Heimat zu bewahren.

Volksabstimmungen

Die CSU setzt sich für mehr Volksabstimmungen innerhal- ber der EU ein. Diese sollen dann zum Zuge kommen, wenn wichtige Zuständigkeiten von den Mitgliedsstaaten auf die EU übertragen werden sollen oder wenn es um die Erweiterung der EU geht. Zudem müssten das EU-Parlament als einzig direkt gewähltes Organ gestärkt und auch bei Europawahlen Direkt- wahlkreise eingeführt werden. An der europäischen Gesetzge- bung sollen deutscher Bundes- tag und Bundesrat stärker betei- ligt werden.

Europa der Regionen

Laut Christlich-Sozialer Uni- on sind weniger Entscheidungen zentralistisch in Brüssel zu tref- fen, sondern vor Ort in einem starken Europa der Regionen.

ist - nämlich von unseren Kom- munen. Unsere Gemeinden, Stä- te und Landkreise müssen eigen- verantwortlich entscheiden könn- en, wie sie ihre Aufgaben erle- digen. Ihr Handlungs- und Ent- scheidungsspielraum darf nicht durch Vorgaben aus Europa un- (Fortsetzung auf Seite 4)

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr Wissen setzt Energie frei. Nach dem erfolgreichen Start im vergangenen Jahr lädt die Bayerische Gemeinde- zeitung erneut zum großen Info-Tag für Kommunen am 2. Juli 2009. Im Garching Bürgerhaus treffen die Pro- fis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie- Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor. □



Ende 2007 erklärte das Bundes- verfassungsgericht die Arbeits- gemeinschaften jedoch aufgrund der „unzulässigen Mischverwal- tung“ von Kommunen und der Agentur für Arbeit für nicht ver- einbar mit dem Grundgesetz. Den Arbeitsgemeinschaften wur- de eine Übergangsfrist bis Ende 2010 gewährt.

Hilfe aus einer Hand

Schaidinger: „Das Gericht hat dem Bund und den Ländern drei Jahre Zeit gegeben. Das wäre ein Jahr zum Verhandeln, ein Jahr

Bayerische Landesausstellung 2009 in Würzburg:

„Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat in der Würz- burger Residenz die Landesausstellung 2009 eröffnet. Sie beleuch- tet unter dem Titel „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ die Nachkriegszeit.

Von Trümmerfrauen und Car- re-Paket bis Nierentisch und Pet- ticoat - die Zeit von Wiederauf- bau und Wirtschaftswunder weckt viele Erinnerungen. Diese Epo- che nach 1945 prägt Bayern bis heute. Das gilt für die Grundri- se von Städten ebenso wie für die Architektur von Kaufhäu- sern, Kinos und Kirchen. Zahl- reiche Exponate wurden zusam- mengetragen. Dazu gehört unter anderem eine Jukebox, die mit

alten Groschen funktioniert so- wie ein Kicker, der das WM-Fi- nale 1954 zwischen Deutschland und Ungarn nachspielen lässt.

Politik und Alltagskultur

Die Landesausstellung 2009 macht die Zeit des Aufbruchs wieder lebendig - von den Ent- behrungen der Nachkriegszeit bis zum neuen Wohlstand der (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Symbol des Wirtschaftswunders: Der VW Käfer. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Mit Leidenschaft verfolgt der Bürgermeister die Idee eines aktiven Stadtmarke- tings. Jedoch ist noch viel Überzeugungsarbeit zu lei- sten, weshalb er erst einmal selbst auf die Jagd nach zugkräftigen Namenszusät- zen geht. Auch die Bürger sollen über einen Aufruf in der Lokalzeitung einbezo- gen werden. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Europa muss bürgernäher werden	2
Mehr Geld für Kinderbetreuung	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Vätermonate als wertvolle Erfahrung	3
Megatrend Gesundheit	3
Konjunkturpaket II: Impuls für Konjunktur und Arbeitsplätze	4
GZ-Fachthemen: Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	5/6
Schulungen · Marketing · Standortinitiativen	7/8
Sicherheit · Katastrophenschutz	9/10
Umweltschutz · Abfall und Recycling	11/12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Landtag für Abbau von Bürokratie und Korrektur von Fehlentwicklungen:

Europa muss bürgernäher werden

Gute Voraussetzung für Überwindung der Wirtschaftskrise

Im Vorfeld der Europawahl am 7. Juni hat Bayerns Europaministerin Emilia Müller (CSU) in einer Regierungserklärung im Landtag die Neuausrichtung der Europäischen Union auf der Basis des Vertrages von Lissabon propagiert. Dazu müsse die Akzeptanz beim Bürger verbessert werden. Durch Korrektur von Fehlentwicklungen und Abbau von Bürokratie bis in die kommunale Ebene müssten die Voraussetzungen geschaffen werden, die globale Finanz- und Wirtschaftskrise gemeinsam zu überwinden. Für die 27 Mitgliedsstaaten gelte es, mit einer Stimme zu sprechen und nationalstaatlichen Protektismus zu verhindern.

Dazu müsse sich Europa auf die großen Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik, Energieversorgung und Klimaschutz konzentrieren. „Was die Bürger dagegen stört, sind übertriebene Regulierung und bürokratische Vorgaben aus Brüssel. Bayern steht für Subsidiarität, Deregulierung und eine Konzentration der EU-Kompetenzen auf das Wesentliche.“ Dazu gehöre, dass die kommunale Selbstverwaltung geachtet werde. Der Gestaltungsspielraum der Kommunen dürfe nicht eingeeignet werden. Zum Beispiel bei der Breitbandversorgung „erwarten wir, dass

sie von der EU unterstützt und nicht behindert werden“.

Gestaltungsspielraum für die Kommunen

Die Ministerin betonte das Subsidiaritätsprinzip. Seit Anfang dieses Jahres sei der Bayerische Landtag als erstes Landesparlament an seiner Durchsetzung bis hinauf zur EU-Ebene beteiligt. Zu wichtigen Fragen der EU – wie deren Erweiterung – trete die Staatsregierung für die Volksentscheide ein. Einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU

ministerin sogar ein Lob, konkret hatte er jedoch viele Einwände. Im Punkt Entbürokratisierung nannte er die Umsetzung des Kommunalpakts auf die kommunale Ebene. Dabei „hat der Amtsschimmel so laut gewiebert, dass die Bürgermeister erschrocken sind“. Es gelte, die bayerischen Bürger, derzeit besonders die Landwirte, nicht nur von europäischer sondern auch bayerischer Bürokratie zu entlasten. In der Frage des Europa-Volksentscheids gebe es auch in der SPD verschiedene Meinungen. Zum Türkeibeitritt meinte Förster, die CSU brauche diese Frage als Gespenst für ihren Wahlkampf.

Abgeschottete Abgeordnete

Dr. Gabriele Pauli (FW) befand die Rede der Ministerin ohne Überzeugungskraft für die Europapolitik der CSU. Als ehemalige Landrätin dieser Partei habe sie nicht erlebt, dass Europaabgeordnete engen Kontakt mit den Kommunalpolitikern gesucht hätten. Das löste heftige Widersprüche bei der CSU aus. Die frühere Sozialministerin Christa Stewens verwies in einer Zwischenbemerkung darauf, dass CSU-Europapolitiker auch Kreistagen angehörten. Pauli blieb dabei, Europaabgeordnete seien vielfach eine abgeschottete Gemeinschaft.

Lobbyismus-Kritik

Sie wandte sich gegen den Lobbyismus. Als Europakandidatin der Freien Wähler habe sie an der letzten Sitzung des alten EU-Parlaments teilgenommen und sei dabei vom namhaften Vertreter eines großen Wirtschaftsunternehmens gefragt wor-

den, ob er sie mal zum Gespräch einladen dürfe. Der Streit um den Türkeibeitritt sei ein unwürdiges Schauspiel mit ausländerfeindlichen Emotionen. Man müsse mit diesem Land auf gleicher Höhe diskutieren. Im übrigen sei sie mit der Regierungserklärung in vielen Punkten einig.

Diskussion um Lissabonner Vertrag

Dr. Martin Runge (Grüne) war der Ansicht, der Beitritt der Türkei müsse auch in deutschem Interesse sorgfältig erwogen werden. Der Lissabonvertrag enthalte viel Sinnvolles, öffne die Tür aber auch für ein Hineinregieren von oben nach unten bis in die Kommunen. Deshalb lehne seine Partei den Vertrag ab.

Prof. Ursula Männle (CSU), Vorsitzende des Europaausschusses, befand, das EU-Parlament bekomme durch den Lissabonvertrag mehr Rechte, freilich ohne Gesetzgebungskompetenz, und werde ein echtes Kontrollorgan. Die Subsidiarität könne mit neuem Leben erfüllt werden. Auch Bundestag und Landtag würden gestärkt. Dem Vorwurf der Opposition, die CSU gaukle den Wählern etwas vor, hielt Männle entgegen, ihre Partei sei die einzige mit einer bundesweiten Landesliste zur Wahl.

FDP will Bürgerbegehren

Dr. Anette Sulton (FDP) sagte, gerade in der jetzigen Krise erweise sich die Europäische Union als Glücksfall, habe jedoch den Test in der Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht bestanden. Die FDP wolle die EU demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger machen, was mit dem Lissabonvertrag möglich werde. Bürgerbegehren würden zur Annäherung der EU an die Bürger führen.

Die Türkei sei derzeit nicht reif für einen EU-Beitritt, die Gemeinschaft der 27 Staaten aber auch nicht reif für eine Aufnahme der Türkei. Es gehe jetzt darum, eine vernünftige Perspektive jenseits des Beitritts zu finden. **rm**

Mehr Geld für Kinderbetreuung

Landtag reagiert auf Warnstreiks der Erzieherinnen und Erzieher

Der Warnstreik des Personals von Kindertagesstätten und Horten hat im Landtag Regierungsfractionen und Opposition zu Dringlichkeitsanträgen veranlasst. Die Staatsregierung wird auf der Basis des Bayerischen Kinderbildungsgesetzes (BayKiBiG) und des Bildungs- und Erziehungsplans (BEP) aufgefordert, sich für bessere Bezahlung und mehr Fachpersonal, insbesondere auch männliches, sowie für den Ausbau der Betreuungsstätten einzusetzen.

Angenommen wurde der CSU/FDP-Antrag: Die Staatsregierung soll auf die Tarifparteien hinwirken, dass die Erzieherinnen und Erzieher ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gemäß angemessen bezahlt werden und Arbeitsbedingungen erhalten, die eine individuelle Förderung der Kinder ermöglichen. Dazu sei eine genaue Berufsanalyse erforderlich.

Im SPD-Antrag wurde die Staatsregierung aufgefordert, die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Erzieher und Erzieherinnen durch eine deutlich höhere staatliche Finanzausstattung zu verbessern und sich für attraktive Arbeitsbedingungen des Personals einzusetzen. Die Grünen verlangten, die Bezahlung spürbar zu verbessern sowie den Anstellungsschlüssel und die Gruppengröße in den Kindertagesstätten zu verringern.

Sozialministerin Christine Haderthauer verwies darauf, dass die Bezahlung Sache der Tarifpartner - also privater und kommunaler Träger der Kindertagesstätten - sei. Bayern habe seine Mittel für die Kinderbetreuung laufend erhöht, so dass es jetzt einen Staatsanteil von 52 % bei der Finanzierung gebe. Zweifellos sei die Bezahlung ein zentrales Moment, aber es gehe zunächst um den weiteren Ausbau, vor allem für die Betreuung der Unter-Dreijährigen. Erst danach könne über zusätzliches Personal geredet werden. Die Oppositionsanträge wurden von CSU und FDP abgelehnt, weil sie nicht korrekt auf die rechtliche Kostenteilung ausgerichtet seien. **rm**

Euregio Egrensis-Jahrespressekonferenz:

Resolution zur EU-Förderpolitik

Auf der Jahrespressekonferenz in Himmelkron hat die Euregio Egrensis eine selbstbewusste Bilanz ihrer Arbeit gezogen. Die drei Arbeitsgemeinschaften in Bayern, Böhmen und Sachsen/Thüringen arbeiteten auf einer freundschaftlichen Basis erfolgreich zusammen, konstatierte Gesamtpräsident Simon Wittmann.

Dr. Birgit Seelbinder, Präsidentin der bayerischen Euregio, wies mit Sorge darauf hin, dass die Erfolgsgeschichte der Sprachoffensive in „München“ nicht mehr so stark gewürdigt werde. Der politische Rückenwind sei jedoch unbedingt notwendig.

František Curka, Präsident der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Böhmen, berichtete von viel versprechenden Projekten in der Fremdenverkehrs- und Tourismuswerbung, die unter böhmischer Federführung für die Gesamtregion vorangetrieben werden. Für die sächsische und thüringische Arbeitsgemeinschaft präsentierte Präsident Dr. Tassilo Lenk u.a. die erfolgreiche Aneignung und Anpassung der von der bayerischen Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufenen Sprachoffensive zum Erlernen der tschechischen Sprache.

Positive Bilanz

Gastreferent Dirk Ahner, Generaldirektor für EU-Regionalpolitik bei der Europäischen Kommission, gab einen Ausblick über die Ausgestaltung der Zusammenarbeit ab 2014. Die Euregio Egrensis übergab dem Generaldirektor eine Resolution mit ihren Positionen zur künftigen Kohäsions- und Förderpolitik der EU.

„Die Euregio Egrensis ist seit den 1990er Jahren in die Umsetzung der verschiedenen INTERREG-Programme zwischen Bayern, Sachsen und Tschechien bzw. in das PHARE-CBC-Programm auf tschechischer Seite eng eingebunden. In den Programmen INTERREG III A (2000-2006) und Ziel 3 bzw. INTERREG IV (2007-2013) wurde die Position der Euregio durch die Übertragung bestimmter Aufgaben kontinuierlich und erheblich gestärkt“, heißt es in der Resolution.

Ungeachtet dieser positiven Entwicklung bleibe jedoch fest-

zuhalten, dass die nachhaltigen Folgen der jahrzehntelangen undurchdringlichen Grenze zwischen Ost und West noch lange nicht überwunden sind. Eine abgestimmte Regionalentwicklung, das Überbrücken kultureller und sprachlicher Unterschiede, der Abbau regionaler, wirtschaftlicher und struktureller Disparitäten oder die Schaffung einer gemeinsamen regionalen Identität blieben weiterhin eine große Herausforderungen. Zugleich werde aber zur Kenntnis genommen, dass in der gewonnenen Vielfalt auch eine Chance für die künftige Entwicklung begründet liegt.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Kohäsion im Sinne eines wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts innerhalb der EU und grenzüberschreitende Zusammenarbeit benötigten daher gerade an den ehemaligen EU-Außengrenzen zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten auch über das Jahr 2013 hinaus entscheidende Hilfe.

Die kommunal und regional Verantwortlichen in der Euregio Egrensis appellieren deshalb an die Entscheidungsträger auf nationaler Ebene, vor allem aber auf europäischer Ebene, 1. die Fördermöglichkeiten für territoriale Kooperation und für grenzüberschreitende Zusammenarbeit ab 2014 im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten oder sogar auszuweiten, 2. grenzüberschreitende Kleinprojekte und Begegnungsmaßnahmen auch in Zukunft in der Förderung zu belassen, und 3. die Aufgaben der Euroregionen innerhalb der Förderprogramme zu erhalten und zu stärken, da es sich gezeigt habe, dass die regionale Ebene die beste ist, um grenzübergreifende Programme und Projekte im Sinne der EU umzusetzen. **DK**

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Barbara Reithmeier 83561 Ramerberg am 25.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Kreitmeir 85229 Markt Indersdorf am 19.5.

Bürgermeister Albin Steiner 85120 Hepberg am 24.5.

Bürgermeister Alfred Schraml 94158 Philippsreut am 28.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Janson 89269 Vöhringen am 1.6.

Bürgermeister Anton Drexler 94344 Wiesenfelden am 19.5.

Bürgermeister Kurt Back 97724 Burglauer am 20.5.

Bürgermeister Wunibald Koppenhofer 85119 Egweil am 25.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Ullmann 97769 Bad Brückenau am 19.5.

Bürgermeister Erwin Seiler 86753 Möttingen am 26.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Henninger 91607 Flachslanden am 22.5.

Hinweis in eigener Sache: Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

erteilte Müller erneut eine Absage. Grundsätzlich bekannten sich die Sprecher aller fünf Fraktionen zu diesen Richtlinien. Dr. Linus Förster (SPD) zollte der Mi-

Konjunkturpaket bleibt umstritten

Opposition greift im Landtag Anträge für ein bayerisches Sonderprogramm auf

Im Landtag hat die Opposition die Unzufriedenheit mit der Verteilung der 1,4 Mrd. Euro aufgegriffen, die aus dem Bundes-Konjunkturprogramm II in Bayern an die Kommunen weitergegeben werden. SPD, Freie Wähler und Grüne beziehen sich auf die kommunalen Spitzenverbände, die zwar die positive Wirkung des Programms begrüßten, sich jedoch mehr Flexibilität bei der Verteilung der Gelder erhofften, wie es u.a. Städtetagspräsident Hans Schaidinger zusammenfasste. Im Kommunalausschuss des Landtags scheiterte die Opposition mit dem Versuch, der CSU Anträge zum Paket schmackhaft zu machen, die bereits im Zuge der Haushaltsberatungen von CSU und FDP abgelehnt worden waren.

Die große Zahl der Förderanträge aus Städten und Gemeinden zeige, dass es auch in Bayern eines eigenen Rettungsschirmes bedürft hätte, meinte Helga Schmitt-Bussinger (SPD); ganz abgesehen davon, dass die Staatsregierung von den 1,9 Mrd. Euro nur 1,4 Mrd. Euro an die Kommunen weitergebe. Zur neuerlichen Debatte standen drei bereits Ende letzten Jahres eingereichte Anträge, ergänzend zum Bundeskonjunkturprogramm „umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken“ und dafür ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung vorzulegen.

Opposition fordert 100 Millionen zusätzlich

Konkret forderte die SPD zunächst 100 Mio. Euro für den kommunalen Straßenbau, für Wasserversorgung und Abwasser-

entsorgung, je 50 Mio. Euro für Schulhausanierung und für kommunale Bäder. Die Finanzierung ist nach den SPD-Berechnungen durch Steuerermehrungen heuer sowie durch die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage zu schaffen.

Koalition lehnt Sondermittel ab

Angelika Schorer (CSU) und Jörg Rohde (FDP) zeigten zwar Verständnis für die Sorgen in den nicht zum Zuge gekommenen Kommunen, sahen aber keine Möglichkeiten, jetzt zusätzliche Mittel zu bewilligen. Die SPD-Anträge hätten so weit als möglich im Haushalt 2009/10 und in der Nachschubliste dazu ihren Niederschlag gefunden. Ein bayerisches Sonderprogramm sei nicht notwendig.

Rohde griff das Thema Bäder auf und empfahl den Kommu-

nen, mit Investoren über Privatisierung zu verhandeln. Es gebe positive Beispiele dafür, die letztlich sogar in höheren Steuereinnahmen der Gemeinden zu Buche stünden. Andererseits bezog er sich auf die Forderung seiner Partei, die zweifellos ins Wanken kommende Gewerbesteuer durch eine Gemeindesteuer zu ersetzen.

Konjunkturelle Belastung

Christine Kamm (Grüne) sah bei CSU und FDP einen Widerspruch darin, einerseits sinkende Steuern zu erwarten und andererseits eine „Reform zur Entlastung der Steuerzahler zu verlangen. Schorer entgegnete, man habe das alles sehr wohl gegeneinander abgewogen. Joachim Hanisch (FW) befürwortete die SPD-Anträge. Konjunkturelle und wirtschaftliche Probleme würden die Kommunen noch stärker belasten als erwartet.

In der Abstimmung blieben die Koalitionsfraktionen beim Nein zu den SPD-Anträgen. Die Grünen sagten allerdings nur zu zweien Ja. Den 100-Millionen-Antrag lehnten sie gemeinsam mit den Regierungsfractionen ab, weil es in ihm auch um den Straßenbau gehen sollte. Die Opposition will Ihre Initiativen für ein bayerisches Sonderprogramm fortsetzen. **rm**

Deutscher Bädertag in Bad Tölz:

Megatrend Gesundheit

Wie sieht die Zukunft der deutschen Bäderlandschaft aus? Welche Chancen eröffnet die gegenwärtige Entwicklung auf dem Gesundheitsmarkt? Welche Ziele verfolgt der Deutsche Heilbäderverband e. V. (DHV) mit seiner Neuausrichtung und seinem Umzug von Bonn und Berlin? Antworten auf diese Fragen gab der diesjährige Bädertag in Bad Tölz, der unter dem Motto „Die neue Kur – Gesundheit genießen!“ stand.

Den eigenen Körper neu entdecken, das Bewusstsein für seine Gesundheit stärken und damit auch die Prävention zu fördern, ist heute wichtiger denn je. Darüber waren sich die rund 200 Teilnehmer aus Politik, Tourismus und Gesundheitswesen einig. Dr. Gerd Müller, seit Oktober letzten Jahres Präsident des DHV und Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, erklärte: „Unsere Heilbäder und Kurorte sind unschlagbar im Angebot eines Gesundheitsurlaubs für Jung und Alt. Die einzelnen Orte reagieren auf interessante Trends mit einem abwechslungsreichen Therapie-, Sport- und Erlebnisprogramm und böten individu-

elle Medical-Wellness- und Erholungsprogramme für alle Altersschichten. Müller regte an: „Auch junge Menschen sollten auf die Möglichkeit der Zuschüsse für Gesundheitsanwendungen von den Krankenkassen zurückgreifen.“

Investitionsstau abbauen

Der Heilbäderverband fordert die Politiker in Bund und Ländern auf, die Kurorte am Konjunkturprogramm II zu beteiligen und mitzuwirken, dass der Investitionsstau dort abgebaut werde. Zudem müssten gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa geschaffen werden. Konkret

plädierte Verbandspräsident Müller für einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für die Hotels und Gaststätten in den Kurorten.

Leistungssteigerungen

Müller stellte in seiner Grundsatzzrede die Neuausrichtung des Verbandes und die Kur als Wachstumsmotor in Deutschland vor. „Wir fordern eine exklusive Einbindung der Kurorte in ein Präventionsgesetz. Die gesundheitspolitischen Belange von Urlaubern, die eine selbstfinanzierte Kur durchführen, müssen im Rahmen des Gesetzes benannt und begünstigt werden.“ Außerdem forderte der Präsident die Anerkennung der Prädikatisierungen der Heilbäder und Kurorte als Maßstab zur Sicherung der Qualitätsansprüche und mehr Geld für Wissenschaft und Forschung, gerade im Bäderwesen.

Unterstützung sicherten ihm die Referenten des Bädertages zu: Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Marion Caspers-Merk, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit, Petra Hedorf, Vorstandsvorsitzende der Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. und Dr. Johannes Vöcking, Vorstandsvorsitzender der BARMER-Krankenkasse.

Caspers-Merk verwies darauf, dass die Aufwertung der medizinischen Rehabilitation und Mutter-/Vater-Kind-Maßnahmen zur Pflichtleistung in der Gesetzlichen Krankenversicherung allein in diesem Bereich in 2007 zu einer Steigerung der Leistungsausgaben um 16,7 Prozent geführt habe. 2008 gab es einen erneuten Ausgabenzuwachs um 10,6 Prozent.

Wachstumsmotor Kur

Die deutschen Heilbäder und Kurorte sind mit rund 350.000 Beschäftigten und einem jährlichen Umsatz von über 26 Mrd. Euro ein bedeutender Faktor für Gesundheitsdienstleistungen und Tourismus. Seit dem Jahr 2003 steigt die Zahl der Besucher, die in deutschen Heilbädern und Kurorten etwas für ihre Gesundheit tun wollen, an und liegt inzwischen bei ca. 19 Millionen. Auch der Anteil ausländischer Gäste nimmt zu. Das Kur- und Bäderwesen ist mit weit über 30 % der Übernachtungen ein wesentlicher Faktor des Deutschlandtourismus. Mit qualitativ hochwertigen Angeboten der Prävention und Gesundheitsförderung sehen sich die deutschen Kurorte und Heilbäder gut aufgestellt

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

meine Elternzeit ist schon wieder vorbei. Rückblickend betrachtet habe ich unheimlich viel zusammen mit meiner Frau und den Kindern erlebt und möchte diese Zeit keinesfalls missen. Es gab immer viel zu tun - Elternzeit ist definitiv kein Urlaub!

Meine zwei Vätermonate begannen mit dem ersten Geburtstag unserer jüngsten Tochter Maïke. Jeden Tag durfte ich miterleben, wie sie sprechen und laufen lernte. Es ist erstaunlich, welche Fortschritte Kinder in ganz kurzer Zeit machen. Im normalen Berufsalltag wäre mir vieles davon entgangen. Ich habe es genossen, mit Maïke im



ge hat, der im Beruf und in der Familie bzw. Partnerschaft erfolgreich ist. Von daher ein gut gemeinter Rat an alle beruflich Gestressten: Nehmen wir uns selbst nicht immer ganz so wichtig!

Dafür sollten wir aber die Anliegen unserer Frauen ernst nehmen. Leider wird immer noch viel zu wenig anerkannt, was Mütter leisten, wenn sie Kinder großziehen und sich um den Haushalt kümmern. Ganz besonderen Respekt zolle ich all denjenigen, die nebenbei noch in die Arbeit gehen müssen, um den Lebensunterhalt zu sichern. Ich denke dabei insbesondere an die vielen Alleinerziehenden in unserem Landkreis.

Unsere Gesellschaft braucht mehr Kinder. Das kann nur funktionieren, wenn die Familienarbeit entsprechende Wertschätzung erfährt. Wer Kinder groß zieht und erfolgreich ins Leben begleitet, macht in meinen Augen genauso Karriere, wie jemand, der beruflich durchstartet. Hut ab vor all denen, denen beides gelingt bzw. gelingen muss.

Ich kann allen neuen und werdenden Vätern nur raten, so weit es mit dem Arbeitgeber und auch finanziell vereinbar ist, Vätermonate zu nehmen. Sie werden diese Zeit nicht missen wollen und sie wird ihnen und ihrer Familie unheimlich gut tun.

Vätermonate als wertvolle Erfahrung

Dorf oder im Wald spazieren zu gehen bzw. sie im Kindersitz im Fahrrad mitzunehmen. Die letzten beiden Monate haben aber auch die Beziehung zu meinen anderen vier Kindern wesentlich vertieft und gefestigt. Wir hatten viel mehr Zeit füreinander und ich denke, dass das wichtigste war, dass wir viel miteinander reden und besprechen konnten. Mir hat es gut getan, mit dabei zu sein bei der Auswahl der Schule, die Elena ab der 5. Klasse besucht. Es hat Spaß gemacht, meinen Sohn Tim und seine Kumpel herumzuführen, mit ihnen über ihre Erlebnisse und Pläne zu reden und nach einem Roller Aus-schau zu halten, den Tim sich kaufen möchte. Unsere beiden Zwillingstöchter Nina und Bianca haben vergangene Woche ihren 18. Geburtstag gefeiert.

Ich erinnere mich auch an viel Hausarbeit. Der Alltag ist geprägt durch immer wiederkehrende Tätigkeiten wie Abwaschen, Saubermachen und Wäsche waschen. Man sieht oftmals kein Ende. Gerne habe ich auf jeden Fall gekocht oder zumindest dabei etwas mitgeholfen. Auch das Einkaufen hat Spaß gemacht, weil man mit vielen Menschen ins Gespräch kommt. Bezüglich meiner verbleibenden Freizeit hatte ich Illusionen. In den zwei Monaten habe ich ganze zwei Bücher geschafft, zum Joggen bin ich nicht all zu oft gekommen. Trotzdem: Es war eine sehr schöne Zeit!

Meine Erkenntnisse aus der Elternzeit: Es ist wichtig, dass wir Männer uns verstärkt in die Erziehungsarbeit einbringen und uns ausreichend Zeit dafür nehmen. Für mich steht mittlerweile fest, dass richtigen Erfolg nur derjeni-

gung hat, der im Beruf und in der Familie bzw. Partnerschaft erfolgreich ist. Von daher ein gut gemeinter Rat an alle beruflich Gestressten: Nehmen wir uns selbst nicht immer ganz so wichtig!

Dafür sollten wir aber die Anliegen unserer Frauen ernst nehmen. Leider wird immer noch viel zu wenig anerkannt, was Mütter leisten, wenn sie Kinder großziehen und sich um den Haushalt kümmern. Ganz besonderen Respekt zolle ich all denjenigen, die nebenbei noch in die Arbeit gehen müssen, um den Lebensunterhalt zu sichern. Ich denke dabei insbesondere an die vielen Alleinerziehenden in unserem Landkreis.

Unsere Gesellschaft braucht mehr Kinder. Das kann nur funktionieren, wenn die Familienarbeit entsprechende Wertschätzung erfährt. Wer Kinder groß zieht und erfolgreich ins Leben begleitet, macht in meinen Augen genauso Karriere, wie jemand, der beruflich durchstartet. Hut ab vor all denen, denen beides gelingt bzw. gelingen muss.

Ich kann allen neuen und werdenden Vätern nur raten, so weit es mit dem Arbeitgeber und auch finanziell vereinbar ist, Vätermonate zu nehmen. Sie werden diese Zeit nicht missen wollen und sie wird ihnen und ihrer Familie unheimlich gut tun.

Jetzt freue ich mich wieder auf meine Arbeit im Landratsamt. Ich hatte die zwei Monate Pause gut vorbereitet. Ein längerer zusammenhängender Zeitraum wäre in meiner jetzigen Situation nicht ganz unproblematisch. Es stehen mittlerweile eine ganze Reihe vieldiskutierter und umstrittener Themen an. Da bin ich als Landrat gefordert. Die vorläufige Sicherung von Überschwemmungsgebieten erfordert jetzt z.B. meinen persönlichen Einsatz. Ich bin dem stellvertretenden Landrat Franz Oppel sehr dankbar, dass er den Landkreis in den letzten beiden Monaten nach innen und außen bestens vertreten hat. Gleiches gilt auch für die weiteren Stellvertreter Alfred Stöckl und Peter Schiele, die ebenfalls immer eingesprungen sind.

Sehr stolz bin ich auf meine Mitarbeiter, die mir zwei Monate lang den Rücken frei hielten. Natürlich habe ich das Geschehen im Landkreis aufmerksam über die Presse verfolgt und mich in in wichtigen Fragen mit meinem Vertreter abgesprochen. Auch dachte ich, es gehöre sich, dass ich mich sehen lasse, als der Bundespräsident zu Gast in unserem Landkreis war.

Zusammenfassend kann ich sagen: Es hat geklappt, es hat gut getan, diese zwei Monate kann mir keiner nehmen, und ich freue mich jetzt trotzdem wieder auf meine Arbeit.

Ihr Stefan Rößle

3,5 Mio. Euro für bayerische Heil- und Kurmittelbäder

Die bayerischen Heilbäder und Kurmittelhäuser können mit 3,5 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II modernisiert werden, wie Wirtschaftsminister Martin Zeil mitteilte. „Unsere Heilbäder und Kurmittelhäuser ziehen jedes Jahr unzählige Touristen in den Freistaat. Damit das auch künftig so bleibt, wollen wir mit zusätzlichen Geldern touristische Informationszentren ausbauen, Sole- und Heilwasserleitungen verbessern und Kur- und Kurmittelhäuser modernisieren“, betonte Zeil. So könnten sowohl die Lebensqualität der Bürger vor Ort als auch die touristische Attraktivität der bayerischen Regionen gesteigert werden.

Geplant ist derzeit eine Förderung des Freizeitbads Sinnflut in Bad Brückenau, des Kletterinformationszentrums Fränkische Schweiz in Obertrubach, der Kurparke Bad Abbach, Bad Grönbach und Ottoheuren sowie der Kurverwaltung Bad Füssing, der Touristinfo im Rathaus Rettenbach, des Kurhauses Krün und des Kurmittelhauses Bad Bayersoien. Die Umsetzung der Projekte soll bis Ende 2011 abgeschlossen sein. DK

Zuteilung der Mittel des Konjunkturprogramms:

Licht und Schatten

Brandl: Gemeinden helfen mit, die Konjunktur zu stützen

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl äußert sich zu den bekanntgegebenen Entscheidungen der Verteilungsausschüsse, welche Kommunen Zuschüsse zu Investitionsmaßnahmen erhalten.

„Wie immer, wenn der finanzielle Kuchen zu klein ist, gibt es am Ende Freude und Enttäuschung. Das lässt sich leider nicht ändern. Das Konjunkturprogramm dient der Stützung der schwächelnden Konjunktur. Kommunale Investitionen zu fördern, die nachhaltig dem Umweltschutz dienen und gleichzeitig Energiekosten einsparen, ist sinnvoll und zukunfts-gewandt.“ Brandl betonte, dass es dem Bayerischen Gemeindetag bei der Diskussion um die Verwendung der Fördermittel um größt-

mögliche Verteilungsgerechtigkeit gegangen ist. „Nicht einzelne Großprojekte, sondern eine breite Streuung der Fördermittel tragen dazu bei, dass die bayerischen Kommunen das Konjunkturpaket des Bundes bestmöglich umsetzen und vertreten können. Jetzt geht es darum, das Geld möglichst unbürokratisch zuzuteilen, damit die Gemeinden und Städte rasch mit den Investitionsmaßnahmen beginnen können. Je schneller das Geld fließt, umso eher wird die Konjunktur gestützt.“ □

für die künftige Entwicklung.

Hohe Inlandsnachfrage

Eine Umfrage der Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. im Jahr 2008 ergab, dass fast jeder zweite in den nächsten drei Jahren mehr für seine Gesundheit tun möchte. Somit bietet der Erholungs- und Gesundheitstourismus für die Inlandsnachfrage enormes Wachstumspotential. „In Deutschland beschäftigt

der Gesundheitssektor bereits heute 4,4 Mio. Menschen in über 800 Berufen. Der Gesundheitsmarkt verfügt über ein Marktvolumen von 291 Mrd. Euro, was einem Anteil von 12,01 % des Bruttoinlandsprodukts entspricht“, hob Gerd Müller hervor. Der Markt für Dienstleistungen und Produkte im Gesundheitswesen gehöre bereits jetzt zu den wichtigsten Sektoren der deutschen Volkswirtschaft. Für Kuren interessierten sich zuneh-

mend auch jüngere Menschen: „Die Einsteiger beginnen mit 30.“ Immer mehr gestresste Manager suchten in einer privat finanzierten Kur Erholung.

Für das erste Quartal dieses Jahres rechnen die Heilbäder mit einem Rückgang zwischen drei und fünf Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dennoch blieben die deutschen Kurorte neben den Städten „die Leistungsträger im Gesundheitswesen und Tourismus“. DK

E-PLUS GRUPPE

BASE e-plus+ simyo ay yildiz vybobile

Typisch E-PLUS GRUPPE: schon wieder ganz vorn.

Dem Markt voraus zu sein hat bei uns Tradition. Weil wir nicht nur uns, sondern auch den Mobilfunk immer wieder neu erfinden. Zum Beispiel mit der ersten Flatrate. Oder den ersten Tarifen speziell für Geschäftskunden. Das macht uns nicht nur stolz, sondern verweist die Konkurrenz auch im Unternehmenswachstum auf die hinteren Plätze.

Freigabe der 1,96 Milliarden Euro aus dem Konjunkturpaket II:

Impuls für Konjunktur und Arbeitsplätze

Kommunalfreundliche Umsetzung als Richtschnur

Mit dem Kabinettsbeschluss sind insgesamt 1,96 Milliarden Euro aus dem Konjunkturpaket II des Bundes für Maßnahmen in Bayern freigegeben. Ministerpräsident Horst Seehofer und Wirtschaftsminister Martin Zeil betonten: „Von diesem einzigartigen Investitionsprogramm wird ein wichtiger Impuls für die Konjunktur und die Arbeitsplätze in Bayern ausgehen.“

„Mit der Projektauswahl auf Regierungsebene bei den kommunalen Maßnahmen und der abschließenden Kabinettsentscheidung für die staatlichen Maßnahmen des Konjunkturpakets ist der Weg frei zur zügigen Umsetzung der Projekte“, so Zeil weiter.

Ampel auf Grün

Die Botschaft an die Projektverantwortlichen überall im Land lautet laut Zeil: „Die Mittel sind freigegeben. Die Ampel steht auf Grün für den sofortigen Maßnahmenbeginn. Das Geld

steht bereit und kann ausgegeben werden. Davon werden zahllose Handwerksbetriebe und Baufirmen im Freistaat profitieren.“

Maßnahmenmix

Staatskanzleichef Siegfried Schneider wies in dem Zusammenhang darauf hin, dass bei Vergabevorschriften Erleichterungen vorgesehen sind, die es in größerem Umfang ermöglichen, auch mit freihändiger Vergabe, d.h. ohne langwierige Vergabeverfahren, schnellstmöglich Aufträge zu erteilen. Schneider: „Davon können die örtlichen Handwerksbetriebe

ganz besonders profitieren.“

Er betonte: „Die Bezirksregierungen und die bei ihnen angesiedelten Beiräte haben bei der Projektauswahl gute Arbeit geleistet. Zusammen mit den staatlichen Projekten, für die heute im Kabinett endgültig grünes Licht gegeben wurde, ist ein sinnvoller Maßnahmenmix mit ausgewogener regionaler Verteilung gelungen.“

Breite Wirkung

Man habe in Bayern bei der Verteilung der Mittel „ganz bewusst nicht auf eine Gießkanne-Förderung oder Strohhauptpolitik gesetzt, sondern auf gezielte Investitionsentscheidungen in den zentralen Zukunftsbereichen Bildung, Forschung, Klimaschutz und Infrastruktur. So

können wir breite konjunkturelle Wirkung genauso garantieren wie die Nachhaltigkeit der Investitionen.“

Konkrete Projektzusagen

Schneider wies Vorwürfe zurück, Bayern sei bei der Umsetzung zu zögerlich vorgegangen: „Wenn die SPD behauptet, in anderen Bundesländern seien bereits Zahlungen erfolgt, ist das falsch. In keinem Land sind bereits Auszahlungen an die Kommunen erfolgt. Mit den jetzt flächendeckenden konkreten Projektzusagen hat sich Bayern sogar an die Spitze bei der Umsetzung des Investitionspakets in Deutschland gesetzt!“

Handschrift der Kommunen

Innenminister Joachim Herrmann hob hervor, dass wichtige Richtschnur für die Auswahl der Projekte die kommunalfreundliche Umsetzung war: „Ich danke den bayerischen Kommunen ausdrücklich. Wir haben die Projektauswahl mit den Beiräten bei den Bezirksregierungen bewusst in regionale Hände gelegt. Deshalb trägt das Konjunkturpaket ganz eindeutig auch die Handschrift unserer Kommunen.“

1822 angemeldete Projekte

Laut Herrmann haben von den 2056 bayerischen Städten und Gemeinden 1822 Projekte im Rahmen des Konjunkturpakets II angemeldet. Nach den Auswahlentscheidungen werden in insgesamt 1177 Städten und Gemeinden (fast 60 Prozent) und damit in fast zwei Drittel der Städte und Gemeinden, die einen Antrag gestellt haben, kommunalbezogene Maßnahmen umgesetzt. Innenminister Joachim Herrmann: „Die konjunkturunterstützten Maßnahmen kommen unseren Städten und Gemeinden zugute.“

richtung auf energetische Sanierung ein Programm für Fensterbauer, Heizungsbauer, Dämmungsfirmen und andere Sparten in dieser Richtung zu sein, ergänzte der Vorsitzende. Hier hätte man ruhig etwas breiter streuen können. Insgesamt wurden bei den sieben Regierungen rund 7200 Projekte beantragt, wovon rund 2100 genehmigt worden sind. Der Bund stellt rund eine Milliarde Euro zur Verfügung, zu denen noch Landesmittel sowie eigene kommunale Mittel kommen.

Zufriedene Rückmeldungen

Trotz manch bitterer Pillen verweist der Bayerische Städtetag auf zufriedene Rückmeldungen aus den einzelnen Regierungsbezirken: Vertreter der kommunalen Spitzenverbände wirkten als Beiräte in den Vergabegremien bei den sieben Regierungen mit. In diesem Zusammenhang verwies der Vorsitzende darauf, dass die Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände nicht zuletzt auf Drängen des Bayerischen Städtetags gelungen sei. Schaidinger: „Die Verhandlungen waren hart und waren für die Beteiligten kein Vergnügen. Aber der runde Tisch hat bei der Suche nach Kompromissen und bei der Verteilung zwischen Stadt und Land geholfen. Jetzt geht es an die Umsetzung.“

Zielgerichtete Investitionen

Ministerpräsident Seehofer habe versprochen, das Programm unbürokratisch umzusetzen, damit die Kommunen die Mittel aus dem Konjunkturpaket zeitnah und zielgerecht investieren können. Schaidinger gab der Hoffnung Ausdruck, dass am Schluss die Verwaltung nicht doch wieder neue Hürden zum Beispiel bei Nachweisregelungen aufbaut – schließlich müsse nicht jedes Detail nachgewiesen werden. Das Konjunkturprogramm aber müsse schnell seine Wirksamkeit auf die Wirtschaft entfalten.

Mehr Licht als Schatten

Wie der Städtetagsvorsitzende abschließend feststellte, „hätten wir uns ursprünglich mehr Flexibilität erhofft, aber insgesamt waren die Regelungen tragfähig nicht zuletzt dank der vom Bayerischen Städtetag erreichten Änderungen“. „Insgesamt also mehr Licht als Schatten“ lautete Schaidingers Fazit. **DK**

Wiederaufbau...

(Fortsetzung von Seite 1)
fünfziger Jahre, von der Politik bis zur Alltagskultur.

Großstädte in Trümmern

„Würzburg ist nicht mehr!“: Mit diesen Worten richtete sich 1945 Oberbürgermeister Pinkenburg erschüttert an die Würzburger. Auch die meisten anderen bayerischen Großstädte lagen in Trümmern. Familien waren zerrissen. Hunderttausende hatten keine Wohnung, Millionen hungerten oder waren auf der Flucht. Ganz anders jedoch war die Situation in den frühen sechziger Jahren: Die Bayern erfreuten sich nach den Kriegswirren eines normalen Alltags und begannen den erreichten Wohlstand in komfortablen Wohnungen zu genießen. Die Dynamik dieser Zeit zeigte sich in unterschiedlichen Bereichen: Hausfrauen hatten elektrische Helfer wie die Waschmaschine zur Hand, während im Wohnzimmer der Fernseher lief und vor der Haustür das Auto parkte.

Geist der Epoche

Die Landesausstellung 2009 zeigt diese beeindruckende Entwicklung, erinnert aber auch an die Menschen auf der Schattenseite des Wirtschaftswunders. Im Stil der Zeit eingerichtete Wohnungen sowie Schlager und Filme lassen den Geist der Epoche wieder erstehen. So wird Geschichte zum Erlebnis - für Zeitgenossen, die in Erinnerungen schwelgen, und für Jüngere, die die faszinierende Zeit von Wiederaufbau und Wirtschaftswunder erleben möchten.

Relevanz für die Gegenwart

Die Tatkraft und der Mut der Menschen in diesen Jahren

könnten auch als Vorbild für die aktuelle Wirtschaftskrise dienen, betonte Ministerpräsident Seehofer. Er bezeichnete die Soziale Marktwirtschaft als „zwingende Antwort“ auf die massiven Verwerfungen in der Weltwirtschaft. Seehofer: „Nur die Verbindung von wirtschaftlicher Effizienz, Wettbewerb und verlässlicher sozialer Sicherheit schafft Vertrauen in die Wirtschaftsordnung und damit langfristig wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand für die breite Bevölkerung. Unsere Soziale Marktwirtschaft hat ihre besten Jahre noch vor sich.“

Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft

Seehofer zufolge setzt die notwendige Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland auch die breite Zustimmung der Menschen in Deutschland voraus: „Die Landesausstellung ‚Wiederaufbau und Wirtschaftswunder‘ in Würzburg kommt genau zur richtigen Zeit. Diese wunderbare Gesamtschau der Aufbaujahre lenkt den Blick auf die historische Leistung der Menschen damals und auf die Chancen, die sich auch in schwierigen Zeiten bieten. Diese Ausstellung ist die beste Werbung für das Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft.“

Bayerische Identität

Der Ministerpräsident betonte insgesamt die Bedeutung von historischem Bewusstsein für die Identität Bayerns. „Wer seine Heimat kennt und stolz auf sie ist, wird sich auch engagieren.“ Davon profitiere das ganze Land. Diese Zusammengehörigkeit sei genauso wichtig wie die richtigen politischen Weichenstellungen. **DK**

(Fortsetzung von Seite 1)

1. Wenn keine Einigung zu Stande kommt, werden die Arbeitsgemeinschaften von Bund und Kommunen zum 31. Dezember 2010 aufgelöst. Die Folge: Kommunen müssen ihr Personal aus den Arbeitsgemeinschaften abziehen; das Personal der Bundesagentur muss die Arbeit für die Beratung und die Bearbeitung der Anträge alleine bewältigen. Arbeitslose und Hilfeempfänger müssten ab 1. Januar 2011 wieder zwei Stellen aufsuchen. Es ist für Bürger unverständlich und für die Verwaltung ineffizient, wenn zwei verschiedene Behörden zusammenhängende Sozialleistungen vollziehen und nebeneinander Anträge, Unterhaltsfeststellungen, Widerspruchsverfahren, Klageverfahren, Strafanzeigen oder Ordnungswidrigkeiten bearbeiten. Auch wenn dies der Bund unter dem Etikett „kooperatives Jobcenter“ vorschlägt, arbeiten im besten Fall zwei Dienststellen in einem Gebäude.

2. Die Kommunen übernehmen als zusätzliche Aufgabe im Auftrag des Bundes die Festsetzung und Auszahlung der Regelsätze im Arbeitslosengeld II. Dies ist der Vorschlag des Freistaats Bayern. Wenn zwei Behörden zuständig sind, wirft dies Probleme auf: Arbeitslose empfangen finanzielle Leistungen von der Kommune; zur Arbeitsvermittlung oder Fortbildung gehen sie jedoch zur Arbeitsagentur. Kommunen müssen im Einzelfall vollziehen, was die Bundesagentur entscheidet (z. B. Kürzung des Arbeitslosengelds II). Der Nachteil: Städte und Landkreise sind vom Bund abhängig; sie fürchten, dass sie der Bund auf den Kosten sitzen lässt.

3. Der Bund übernimmt alle Aufgaben der Kommunen des Sozialgesetzbuches II. Dies war der ursprüngliche Vorschlag des Städtetags. Damit würden alle Leistungen in einer Hand liegen, der Bund ist für Langzeitarbeitslosigkeit voll zuständig. Die Finanzströme müssten neu geordnet werden.

4. Eine Kommunalisierung der Arbeitsvermittlung würde alle Aufgaben für Arbeitslosigkeit auf die Kommunen übertragen. Dies würde letztlich das Ende der Bundesagentur für Arbeit bedeuten. Dies war der Vorschlag des Landkreistags. Die Bewältigung von Langzeitarbeitslosigkeit ist keine kommunale Aufgabe, die sich in den Grenzen einer Stadt oder eines Landkreises lösen lässt. Das ist

eine nationale Aufgabe, die beim Bund angesiedelt bleiben muss.

5. Option: Derzeit optieren - als befristetes Experiment bis 2010 - bundesweit 69 Städte und Landkreise, davon vier in Bayern: die kreisfreien Städte Erlangen und Schweinfurt sowie die Landkreise Miesbach und Würzburg. Option bedeutet: Eine Stadt oder ein Landkreis kann ausnahmsweise die Organisation von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ohne Bundesagentur für Arbeit mit kommunalem Personal, aber auf Kosten des Bundes, ausführen.

Investitionsstau

Stichwort Konjunkturpaket II: Wie Schaidinger hervorhob, „reicht dieses bei weitem nicht, um den Investitionsstau abzubauen“. Die Tatsache, dass das Konjunkturpaket vier- bis sechsfach überzeichnet war, zeige, wie hoch der kommunale Investitionsbedarf sich über ein Jahrzehnt hinweg angestaut hat. „Die Kommunen sind unterfinanziert“, stellte Regensburgs OB fest, machte aber auch deutlich, dass das Konjunkturpaket nicht als Spezialprogramm zur Sanierung von Haushalten, sondern der Ankurbelung der Wirtschaft diene. Keine Kommune habe ein Anrecht auf eine bestimmte Summe. „Mehr Geld wäre schön gewesen, aber mehr war nicht da.“ Da die Erwartungen am Anfang sehr hoch waren, müsse es zwangsläufig Enttäuschungen geben, die nichts aus dem Konjunkturpaket abbekommen.

Breitere Streuung gefordert

Betroffen ist auch die Stadt Regensburg, die für die angemeldeten Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket des Bundes keinen einzigen Cent erhalten hat. Stattdessen wurde der dritte Abschnitt des BioParks Regensburg, mit weiteren 6.000 qm für 2010 in Planung, mit 11,3 Millionen Euro in das Paket eingestellt, alle anderen Maßnahmen fielen heraus. Das Geld für den Biopark III, der insgesamt 14,5 Millionen Euro kostet, sei freilich bereits seit zwei Jahren von der Staatsregierung genehmigt und auch nie für das Konjunkturpaket bestimmt gewesen, sagte Schaidinger. Als zentrale Stadt in der Region hätte er sich für städtische Projekte viel mehr erwartet, 21 Millionen Euro waren für 13 Projekte angemeldet worden.

Ohnehin laufe das Konjunkturpaket Gefahr, wegen der Aus-

Europa im Blick...

(Fortsetzung von Seite 1)
verhältnismäßig eingeengt werden.“ Bei der Trinkwasserversorgung habe Bayern erreicht, dass die Kommission von einer Zwangsprivatisierung vorerst Abstand genommen hat. Solche Pläne werde die CSU auch künftig verhindern. Nicht jeder Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung könne den Wettbewerbsregeln des gemeinsamen Marktes unterworfen werden.

Breitband-Internet als Daseinsvorsorge

Weiter ausbauen will die CSU die Versorgung des ländlichen Raums mit schneller Internet-Verbindung als Teil der Daseinsvorsorge. „Wir wollen, dass die EU uns nicht einengt, wenn wir die Kommunen bei der Einrichtung schneller Internetverbindungen finanziell unterstützen.“ Auch tritt die Partei für den Erhalt und die Stärkung des deutschen Drei-Säulen-Banken-Modells in Europa ein: „Unsere Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind fester Bestandteil der Daseinsvorsorge. Gerade jetzt in der Krise wird deutlich, dass sich das deutsche Modell als verlässlicher Partner von Anlegern und Mittelstand bewährt hat. Deshalb gilt: Finger weg von unseren Sparkassen!“

Bürokratiecheck

Darüber hinaus plädiert die CSU für einen grundsätzlichen Bürokratiecheck für europäische Entscheidungen. „Wir wollen über Grund und Boden selbst entscheiden. Hier verfügen wir über ausreichende oder bessere Regelungen als die meisten an-

deren EU-Länder. Wir lehnen deshalb eine Bodenschutzrichtlinie mit neuen bürokratischen Vorgaben ab.“

„Wir treten dafür ein, dass die Soziale Marktwirtschaft als das Wirtschaftsmodell Bayerns und Deutschlands mit einem starken und innovativen Mittelstand, einer praxisorientierten dualen Ausbildung und einem ausgeprägten sozialen Frieden mit einer stabilen Sozialpartnerschaft zum Leitmodell für die gesamte EU wird“, heißt es weiter im Programm. Die CSU fordert einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen.

Lohngefälle bekämpfen

„Entschlossen und auf allen Ebenen“ soll „das in Europa nach wie vor zwischen Männern und Frauen bestehende inakzeptable Lohngefälle“ bekämpft werden. Weiter verbessern will die Christlich-Soziale Union hingegen die Qualifikation junger Menschen im europäischen Kontext auf nationaler und regionaler Ebene. Die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen soll weiter vereinfacht, das hohe Schutzniveau der Bürger im Verbraucherschutz erhalten und gestärkt werden. Mehr Beitragsgerechtigkeit in der EU und die Ablehnung höherer Lasten für Deutschland als EU-Nettozahler sowie ein höherer Stellenwert für die deutsche Sprache in Europa sind ebenfalls Forderungen der CSU.

Als verlässlicher Anwalt der Landwirte setzt sich die Partei dafür ein, dass sich die EU-Agrarpolitik stärker an den Interessen der bäuerlichen Landwirt-

schaft ausrichtet: „Wir streben einen Zukunftspakt für die bäuerliche Landwirtschaft an, der den bäuerlichen Familienbetrieben eine langfristige Perspektive bietet. Wir wollen mehr regionale Zuständigkeiten und Entscheidungsmöglichkeiten in der Landwirtschaftspolitik. Wir wollen überbordende Verwaltungslasten in der Landwirtschaft abbauen.“

Langfristige Energiepolitik

Ziel der CSU ist zudem eine langfristige Energiepolitik in der EU mit eindeutigen Verträgen. Neue Energiequellen seien umfassend und mit dem Ziel eines ausgewogenen Energiemix zu erschließen. Notwendige Energieimporte sollen von möglichst vielen Lieferländern und aus unterschiedlichen Energiequellen bezogen werden. Nur so werde die Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten verringert. Die bestehenden bayerischen (Atom-)Kraftwerke sollen erhalten bleiben, da sie die Energieunabhängigkeit erhöhten und niedrigere Preise garantierten.

Gegen Grüne Gentechnik

Aus Sicht der CSU muss die EU positive Anreize für eine nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik mit gerechter Lastenverteilung geben. Die Besonderheiten Bayerns müssten in der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und in der Vogelschutzrichtlinie ausreichend Berücksichtigung finden. Außerdem spricht sich die CSU gegen den kommerziellen Anbau grüner Gentechnik im Freistaat aus. **DK**

transport logistic 2009 vom 12. bis 15. Mai:

Kurzer Halt vor dem Durchstarten

Unternehmen nutzen die Münchener Messe zur Anbahnung neuer Geschäfte VDV mit eigenem Gemeinschaftsstand

Die internationale Leitmesse transport logistic steht bevor. Vom 12. bis 15. Mai trifft sich die Branche des Gütertransportes und der Logistik in München mit ihren Kunden aus der verladenden Wirtschaft. Etwa 1.600 Unternehmen aus 55 Ländern werden ihre Produkte und Dienstleistungen ausstellen. Die Aussteller stammen aus allen Segmenten des Gütertransportes und der Logistik. Die Zahl der Aussteller hat sich im Vergleich zu 2007 nochmals erhöht, etwa 1.580 Unternehmen waren es in 2007. Hierbei wird die transport logistic noch ein Stück internationaler. 40 Prozent der Aussteller stammen aus dem Ausland, 38 Prozent waren es in 2007.

Immer mehr Länder, Regionen und Standorte bündeln ihre Kräfte und treten mit Gemeinschaftsständen auf. Mit dem Wachstum der Gesamtbranche um Transport und Logistik wuchs in den vergangenen Jahren die transport logistic auch flächenmäßig. Inzwischen umfasst die Messe acht Messehallen und erreicht erstmals die Größe von 100.000 qm Ausstellungsfläche. Im Vergleich zu 2007 ist dies ein Plus von zehn Prozent.

Viele internationale Gäste

Im Jahr 2007 besuchten etwa 47.636 Gäste aus 118 Ländern die Messe, auf der sie im zweijährigen Abstand angebotene Leistungen auf Schiene, Straße, Wasserweg und des Luftverkehrs miteinander vergleichen können. Auch in diesem Jahr wird mit einem hohen Anteil internationaler Gäste gerechnet.

Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise gehen die Akteure der Branche davon aus, dass die derzeitige Geschäftsentwicklung nur zwi-

schenzeitig getrübt ist. Mittelfristig werden neue Spitzenwerte erwartet. Die Messe München spricht von einem „kurzen Halt, bevor der Schienengüterverkehr richtig durchstartet“. Eugen Egetenmeier, Mitglied der Geschäftsführung der Messe, bewertet es als „positives Signal, dass trotz konjunkturellen Abschwungs Unternehmen Flagge zeigen und ihre Geschäftstätigkeit auf der weltweit größten Messe für Transport und Logistik ankurbeln wollen.“

Starke Präsenz

An dieser Stelle soll auf den Gemeinschaftsstand des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV) aufmerksam gemacht werden. Bereits zum fünften Mal ist der Branchenverband auf dieser Messe präsent. Mit 350 Quadratmetern ist der VDV-Gemeinschaftsstand so groß wie noch nie zuvor. In bester Messegelände, direkt am Eingang der Halle B6 neben dem Haupteingang der Messe (Eingang Ost) finden Interessierte den VDV und seine

insgesamt 15 Mitaussteller.

Der VDV (www.vdv.de) wird die Themen der Personalwirtschaft und der Leistungsvielfalt im Schienengüterverkehr in den Mittelpunkt stellen. Daneben können sich Interessierte über die Dienstleistungsangebote des VDV informieren, wie etwa politische Initiativen, die herausgegebenen Zeitschriften oder das Internetportal www.gueterbahnen.com unter anderem mit dem Marktplatz Schiene, dem Informationsknoten „1.000 Links für mehr Güterverkehr auf der Schiene“ und anderen Angeboten. Für Gespräche zur Verfügung stehen die relevanten Experten des Verbandes.

Mobilität sichern

Zusammen mit den DEVK Versicherungen (www.devk.de) betreibt der VDV das Forum für Verkehr und Logistik e. V. (www.forumverkehrlogistic.de) Diese in 2008 gegründete Vereinigung will dazu beitragen, eine nachhaltige und innovative Mobilität in Deutschland zu sichern. Darüber hinaus soll eine Plattform für gegenseitige Information und Meinungsbildung sowie die daraus resultierende Interessenvertretung geschaffen werden. Das Forum soll zudem der Netzwerkbildung zwischen den am Verkehrsmarkt tätigen Unternehmen dienen. Auch die VDV-Akademie

e. V. (www.vdv-akademie.de) ist am VDV-Gemeinschaftsstand präsent. Inzwischen hat sich dieser noch junge Bildungsanbieter als erste Adresse für Kongresse, Tagungen, Seminare, Dienstleister für Fort- und Weiterbildung qualifiziert. Die Dachmarke der VDV-Akademie findet sich inzwischen in der Zusammenarbeit mit zahlreichen Anbietern im Bildungsmarkt. Gemeinsam mit dem VDV gestaltet sie die Initiative Young Rail. Etabliert hat sie zudem die Internationalen VDV-Eisenbahnkongresse und Länderveranstaltungen, in denen aktuelle Themen des Schienengüterverkehrs behandelt werden.

Neutraler Partner

Bildung, Wissen schaffen und Beratung stehen auch im Mittelpunkt der Tätigkeit der KSV Kompetenz für Schienengebundene Verkehre GmbH (www.ksv-europe.de). Die zur HSM Gruppe gehörende KSV bietet aus einer Hand eine Vielzahl von Ingenieurleistungen rund um den schienengebundenen Verkehr an. Schwesterunternehmen der KSV ist die MEV Eisenbahn-Verkehrsgesellschaft mbH (www.m-e-v.de). Der größte Personal-dienstleister der Branche wirkt als neutraler Partner für alle deutschen und ausländischen Eisenbahnen sowie Logistikunternehmen.

Personalgewinnung und Personalqualifizierung ist eine bedeutende Seite der Personalwirtschaft. Unter dem Blickwinkel des demografischen Wandels gewinnen die älteren Beschäftigten stärker an Bedeutung. Die BAHN-BKK (www.bahn-kk.de) stellt am VDV-Gemeinschaftsstand die gesundheitsfördernde Gestaltung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt. Im VDV-Café können die

Messebesucher ihren Messtag planen und sind gleich mitten im Geschehen. Die Unternehmen am VDV-Gemeinschaftsstand zeigen in ihrer Gesamtheit bereits die Leistungsvielfalt des Schienengüterverkehrs in Deutschland. Die transport logistic bietet aber weit mehr Unternehmen der Rail Branche als die des VDV-

Gemeinschaftsstandes. Eine ganze Reihe weiterer Güterbahnen und Operateure ist als Aussteller in München mit eigenem Stand oder an weiteren Gemeinschaftsständen präsent. Eine vollständige Liste ist auf den Internetseiten der transport logistic unter www.transportlogistic.de abrufbar. □

Richtige Diagnose, falsche Therapie

VDV-Stellungnahme zum KOM-Vorschlag für Güterverkehrskorridore auf der Schiene

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hält den Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission zur Einführung von Güterverkehrskorridoren für nicht annehmbar. „Die Diagnose stimmt, aber die Therapievorschlüsse der Kommission überzeugen nicht“, sagte VDV-Hauptgeschäftsführerin Dr.-Ing. Claudia Langowsky. Mit dem Verordnungsentwurf strebt die EU-Kommission ein europäisches Schienennetz für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr an. Damit sollen möglichst kurzfristig grenzüberschreitende Güterverkehrskorridore die Infrastrukturverfügbarkeit für den Schienengüterverkehr signifikant erhöhen und dessen Qualität nachhaltig zu verbessern.

„Das Ziel der Kommission, die Nutzung und Verfügbarkeit von Infrastrukturkapazitäten für den Schienengüterverkehr zu verbessern, ist absolut richtig“, betonte Langowsky. Leider sei die von der Kommission vorgeschlagene Verordnung jedoch nicht geeignet, dieser Anforderung gerecht zu werden.

„Die größten Probleme entstehen für die Güterbahnen im grenzüberschreitenden Verkehr dadurch, dass es schlichtweg an Infrastrukturkapazitäten mangelt. Doch die Kommission macht leider keine Vorschläge, wie zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden können.“

Die Kommission beschränke sich auf Vorschläge zu organisa-

torischen Strukturen von Netzbetreibern, deren Investitionsplanung und Infrastrukturmanagement, kritisierte der VDV. „Wir lehnen es ausdrücklich ab, dass die unterschiedlichen Nutzer des Netzes gegeneinander ausgespielt werden“, so die VDV-Hauptgeschäftsführerin.

„Dem Güterverkehr einen Vorrang vor dem Personenverkehr einzuräumen, ist keine Lösung. Damit wird das Problem nur verlagert! Es sind Lösungsansätze erforderlich, die zum einen die Infrastrukturverfügbarkeit erhöhen, und zum anderen den Interessen aller Nutzer des Netzes gerecht werden.“ Nur so werde Leistungsfähigkeit des Eisenbahnsektors insgesamt erhöht. □

DVGW-Tagung in der Regierung von Niederbayern:

Strategien im ÖPNV

Beispiele Landshut und Landkreis Passau

Über die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) informierten sich rund 80 Vertreter von Behörden, Verbänden und Verkehrsunternehmen in der Regierung von Niederbayern. Bei der Veranstaltung „Strategien im ÖPNV“ der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (DVWG) ging es vor allem um die Optimierung des Busverkehrs. Was in Niederbayern passiert ist und was sich derzeit tut, zeigten Beispiele aus der Stadt Landshut und aus dem Landkreis Passau.

Wie Carsten Fregin, Leiter des Referats Öffentlicher Verkehr auf Schiene und Straße im bayerischen Verkehrsministerium betonte, „wird 2009 wegen der Konjunkturkrise und sinkender Kraftstoffpreise kein einfaches Jahr für die Verkehrsunternehmen“, doch sei Wachstum die generelle Tendenz beim öffentlichen Nahverkehr.

Im Jahr 2006 nutzten laut Fregin 1,25 Milliarden Fahrgäste Bus und Bahn in Bayern. Auch das vergangene Jahr sei gut gewesen, und derzeit seien bundesweit rund neun Milliarden Menschen im Jahr mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs. Der Freistaat Bayern unterstütze die Kommunen und Landkreise mit Förderungen dabei, ihre Aufgaben im ÖPNV zu erfüllen.

2008 hat die Regierung von Niederbayern rund 10,3 Millionen Euro aus Förderprogrammen des Freistaats Bayern für den ÖPNV bewilligt. Das Geld wurde vom Landtag zur Verfügung gestellt und ging an die Landkreise, die kreisfreien Städte und Verkehrsunternehmen. Für die Landkreise und kreisfreien Städte gab es insgesamt 3,9 Millionen Euro als Ausgleich für die Organisation des ÖPNV in den Kommunen. Der Betrag wird unter anderem für den Ausbau des ÖPNV-Netzes verwendet. Außerdem soll die Förderung dazu beitragen, die Fahrpreise niedrig zu halten. Als Ausgleich für Rabatte für Schüler, Auszubildende und Studenten erhielten die Verkehrsunternehmen

knapp fünf Millionen Euro. Der Landkreis Regen bekam zusätzlich 100.000 Euro für die Arbeit an einem umweltfreundlichen Verkehrskonzept für den Nationalpark Bayerischer Wald.

Beim Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur unterstützte die Regierung von Niederbayern öffentliche und private Träger im Jahr 2008 mit rund 1,3 Millionen Euro. Förderungen gab es für zentrale Busbahnhöfe in Deggendorf, Grafenau und Mainburg sowie für Haltestellen in Passau, Vilshofen und Niederviehbach. Bezuschusst wurden außerdem Omnibusbetriebshöfe wie der in Landshut, Umsteigeparkplätze für Auto- und Radfahrer und Warthäuschen in den Landkreisen Freyung-Grafenau, Passau und Straubing-Bogen sowie in der Stadt Straubing.

Trendwende

Obwohl der ÖPNV generell immer wichtiger für die Menschen wird, profitieren viele Verkehrsunternehmen im ländlich geprägten Niederbayern kaum von dieser positiven Entwicklung. Ein Problem ist zum Beispiel, dass die Busse zu selten und unregelmäßig fahren und dadurch für die Bevölkerung keine Alternative zum Auto sind. In Landshut hat man die Trendwende geschafft. Die Verkehrsbetriebe der Stadtwerke haben vor drei Jahren das Konzept „Optibus“ umgesetzt, weil die Altstadt zur reinen Fußgängerzone werden sollte. Die Verantwortlichen waren aber

auch wegen verwirrender Linienführung und häufiger Fahrplanwechsel zu tief greifenden Veränderungen gezwungen.

„Wir haben die Linienführung neu organisiert, ein neues Tarifsystem entwickelt und Expresslinien für Pendler zum Bahnhof organisiert und Abendlinien eingeführt“, sagte Claus Nußbainer, Leiter der Verkehrsbetriebe. Die Altstadtumfahrung sei ein massiver Eingriff in den ÖPNV gewesen, doch der Fahrgastrückgang habe nahezu gestoppt werden können. Im Vergleich der Jahre 2007 und 2008 habe es ein Plus von nur noch 0,2 Prozent gegeben. Aktueller Stand vom Februar dieses Jahres sei sogar ein Plus von rund 1,2 Prozent. Nußbainer zufolge „werden vor allem die neuen Abendlinien gut angenommen“.

Der Landkreis Passau will im September mit seiner „ÖPNV-Offensive 2010“ nachziehen. In Zusammenarbeit mit den 16 Verkehrsunternehmen der Verkehrsgemeinschaft Landkreis Passau (VLP) soll das Angebot zunächst auf sieben Hauptachsen verbessert werden. „Wir planen einen Studententakt von Montag bis Freitag, Nachtlinien am Wochenende und ein neues Tarifsystem“, bemerkte Josef Kaiser, Leiter des Sachgebiets Wirtschaft und Verkehr im Landratsamt Passau. Das Angebot sei derzeit zu stark auf den Schülerverkehr ausgerichtet und seit den 60er Jahren kaum erweitert worden. Künftig sollen die Fahrpläne auf den ÖPNV in der Stadt Passau und die Bahn abgestimmt sein. Außerdem soll es mehr Pendlerhaltestellen mit Parkplätzen, den Fahrplan aufs Handy und elektronische Fahrkarten geben. Der Freistaat beteiligt sich drei Jahre lang mit jeweils 300.000 Euro an der Finanzierung des Projekts. DK

WERDEN SIE KLIMASCHÜTZER. STEIGEN SIE EIN.

28 Mio. haben den Einstieg in die Zukunft schon gefunden. Engagierter Umweltschützer zu sein, ist entspannter, als Sie vielleicht denken. Steigen Sie morgens in ein modernes Fahrzeug mit Chauffeur. Und schon haben Sie eine Menge CO₂, Kraftstoff und Lärm gespart. Womit man wieder sieht: Ob günstig, sicher oder umweltfreundlich – was immer Sie bewegt, mit Bussen und Bahnen fahren Sie richtig.

Damit Deutschland mobil bleibt Busse & Bahnen

www.deutschland-bleibt-mobil.de. Eine Kampagne des VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V.).

Bayerische Eisenbahngesellschaft:

Qualität auf der ganzen Linie

GZ-Interview mit Wolfgang Oeser, Leiter Qualitätsmanagement, Marketing, Presse der BEG

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) hat das Verfahren zur Vergabe eines neuen großen Verkehrsdurchführungsvertrages (VDV) eingeleitet. Wie BEG-Prokurist und Pressesprecher Wolfgang Oeser in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung darstellte, läuft der derzeitige VDV zwischen der BEG und der DB Regio AG, die momentan etwa 92 Prozent der Nahverkehrsleistungen in Bayern erbringt, Ende 2013 aus.

Die 1995 im Zuge der SPNV-Regionalisierung gegründete BEG plant, bestellt und überwacht im Auftrag des Freistaats den gesamten Schienenpersonennahverkehr (SPNV) für Bayern. In diesem Zusammenhang führt sie europaweite Ausschreibungen zur Vergabe von Verkehrsleistungen durch.

Geförderter Wettbewerb

Der Umfang der im VDV Bayern zu vergebenden Leistungen wird etwas mehr als der Hälfte des bayerischen SPNV entsprechen. Die Vertragslaufzeit soll zehn Jahre umfassen (Vertragsbeginn 1. Januar 2014, Vertragsende Fahrplanwechsel im Dezember 2023). Während der Vertragslaufzeit sollen sämtliche Leistungen ebenfalls stufenweise in den Wettbewerb übergehen. Damit beabsichtigt die BEG, bis Ende 2023 sämtliche Leistungen des bayerischen SPNV im Wettbewerb vergeben zu haben.

Der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Verkehrsunternehmen wird Wolfgang Oeser zufolge von der bayerischen Verkehrspolitik bewusst gefördert. Die BEG als „einzige Bestellerorganisation in Bayern“ zielt dabei vor allem auf hohe Qualität, ein attraktives Verkehrsangebot mit modernen Fahrzeugen und günstige Preise. Schließlich sei bei der Auftragsvergabe der unmittelbare Mehrwert für die Fahrgäste ein wesentlicher Faktor.

Abgeschlossene Wettbewerbsverfahren

Bis heute hat die BEG nach Oesers Angaben 18 SPNV-Wettbewerbsverfahren in Bayern abgeschlossen. Dazu zählen unter anderem das Dieselnetz Nürnberg, der Raum Augsburg mit E-Netz und Dieselnetz, der Raum Würzburg, die Strecke München-Passau, der Raum Regensburg mit Donautalbahn, das Dieselnetz Oberfranken, das E-Netz Franken sowie das Südhessennetz Wiesbaden-Mainz-Darmstadt-Aschaffenburg.

Regelmäßig wertet die BEG die Qualitätsberichte sämtlicher bayerischer Verkehrsunternehmen aus, überprüft die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Qualitätsstandards und achtet so auf ein gleich bleibend gutes Leistungsniveau. Allein in Bayern existieren über 80 Messstellen, an denen Pünktlichkeitsda-

ten erfasst werden. Dabei spielen Qualitätskriterien wie Pünktlichkeit, Sauberkeit/Graffiti, Fahrgastinformation, Sicherheit, Fahrzeugkomfort und Störfallmanagement eine wichtige Rolle.

Identifizierung von Schwachstellen

Ergänzend dazu werden in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen und über das BEG-Beschwerdemanagement punktuelle und strukturelle Schwachstellen identifiziert. Gemeinsame Arbeitsgruppen

Wettbewerbsprojekte, deren Ausschreibung die BEG plant mit Betriebsbeginn Ende 2013:

- Werdenfels (München - Mittenwald/Kochel/Oberammergau),
- Bayerisches Oberland,
- Mangfalltalbahn,
- München - Rosenheim - Salzburg/Kufstein,
- Main-Spessart-Express (Würzburg - Frankfurt a. M.),
- Oberpfalz- und Waldbahn. □

wie die „Expertenrunde Pünktlichkeit“ analysieren die Mängel und entwickeln Lösungsmöglichkeiten.

In solchen Gremien konnten bereits wichtige Projekte angestoßen werden, die von der BEG und dem Freistaat inhaltlich und finanziell unterstützt werden. So sorgt das Projekt „Operation P“ der DB Regio AG mit einer internen Pünktlichkeitskampagne für die Verbesserung von Abläufen und Strukturen. Die „Service Offensive“ der S-Bahn München wiederum bot neben Reisendenlenkung und umfassender Fahrgastinformation zur Stammstreckensperrung noch viele weitere Service-Verbesserungen. So werden unter anderem die Sicherheits- und Serviceteams in der Münchner S-Bahn zu etwa 50 Prozent von der BEG finanziert.

Abgestimmte Planungen

Eine wichtige Aufgabe der BEG ist auch die Abstimmung ihrer Planungen mit weiteren Angeboten des ÖPNV in Bayern, machte Oeser deutlich. Beispielsweise müssen Busfahrpläne an den SPNV, „das Rückgrat des ÖPNV“, angepasst werden, um das bestmögliche Angebot zu gewährleisten. Jedes Jahr wird der im Dezember stattfindende Fahrplanwechsel weit im voraus ge-

plant und optimiert. Im Sommer bereits werden in den einzelnen Regierungsbezirken im Rahmen von Regionalkonferenzen die Planungen vorgestellt.

Gebündelt und modellhaft umgesetzt wurden vorbildliche und innovative Maßnahmen zur Qualitätssteigerung im von der BEG initiierten Projekt „Referenzstrecken im SPNV in Bayern“. Dabei handelte es sich um ausgesuchte Eisenbahnstrecken im Freistaat, die für einen begrenzten Zeitraum - in der Regel drei Jahre - unter besonderer Betreuung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft standen. Zu den Teststrecken für einen modernen und attraktiven SPNV zählten die Bayerische Oberlandbahn, die Gräfenbergbahn Nürnberg Nordost - Gräfenberg, die Paartalbahn Ingolstadt - Augsburg und die Waldbahn Plattling-Deggendorf-Zwiesel-Bayerisch Eisenstein.

Akzeptanz erhöhen

Mit Hilfe gezielter Kommunikationsmaßnahmen will die BEG den Bekanntheitsgrad und die Akzeptanz des SPNV-Angebots erhöhen. Mit Anzeigen, Plakaten, Radiospots und Promotion-Material werden insbesondere die Produkte BAYERN-TAKT, BAYERN-TICKET, BAYERN-TICKET-SINGLE und BAYERN-FAHRPLAN beworben. Dabei soll klar erkennbar sein, dass es sich hier primär um Leistungen des Freistaats Bayern handelt. Dieser Weg ist von Erfolg gekrönt: So sind im bundesweiten Vergleich der Bekanntheitsgrad der Ländertickets und ihr Nutzungsgrad in Bayern am höchsten, wie Oeser hervorhob.

Der zu den wichtigsten Erregenschaften der BEG zählende BAYERN-TAKT hat sich seit seiner Einführung 1996 zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Die Anzahl der Fahrgäste im Regionalverkehr ist seit 1996 um mehr als 50 Prozent

angestiegen. Beinahe alle Strecken werden täglich von frühmorgens bis spätabends im attraktiven Stundentakt bedient. Ein wesentliches Merkmal des BAYERN-TAKTs sind die sog. Anschlussknoten. In diesen Bahnhöfen treffen die Züge alle etwa zur gleichen Zeit ein, so dass optimale Umsteigemöglichkeiten bestehen.

Optimierung des BAYERN-TAKTs

Dieses anspruchsvolle Konzept stellt hohe Anforderungen an den Ausbau der Gleisanlagen, die Spurtstärke der Fahrzeuge und die Qualität der Betriebsführung. Den BAYERN-TAKT zu optimieren, ist Wolfgang Oeser zufolge eine permanente Herausforderung. Aufgabe der BEG ist es, die Anforderungen an neue Fahrzeuge und an den Ausbau der Infrastruktur zu definieren. Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit stehen dabei im Vordergrund.

Zum Erfolg des BAYERN-TAKTs hat die Einführung des BAYERN-TICKETS maßgeblich beigetragen. Es gilt neben den Bahnen auch in allen bayerischen Verbundverkehrsmitteln. Wie Oeser erklärte, sollen in den kommenden Jahren die wenigen, noch nicht integrierten Buslinien sowie Anschlussstrecken in benachbarten Bundesländern in den Geltungsbereich des BAYERN-TICKETS aufgenommen werden.

BAYERN-FAHRPLAN

Informationen über die gesamte Reisekette von Haustür zu Haustür bietet das bayernweite Online-Auskunftssystem der BEG, der BAYERN-FAHRPLAN. Außerdem gibt es unter www.bayern-fahrplan.de anhand von Übersichtsplänen aller bayerischen Verkehrsstationen (immerhin über 1000) Informationen darüber, wo sich behindertengerechte Zugänge, Fahrausweisautomaten oder die Haltestellen anderer Verkehrsmittel befinden. Darüber hinaus hat der Fahrgast die Möglichkeit, sich über verschiedene Links zusätzliche Informationen zu holen: zu regionalen Verkehrsunternehmen, zum Nahverkehr einer bestimmten Region oder zu den

Angeboten der bayerischen Tourismusverbände.

Derzeit bereitet die BEG die Erweiterung des BAYERN-FAHRPLANS auf Echtzeitdaten vor - eine große Herausforderung, denn das zu realisierende System wird sämtliche Daten des öffentlichen Verkehrs in Bayern wie Fahrpläne, Echtzeitdaten und Störmeldungen zusammenführen, um eine optimale Fahrgastinformation und Anschlussicherung zu gewährleisten.

Einmaliges System

Noch im Jahr 2009 sollen erste Komponenten des Systems realisiert sein und für umfassende Tests zur Verfügung stehen. Der Regelbetrieb ist für Ende 2010 geplant. Ein derartiges System

ist in Deutschland bisher in dieser Dimension einmalig. Gemeinsam mit ihren Partnern - zum Beispiel den Tourismusverbänden, kommunalen Aufgabenträgern, Verbänden und Bündnissen - sucht die BEG stets nach zusätzlichen Möglichkeiten, Informationen zum ÖPNV-Angebot zu veröffentlichen. Darüber hinaus unterstützt die Gesellschaft Projekte im Kultur- und Umweltbereich.

ÖPNV-Preis

Alle zwei Jahre veranstaltet die BEG den Bayerischen ÖPNV-Kongress und verleiht den ÖPNV-Preis. Dieser ehrt Leistungen und Lösungen, die in den vergangenen Jahren zu einer Steigerung der Attraktivität des bayerischen ÖPNV geführt haben. **DK**

VDV fordert Umweltprämie für ÖPNV-Fahrzeuge

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) fordert, die Abwrackprämie des Konjunkturpakets II für Fahrzeuge des ÖPNV zu erweitern. „Die Abwrackprämie des Bundes hat eine umweltpolitische Schiefelage, die durch die momentan diskutierte Verlängerung nur verschärft würde“, kritisierte VDV-Hauptgeschäftsführerin Dr.-Ing. Claudia Langowsky. „Erst wenn die Anschaffung neuer Fahrzeuge des Öffentlichen Personennahverkehrs ebenfalls gefördert wird, kann man von einer echten Umweltprämie sprechen.“

„Busse und Bahnen sind die Problemlöser beim Klimaschutz im Verkehr. Jeder, der in der Rushhour vom PKW auf den ÖPNV umsteigt, verursacht 90 Prozent weniger Kohlendioxid als mit dem Auto“, so Langowsky. Der stetige Fahrgastzuwachs der vergangenen Jahre mache Investitionen in Fahrzeuge vor allem in den Ballungsräumen dringend erforderlich. „Wir fordern daher, dass der Bund die Neuanschaffung von 7.500 Fahrzeugen mit 25 Prozent des Preises fördert. Damit könnte man einen großen Schritt dahin unternehmen, dass in Deutschland nur noch Busse mit grüner Plakette und Schienenfahrzeuge, die Energie zurückspeisen können, unterwegs sind. Das hilft den Busherstellern und der Bahnindustrie, die viele Arbeitsplätze in Deutschland sichern. Gleichzeitig ist das echter Klimaschutz“, betonte Langowsky. □

Kusser Aicha Granitwerke:

Fuß- und Radwegbrücken aus vorgespanntem Granit

Fuß- und Radwegbrücken aus vorgespanntem Granit überzeugen nicht nur durch die geringe Höhe ihres massiven Überbaus sondern auch durch außergewöhnliche Beständigkeit gegenüber Tausalz, Verwitterung und Abrieb. Seit 10 Jahren spannen die Kusser Aicha Granitwerke Granit vor, um für Architekten und Künstler äußerst dünne und zugleich hochtragende Elemente zu fertigen.

Beim Vorspannen werden Stahlhölzer, die das Element durchziehen, mit einer definierten Kraft gespannt, um das Bauteil zusammenzupressen. Die Vorspannkraft wird dabei auf den zu erwartenden Lastfall abgestimmt. Je höher die Druckfestigkeit des Materials, desto stärker kann vorgespannt werden und desto schlanker wird das vorgespannte Element.

Schlanke Dimensionierung

Granit ist sehr druckfest, etwa 4-5-fach so druckfest wie Beton C35/45, d. h. Granitelemente können sehr schlank dimensioniert werden, wenn sie vorgespannt werden. Hinzu kommt noch, dass die sandgestrahlte oder gestockte Oberfläche dieses Hartgesteins so beständig gegenüber Tausalz, Verwitterung und Abrieb ist, dass ein zusätzlicher Schichtenaufbau über der Tragkonstruktion als Fahrbahnbelag überflüssig wird. Im Vergleich zu herkömmlichen Konstruktionen reduziert sich die Bauteilhöhe also nicht nur durch das Vorspannen, sondern

auch noch um die sonst notwendige Höhe des Fahrbahnbelags.

Lange Lebensdauer

Der tragende, vorgespannte Granitüberbau ist gleichzeitig die fertige Fahrbahn, die zudem noch hervorragende Oberflächeneigenschaften besitzt. Neben ihrer langen Lebensdauer zeichnen sich vorgespannte Granitbrücken durch kurze Produktions- und Montagezeiten aus. Der komplette Überbau wird werkseitig vorfabriziert und entsprechend der zu erwartenden Belastung getestet. Auf der Baustelle versetzen die Kusser Aicha Granitwerke den fertigen Brückenüberbau innerhalb weniger Stunden.

Gesamtlösung aus einer Hand

Vorgespannte Granitbrücken, -treppen oder andere Elemente liefern die Kusser Aicha Granitwerke als übergabereife Gesamtlösung aus einer Hand einschließlich der notwendigen statischen Berechnungen, der Produktion und Montage. □



Coolrider knacken die 1.000er Grenze

Die 13-jährige Schülerin Zyneb Al-Rakabi (Bildmitte) von der Nürnberger Johann-Daniel-Preiber-Schule ist 1.000ste Coolriderin. Gemeinsam mit zwölf weiteren Schülern der Schule im Stadtteil Gostenhof ist sie in den vergangenen Wochen von Mitarbeitern der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg sowie der Polizei ausgebildet worden. Im Rahmen eines Presse-Foto-Termins wurde das ehrenamtliche Engagement der jugendlichen Fahrzeugbegleiter gewürdigt.

Bayerns Staatsminister Joachim Herrmann (L), der Leitende Polizeidirektor im Polizeipräsidium Mittelfranken, Gerhard Schlögl, der Vorstand Markt und Technik der VAG, Dr. Rainer Müller (r) und Thomas Geilhardt, Geschäftsführer der ÖPNV-Akademie, einer VAG-Tochtergesellschaft, die die Ausbildung von Coolridern in der Region betreut, waren bei dem Pressetermin voll des Lobes für die Coolrider. Die VAG stellte bei der Gelegenheit auch die erste Plakataktion mit vorerst acht Coolridern verschiedener Schulen vor. Die Inhalte der Plakate spiegeln den Alltag der Coolrider. Sie treten ein für saubere Fahrzeuge und Anlagen, für einen höflichen, rücksichtsvollen Umgang und sprechen sich gegen Vandalismus aus - alles Dinge, die der VAG mit Blick auf ihre Kunden wichtig sind. Die Plakate im A0-Format werden an Haltestellen und U-Bahnhöfen in Nürnberg ausgehängt sowie in den beteiligten Schulen. Bild: Claus Felix

PLANEN ERFASSEN ÜBERMITTELN AUSWERTEN

STARTEN SIE DURCH MIT EFFIZIENTER DATENERFASSUNG.

Profitieren Sie von der nutzbringenden Internetanwendung. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Merkmale von MOBIDAT®:

- Störungsfreier Dauerbetrieb
- Einfachste Anwendung
- Kundenspezifische Auswertung
- Weiterverarbeitung der Daten
- Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- Günstige Datenübermittlung

MOBIWORX Telefon: 0 80 35/96 463 - 0
Telefonik GmbH www.mobiworx.de

Ankauf - Verkauf

BERTSCHE **LADOG**

Das ganze Programm unter www.bertsche-online.de

Erster bayerisch-europäischer Dachfonds:

Anschub für Venture-Capital-Finanzierungen

Unter der Schirmherrschaft von Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil ist der mit 50 Millionen Euro ausgestattete erste bayerisch-europäische Venture Capital Dachfonds gestartet. Die LfA Förderbank Bayern kooperiert dafür mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF), der das Management der sogenannten Dachfondsfazilität übernimmt. „Wir schaffen mit dem Dachfonds wichtige Anreize, verstärkt Venture Capital für junge technologie-orientierte Unternehmen in Bayern bereitzustellen. Damit bietet der Freistaat ab sofort erhöhte Chancen für Gründer und stärkt zugleich die Venture Capital Landschaft“, erklärte Zeil.

Das private Angebot für Frühphasenfinanzierungen sei auch in Bayern nach wie vor knapp. Aktuell verschärfe sich diese Situation aufgrund der andauernden Finanzkrise nochmals. „Gerade deshalb verbessern wir jetzt das Angebot an Wagniskapital für technologie-orientierte Unternehmensgründungen, auch über die Clusterfonds bei Bayern Kapital hinaus. Der neue Baustein soll die bestehende hohe Dynamik im Bereich der High-Tech-Gründungen weiter beflügeln“, so Zeil.

Für den Dachfonds stellen die LfA Förderbank Bayern und der Europäische Investmentfonds jeweils 25 Millionen Euro bereit. Interessierte Drittinvestoren können zu gleichen Bedingungen beitreten. Die Investitionen richten sich dabei an zwei Segmente

des Venture-Capital-Markts: Bei den Frühphasen-Fonds liegt der Schwerpunkt auf dem Technologietransfer, oft unter Einbindung öffentlicher oder privater Forschungseinrichtungen. Die Fonds für Anschlussfinanzierungen der Technologieunternehmen im Frühphasen- und Wachstumsphasen-Segment zielen auf Folgeinvestitionen ab.

Portfolio aufbauen

Das übergeordnete Ziel des neuen Dachfonds ist es, ein diversifiziertes Portfolio von kommerziell tragfähigen Venture Capital Fonds mit einer industrietypischen Renditeerwartung aufzubauen und aktiv zu betreuen. Dadurch soll der Venture Capital Markt, der Technologietransfer

und die Entwicklung von Technologieunternehmen in Bayern optimal angeregt werden. Die Investitionsperiode des Dachfonds läuft fünf Jahre, die Investitionsdauer beträgt zehn Jahre.

Der Freistaat Bayern und die LfA Förderbank Bayern engagieren sich in der Venture Capital-Finanzierung junger, innovativer Technologieunternehmen über die Bayern Kapital GmbH, ein Beteiligungsinstitut der LfA-Gruppe. Über die von Bayern Kapital geführten Technologiefonds haben sich der Freistaat und die LfA bislang an rund 180 Unternehmen mit einem Beteiligungsvolumen von rund 140 Millionen Euro beteiligt.

Bayerneffekt

LfA-Vorstandsvorsitzender Michael Schneider zufolge „ergibt sich das Neue für uns daraus, dass wir nicht entsprechend unserem normalen Fördergeschäft über den gemeinsamen Fonds mittelbar in ein bayerisches Technologieunternehmen investieren, sondern uns an weiteren Fonds beteiligen, die ihrerseits in – auch bayerische – Unternehmen investieren“. Der für Finanzierungen der LfA immer notwendige Bayerneffekt ergebe sich aus drei Faktoren:

1. Der Dachfonds investiert in VC-Fonds, die in Bayern einen Sitz oder zumindest eine Niederlassung haben.
2. Diese Fonds müssen zumindest in gleicher Höhe wie der Dachfonds in junge bayerische Technologieunternehmen investieren.
3. Die durch die Initiative verstärkte VC-Szene in Bayern vergrößert zugleich die Basis an potentiellen Lead-Investoren für die VC-Tochter Bayern Kapital.

Hinzu komme, dass die Hebel-

Kategorie qualitativ konkurrenzfähig sind. Brandl forderte auch eine Verbesserung der Verkehrs-anbindung des Bayerischen Waldes an die Zentren, eine höhere Investitionsförderung und eine stärkere Bereitschaft der Banken, Kredite an die Tourismuswirtschaft zu vergeben. Zudem müsse der Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie von aktuell 19 auf 7 Prozent gesenkt werden.

Handwerk und Gastronomie

Toni Hinterdobler, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern Oberpfalz, wies darauf hin, dass die Tourismuswirtschaft als Auftraggeber auch für das Handwerk von großer Bedeutung sei, und das Handwerk etwa Gastronomie spezifische Qualitätslösungen anbieten könne. Hier seien Kooperationen denkbar. Heino Brodschelm, Präsident des Landesverbands Bayerischer Omnibusunternehmen, informierte darüber, dass Omnibusreisen immer wichtiger für den Tourismus würden. Damit der Bayerische Wald davon stärker profitiere, sollten mehr entsprechende Angebote ausgearbeitet werden. Dr. Oliver Haferbeck von der Deutschen Bahn riet der Tourismuswirtschaft schließlich dazu, die „gute Bahn-anbindung des Bayerischen Waldes“ bei den Gästen mehr publik zu machen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Marketingsektor mit der Bahn zu intensivieren.

Bei dem Bemühen, Touristen in die Region zu locken, kann ein hoher Bekanntheitsgrad genutzt werden: Eine bundesweite Befragung hat ergeben, dass der Nationalpark Bayerischer Wald

wirkung des finanziellen Einsatzes beträchtlich ist: „Die von uns eingebrachten 25 Mio. Euro verdoppeln sich zunächst durch den gleich hohen Beitrag des EIF und vervierfachen sich im Ergebnis dadurch, dass die VC-Fonds, in die wir investieren, unseren gemeinsamen Beitrag zu Gunsten bayerischer Unternehmen noch mal mindestens verdoppeln müssen. Sollten sich zusätzlich noch private Investoren an dem Dachfonds beteiligen, verstärkt sich dieser Hebeleffekt noch mehr“, betonte Schneider.

Dieses vom Bayerischen Wirtschaftsministerium angestoßene Projekt habe nur realisiert werden können, „weil wir mit dem EIF einen in der VC-Finanzierung über Dachfonds außerordentlich erfahrenen und uns bereits vertrauten Partner gewinnen konnten, der den Fonds auch managen wird“.

Über ihre praktischen Erfahrungen aus der Frühphasen-Finanzierung junger Technologieunternehmen berichtete u. a. VC-Investor Falk F. Strascheg. Er präsentierte eingangs einige Zahlen, die die schwierige Situation, in der sich die VC-Industrie befindet, verdeutlichen. Hierzulande nahmen laut FHP die Investitionen der VC-Gesellschaften in Portfoliounternehmen in Q1/09 gegenüber dem letzten Quartal um 56 % auf 62 Mio Euro ab. Der Abschwung wäre Strascheg zufolge noch deutlicher, wenn nicht öffentliche Institutionen wie der HTGF, die KfW und Bayern Kapital mehr als ein Drittel dieser Summen, nämlich 21 Mio, investiert hätten. Der Wert von 62 Mio. sei der niedrigste seit 10 Jahren. Im gesamten Europa sehe es nicht viel anders aus.

Ein Blick auf den Geldfluss für Venture Capital zeige, „dass die Investoren in Fonds einbezahlen, diese wiederum das Geld in Unternehmen investieren, die Anteile an strategische Käufer oder Finanzinvestoren an der Börse verkaufen werden und die generierten Erlöse wiederum den Fondsinvestoren zufließen“. Dies funktioniert auch gut, so lange der Kreislauf nicht unterbrochen sei. Lei-

der mit Abstand bekannteste seiner Art in ganz Deutschland ist. Dieses Potential werde von der Bevölkerung jedoch nicht ausreichend touristisch genutzt, kritisierte Professor Hubert Job, der die Studie durchführte. Gerade in Zeiten einer immer schärfer werdenden Konkurrenzsituation im Tourismus erscheine diese Haltung wenig nachvollziehbar. Urlauber würden zudem in dem momentan laufenden Wald-erneuerungsprozess im Nationalpark keine abschreckende Zerstörung sehen, sondern vielmehr die „Geburt eines neuen Urwalds“ und ein „gigantisches Naturschauspiel“, stellte Job fest. DK



V. l.: Richard Pelly, CEO EIF, Michael Schneider, Vorstandsvorsitzender LfA Förderbank Bayern, Staatsminister Martin Zeil, Bayerisches Wirtschaftsministerium. Bild: LfA

der seien momentan durch die Börsensituation und die Finanzschwäche von strategischen Investoren und Finanzinvestoren die Realisierungen auf ein Minimum reduziert, dadurch fließe kein Geld an die Fonds-Investoren und diese investierten weniger in VC-Fonds und diese wiederum weniger in Unternehmen.

„Darum braucht der VC-Markt neue Impulse“, meinte Strascheg und ergänzte: „Eine begrüßenswerte Initiative ist sicherlich der Fund of Fund, der wiederum den Anteil der öffentlichen Mittel, die in VC-Fonds fließen, weiter erhöhen wird. So gerne ich es sehen würde, dass Private Equity wie der Name schon sagt auch von Privaten kommt, sehe ich in der

Investition von öffentlichen Mitteln sowohl in VC-Fonds als auch direkt in Unternehmen kurzfristig den einzigen vernünftigen Weg.“

Mittelfristig regte Strascheg an, „dass ähnlich wie in Großbritannien oder Frankreich steuerliche Anreize für Investoren in Venture Capital geschaffen werden“. Auch sollte darüber nachgedacht werden, die BTU bzw. BJTU Programme des BMBF in der ursprünglichen Ausstattung zumindestens für einen begrenzten Zeitraum wieder auflösen zu lassen. Dies zusammen mit einer Normalisierung der Exitmärkte würde zu einer Beflügelung der Venture Capital Industrie und der von ihr finanzierten innovativen Unternehmen führen. □

LfA-Mittelstandsschirm:

Hilfe für 600 bayerische Betriebe

Der zu Jahresbeginn aufgespannte Bayerische Mittelstandsschirm zur Sicherung der Kreditversorgung ist gut angefahren. Die LfA Förderbank Bayern hat bis Ende April Kreditrisiken in Höhe von rund 100 Millionen Euro übernommen. Unter dem Schutz dieser Risikoübernahmen konnten die Hausbanken Kredite in Höhe von 136 Millionen Euro an über 600 Unternehmen zusagen. Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil: „Damit zeigt sich schon nach den ersten vier Monaten: Der vom Freistaat aufgespannte und von der LfA getragene Mittelstandsschirm ist ein Erfolgsmodell für die Kreditversorgung der Betriebe in Krisenzeiten.“

Die verbesserten Bürgschaften und Haftungsfreistellungen der LfA erhöhten die Bereitschaft der Hausbanken zur Kreditvergabe auch bei knappen Sicherheiten. „Insbesondere die Bürgschaften der LfA zur Absicherung von Unternehmenskrediten für Betriebsmittel erleben einen Boom. Das Volumen ist von 20 Millionen Euro auf 56 Millionen Euro gestiegen und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr fast verdreifacht“, so Zeil.

Neue Bürgschaften

Die Nachfrage nach Haftungsfreistellungen als zweites Mittel der Förderbank zur Risi-

koentlastung der Hausbanken stieg um zwölf Prozent auf 44 Millionen Euro. Mit dem bis Ende 2010 laufenden Mittelstandsschirm und zusätzlichen Rückbürgschaften vom Bund im Rücken kann die LfA insgesamt bis zu 600 Millionen Euro neue Bürgschaften für den Mittelstand übernehmen.

LfA-Vorstandsvorsitzender Michael Schneider lobt die Kooperationsbereitschaft der Banken: „Wir spüren ein großes Interesse der Geschäftsbanken, den Mittelstandsschirm zum Wohl ihrer Kunden zu nutzen. Das hilft vielen in Liquiditätseingüssen steckenden Unternehmen wieder zu atmen und nach vorne zu schauen.“ □

Tourismuskonferenz Bayerischer Wald in Zwiesel:

Wege aus der Flaute

Mit seiner konsequenten touristischen Entwicklung hat der Bayerische Wald in den vergangenen Jahrzehnten Erfolgsgeschichte geschrieben. Mittlerweile hat er aber - wie andere Mittelgebirgsregionen auch - besonders mit sinkender Nachfrage und verändertem Reiseverhalten zu kämpfen. So gingen die Übernachtungszahlen zwischen den Jahren 2000 und 2008 von 8,4 auf 7,0 Millionen zurück. Bei der vom Beauftragten der Bundesregierung für Tourismus, Ernst Hinsken, einberufenen „Tourismuskonferenz Bayerischer Wald“ sollten Lösungsansätze gefunden werden, um den Fremdenverkehr im Bayerischen Wald wieder zu beleben.

Der Bayerische Wald hat nach Meinung führender deutscher Tourismusexperten und des bayerischen Wirtschaftsministers Martin Zeil das Zeug, trotz Wirtschaftskrise und nach Jahren rückläufiger Übernachtungszahlen als Urlaubsregion wieder zuzulegen. Laut Zeil zeigt die Erfahrung, dass Bayern in Krisenzeiten davon profitiere, dass mehr Deutsche ihren Urlaub wieder im Inland verbrächten. Das könne für den Tourismus im Bayerischen Wald eine Chance sein, weil dieser hohe Preiswürdigkeit bei einem breiten Freizeit- und Erholungsangebot biete.

Auslandsmarketing

Davon zeigten sich auch Ernst Hinsken und Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner überzeugt. Er betonte, die Bauern würden mit ihrer Naturpflege und ihren Qualitäts-Nahrungsmitteln eine wichtige Basis liefern. Einigkeit herrschte bei der Tagung auch darüber, dass der Bayerische Wald Alleinstellungsmerkmale erarbeiten sowie bei Zielgruppenorientierung und Auslandsmarketing zulegen müsse.

„Die einzige Chance, sich als Feriendestination im Wettbewerb mit anderen Regionen zu behaupten, ist für eine Region wie den Bayerischen Wald die Entwicklung eines eigenen, unverwechselbaren touristischen Profils“, hieß Günter Ihlau, Direktor der TUI AG, in dieselbe Kerbe. Der Bayerische Wald sollte sich voll auf Wünsche und Bedürfnisse seiner wichtigsten Kundenschichten ausrichten - und dies seien preisbewusste Familien mit Kindern sowie preisbewusste ältere Gäste.

Ihlau zufolge macht es keinen Sinn, andere Regionen mit teu-

ren touristischen Investitionsvorhaben oder kulturellen Einrichtungen übertrumpfen zu wollen. Besser sei die Erarbeitung eines Masterplanes, der die spezifischen Kundenbedürfnisse erforsche und die Urlaubsangebote darauf ausrichte - und hier Spitzenangebote erarbeite und umsetze. „Wichtig sind Einzigartigkeiten. Ich könnte mir etwa vorstellen, dass sich der Bayerische Wald als preiswürdigste und kinderfreundlichste Region Deutschlands positioniert.“

Definierte Produktlinien

Auch Sybille Wiedenmann, Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing GmbH, riet zu einer Fokussierung auf wenige, klar definierte Zielgruppen und Produktlinien. „Wichtig ist die Schaffung von Alleinstellungsmerkmalen. Dem Gast sollen Angebote präsentiert werden können, die es nur hier gibt“, sagte sie. Dafür seien eine intensivere Vernetzung der Partner der Freizeit- und Tourismuswirtschaft und eine engere Kooperation mit der Gesamtwirtschaft, Vertriebsorganisationen und den Medien nötig. Nach Ansicht von Petra Hedorfer, Vorstandsvorsitzende der Deutschen Zentrale für Tourismus, könne der gesamte Bayerische Wald ein „Leuchtturmprojekt“ sein, wenn es zum Beispiel um seine Vermarktung im Ausland gehe.

Ulrich N. Brandl, Hotelier und Vizepräsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, forderte, alle Tourismusbetriebe des Bayerischen Waldes müssten an einem Strang ziehen. Die Region müsse überregional als Ganzes vermarktet werden. Notwendig sei zudem, dass die touristischen Angebote in jeder

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft



Fachtagung der DSK Bayern

„Flächenmanagement, Flächenrecycling, Innenentwicklung – neue Schwerpunkte einer nachhaltigen Stadtentwicklung“

08.07.2009, Presseclub (NÜRNBERGER Akademie), Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg
www.dsk-fachtagung.de oder Tel.: 0911 – 520 99 40; Mail: nuernberg@dsk-gmbh.de

Stadterneuerung | Baugebietsentwicklung | Konversion | Städtebauliche Beratung | Projektentwicklung

Einstieg in das Kommunale Immobilienmanagement:

Kostenfaktor und Chance

Mehr und mehr Städte und Gemeinden „entdecken“ ihren Immobilienbesitz und zwar in zweifacher Hinsicht: Einerseits als großen Kostenfaktor sowie andererseits als Chance, Erlöse oder mindestens Kostendeckung zu erzielen und damit den Haushalt zu entlasten.

Bisher ist die Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude vor allem auf die Instandhaltung und Werterhaltung im Rahmen der Haushaltsmittel beschränkt. Es geht vor allem um die „Zurverfügungstellung“ von Gebäuden für eine oder mehrere bestimmte Nutzungen im gemeinnützigen Sinne. Dabei übersehen viele, dass dieser Umstand nichts mit einem wirtschaftlichen Umgang bzw. mit der internen Anwendung von Immobilien-Managementkriterien zu tun hat.

Großes Einsparpotential

Im Gegenteil. Gerade durch ein professionelles Management werden Kosten gespart, die beim gewohnten „kammeralistischen System“ der öffentlichen Haushalte überhaupt nicht auffallen. Es ist fast unglaublich, wie viele zigtausend Euros jeder Lehr-

gangsteilnehmer eines Managementkurses für seinen Arbeitgeber an unnötigen Kosten und so genannten Scheinleistungen (Leistungen auf falscher Basis) aufzeigt, ohne dass die Leistungen als solches betroffen sind.

Kaufmännische Perspektive

Bisher ist die Gebäudebewirtschaftung in den Kommunen meist auf die Instandhaltung beschränkt. Sie ist zweifellos einer der größten Kostenfaktoren, aber nur ein Teil der Bewirtschaftung und damit des Gebäudemanagements. Die Instandhaltung betrifft die technischen Anlagen und Einrichtungen, und natürlich gehen die technischen Mitarbeiter bei Ausschreibungen und Aufträgen nach sparsamen und wirtschaftlichen Kriterien vor. Und dennoch fehlt ein wesentliches Element zum Immobilien-

und Gebäudemanagement, nämlich die wirtschaftlich-kaufmännische Seite.

Vorhandenes Wissen erweitern

Die Instandhaltung ist jedoch ein guter Ansatz und Einstieg in dieses Management. Zum Beispiel dahin gehend, dass die damit befassten Ingenieure, Techniker oder technischen Beamten ihr vorhandenes fachliches Wissen in den kaufmännisch-wirtschaftlichen Bereich hinein erweitern. Durch eine solche „Doppelqualifikation“ wie zum Beispiel Ingenieur + Fachwirt erweitert sich der fachliche Blick auf Immobilien und Gebäude erheblich.

Organisationsänderungen

Diese persönliche Qualifikation sollte jedoch einher gehen mit einer Veränderung der internen Organisation, denn der zukünftige Gebäudemanager braucht den Zugriff auf Daten, die bisher üblicherweise auf mehrere Abtei-

lungen oder Ämter verteilt sind. Eine Umstellung auf ein modernes Immobilien- und Gebäudemanagement kann deshalb nur in Schritten erfolgen.:

1. Schritt: Grundstückserfassung: Grundstück, Grundbuch, Baurecht, Gebäudeflächen (frei oder belegt) usw.
2. Schritt: Die Nutzungserfassung (Verträge, Rechte, Pflichten)
3. Schritt: Die Kostenerfassung (Erfassung aller Verbrauchs-, Instandhaltungs- und sonstigen Bewirtschaftungskosten)
4. Schritt: Berechnung einer ideellen oder echten kostendeckenden Miete pro Objekt.
5. Schritt: Erstellung eines kaufmännisch-wirtschaftlichen Budgets als Steuerungsinstrument.

Kostenanalysen

Wenn diese vorbereitenden Schritte getan sind, ist die Abteilung oder eigenständige Gesellschaft startbereit, um in ein echtes Management einzutreten, zum Beispiel in die eingangs genannten Kostenanalysen, welche auch erst den Anfang darstellen.

Reinhold Pachowsky, Geschäftsführer des IMI Immobilien Instituts □

„Diese Diskussion wollen wir durch das INSM-Regionalranking anregen.“

Unter www.insm-regionalranking.de sind alle relevanten Ergebnisse des INSM-Regionalrankings interaktiv zugänglich. 21 Indikatoren - vom Anteil der ALG II-Empfänger bis zur Zahl der Straftaten - lassen sich bundesweit und landesintern miteinander vergleichen. Jeder untersuchte Kreis und jede kreisfreie Stadt ist zudem mit einem Stärken-Schwächen-Profil recherchierbar. □

Offener Nachmittag an der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel am See:

Frankfurt und München wachsen weiter

„Die Wirtschaftskrise wird das Wachstum der großen Umsteige-Flughäfen nicht verhindern. Nach einem kurzem Einbruch steigen die Passagierzahlen und Frachtmargen erfahrungsgemäß überproportional an“ so Prof. Dr. Bender, Vorstandsvorsitzender der Fraport AG, zum Thema „Zukunft von „Airportcities“.“

Bender hielt seinen Vortrag vor den Gästen und Teilnehmer/innen des Seminars „Flughäfen - Jobmotoren der Zukunft?“

Im Vortrag wurden deutlich die „Mega-Treiber“ des weltweiten

Flugverkehrs aufgezeigt und die darin enthaltenen Potentiale für Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland. Heute ist Fliegen in Europa und Amerika etwas Selbstverständliches, in anderen Regionen gibt es einen enormen Nachholbedarf an Mobilität. Viele dieser Flüge werden über Frankfurt als den internationalsten Flughafen der Welt und München als Drehkreuz für südosteuropäische Verkehre abgewickelt werden. In Frankfurt werden durch den begonnenen Ausbau zusätzlich 30.000 Arbeitsplätze direkt am Flughafen und 70.000 in der Region entstehen.

Qualifizierte Arbeitsplätze

Prof. Dr. Bender verdeutlichte in der Diskussion, dass qualifizierte Arbeitsplätze, die sich an Mindeststandards bzgl. Qualität und sozialer Absicherung orientieren, wichtig und erstrebenswert sind. In dieser wirtschaftlich unsicheren Zeit fordert er aber auch, einen Beitrag der Arbeit-

Übergeordnetes Interesse

Eine Grundlage für zukünftige Entwicklungen der großen Flughäfen kann nur eine Akzeptanz eines übergeordneten Interesses für die „Infrastruktur“ Luftverkehr sein, das bedeutet, dass Einzelinteressen u. U. zurückstehen müssen. Erforderlich ist seiner Meinung nach ein stärkeres Engagement und Zusammenstehen der politisch Verantwortlichen. Vorteile aus dem wachsenden Luftverkehr, wie z.B. Steuereinnahmen und Arbeitsplätze, könnten dann einer gesamten Region zu Gute kommen. Heute sind die Vor- und Nachteile häufig ungleichgewichtig verteilt. □



Prof. Dr. Bender (Fraport AG, r.) und Frank Cornelius. □

Wissenschaftliches Regionalranking der INSM:

Großraum München Spitze

Klassische Industrieregionen durch Krise gefährdet

Mit dem Regionalranking 2009 (<http://www.insm-regionalranking.de>) legt die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) einen umfassenden bundesweiten Regionalvergleich vor. **Untersucht wurde das Wirtschafts- und Wohlstandsniveau von 409 Kreisen und kreisfreien Städten. Gewinner dieser von Ökonomen der IW Consult durchgeführten Studie ist der Großraum München - allen voran der Landkreis München, der Platz 1 des Regionalrankings 2009 belegt.**

Für das aktuelle Regionalranking wurden 39 ökonomische und strukturelle Indikatoren ausgewertet, um zu einer umfassenden Bestandsaufnahme für die Bereiche „Wohlstand“ (Einkommen und Steuerkraft am Wohnort), „Arbeitsmarkt“ (Arbeitslosigkeit und Beschäftigung), „Standort“ (Arbeitskosten, Produktivität, Infrastruktur, Humankapital etc.) und „Struktur“ (Wirtschaftskraft, sozio-ökonomische Struktur, öffentliche Haushalte) zu kommen.

Bayern stark vertreten

Unter den Top 25 des Regionalrankings 2009 finden sich 15 Kreise und kreisfreie Städte aus Bayern, 8 aus Baden-Württemberg und 2 aus Hessen. Die meisten Topregionen liegen in der Nähe zu den prosperierenden Städten München, Stuttgart und Frankfurt/Main.

Zusätzlich zur Ist-Analyse wird eine Prognose der IW Consult veröffentlicht, wie stark die Kreise und kreisfreien Städte durch die aktuelle Weltwirtschaftskrise voraussichtlich betroffen sind. Die Forscher haben dazu die Wirtschaftsstruktur der jeweiligen Regionen untersucht und die Kreise und kreisfreien Städte in fünf Krisenrisikoklassen eingeteilt: Die Palette reicht von „sehr schwach“ bis „sehr stark“ von der Rezession betroffen. Dabei zeigt sich, dass vor al-

lem der Südwesten Deutschlands durch die Krise gefährdet ist: Die Wissenschaftler stufen von 44 Kreisen und kreisfreien Städten in Baden-Württemberg, 28 als „sehr stark“ und 10 als „eher stark“ betroffen ein.

Ost/West-Gefälle

„Klassische Industrien mit hohem Exportanteil sind durch die Konjunkturkrise tendenziell stärker gefährdet, weil die Nachfrage global einbricht“, erklärt hierzu Studienleiter Dr. Karl Lichtblau, Geschäftsführer der IW Consult. Dazu zählen der Autobau inklusive Zulieferer ebenso wie der Maschinenbau und die Chemieindustrie. So ist das Krisenrisiko in der Autoregion Kreis Böblingen sehr hoch.

Weiterer Trend des INSM-Regionalrankings 2009: Beim absoluten Niveau von Wirtschaftsleistung und Wohlstand liegen die neuen Bundesländer auch 20 Jahre nach dem Mauerfall noch weit hinter dem Westen zurück. Unter den letzten 25 im Ranking finden sich 24 Kreise und kreisfreie Städte aus den neuen Bundesländern und nur eine Stadt (Gelsenkirchen) aus dem Westen. Auch der Bestplatzierte in Ostdeutschland, die kreisfreie Stadt Jena, erreicht im bundesweiten Vergleich nur Rang 243.

Eine positive Botschaft für Ostdeutschland gibt es dennoch: Die weit überwiegende Zahl al-

ler Kreise und kreisfreien Städte in den neuen Bundesländern wird nach der Krisenrisiko-Analyse insgesamt eher „schwach“ oder „sehr schwach“ von der Konjunkturkrise betroffen sein. Dies liegt laut Studienleiter Lichtblau daran, dass der exportstarke Industrieanteil, hier mit Ausnahme weniger Regionen, relativ gering ist und regionale, am Binnenmarkt aktive Unternehmen, zum Beispiel der Lebensmittelindustrie, überwiegen.

Weltweiter Standortwettbewerb

„Die Krisenprognose zeigt, dass auch starke Regionen sich nicht auf Erreichem ausruhen dürfen, sondern ihre Strukturen prüfen und weiter verbessern müssen, um im weltweiten Wettbewerb auch künftig gut bestehen zu können“, sagt INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer.

Stadtmarketing mit Citymuv:

Info auf Knopfdruck

Längst hat sich das Internet bei Städten und Gemeinden zur wichtigsten Informations- und Kommunikationsplattform entwickelt. Dank schneller Datenleitungen können sich Bürger und Bürgerinnen per Klick ausführlich über Städte und Gemeinden informieren. Doch die Entwicklungen schreiten auch im Internet voran. **Bewegtbild und Video lauten die Zukunft.**

CityMuv greift diese Entwicklung auf und bietet emotionsgeladene und informative Kurzfilme bzw. Videos, mit denen Kommunen Themen wie Tourismus, Wirtschaft, Soziales und Kultur optimal präsentieren können.

Aus stummen Bildern und langen Texten werden unterhaltsa-

me Videoclips. Der Betrachter muss nicht selbst Informationen suchen, sondern kann sich zurücklehnen und genießen.

Hohe Aufmerksamkeit

Die Möglichkeiten der Themenpräsentation sind nahezu grenzenlos: Musik, Texteinblendungen, Hintergrundmoderation, Interviews und vieles mehr können realisiert werden. Selbst aus vorhandenem Bildmaterial können kleine Videoclips entwickelt werden, die mit Musik, Texten hohe Aufmerksamkeit erzielen.

Das Ganze funktioniert ganz einfach. Nach einem ausführlichen Gespräch entwickelt die Oryx Werbeagentur einen individuellen CityMuv, ein Video im passenden Web-Format. CityMuv gibt es in verschiedenen Ausführungen und zum Pauschalpreis, schon ab € 1.500. □

Staatlich geprüfter und zugelassener Fernlehrgang zum/zur Gebäudemanagement-Fachwirt/-in (IMI)

Ideal für Ingenieure, Techniker bzw. Beamte, Ang. usw. mit technischem Hintergrund. Erweitern Sie Ihre technischen Fachkenntnisse in den kaufmännisch-wirtschaftlichen Bereich auf Führungsebene für die ganzheitliche Bewirtschaftung von Objekten. Nähere Informationen:

IMI IMMOBILIEN INSTITUT

Bildungsinstitut seit 1987
Löbleinstr. 21 - 90409 Nürnberg
Telefon: 0911-367680; email: beratung@immobilien-institut.de



www.immobilien-institut.de

Sicherheit und Brandschutz bei öffentlichen Gebäuden:

Keine Kompromisse

Flexible Lösungen mit funkbasierten Alarm- und Brandmeldesystemen

Viele öffentliche Gebäude verbindet eine gefährliche Gemeinsamkeit. Fachleute warnen, dass Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altersheime und Rathäuser bei Brandschutz und Sicherheit schwerwiegende Defizite aufweisen. Insbesondere für den Einsatz im öffentlichen Bereich bietet Atral- Secal, als einer der führenden Hersteller von Funk-Alarmsystemen in Europa, mit der Daitem D24000 eine VdS- anerkannte Sicherheitslösung.

Die Einsatzbereiche für die erweiterbare Daitem Systemlösung, die die Bereiche Sicherheit und Brandschutz umfassend abdeckt, reichen von Krankenhäusern über Schulen bis hin zu architektonisch besonders gestalteten sowie denkmalgeschützten Gebäuden.

Flächendeckender Investitionsbedarf

In der Studie „Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen“ fordert das Deutsche Institut für Urbanistik von der öffentlichen Hand mehr Anstrengungen beim Brandschutz. Der Studie zufolge besteht flächendeckend großer und dringender Investitionsbedarf, insbesondere in Schulgebäuden. Trotz regelmäßiger Begehungen durch Bauaufsicht und Feuerwehr rügt beispielsweise auch der ZVEI-Fachverband Sicherheitssysteme, fehlende Rauchmelder oder unzulängliche Entrauchungssysteme bei öffentlichen Gebäuden.

Diebstahlschutz

Ähnlich vielfältig sind die Anforderungen beim Thema Sicherheit. Diebstahlschutz beschränkt sich dabei nicht allein auf Museen oder Polizeipräsidien. Aufgrund von Diebstahl und Vandalismus in Schulen und Jugendzentren besteht in vielen Kommunen akuter Bedarf an individueller Sicherheitstechnik, die teure Folgeschäden und Zusatzkosten vermeiden hilft. Aufgrund der hohen Besucherfrequenz in öffentlichen Gebäuden kommt beiden Themen zentrale Bedeutung zu.

Passgenaue Vorsorge

Je nach Einsatzzweck erfordert eine zuverlässige und passgenaue Einbruch- und Brandschutzvorsorge dabei flexible Lösungen, angefangen bei der Projektierung bis zur technischen Umsetzung.

Insbesondere für den Einsatz in öffentlichen Gebäuden bietet Atral-Secal eine VdS- anerkannte Sicherheitslösung, die sich zur Neuinstallation in Bestandsbauten, aber auch zur Erweiterung bestehender Brandmeldeanlagen eignet. Die Einsatzbereiche für die Daitem Systemlösung sind breit gefächert: Angefangen bei Krankenhäusern, über Schulen und Kindergärten, bis hin zu denkmalgeschützten Gebäuden deckt Daitem die Bereiche Einbruch- und Brandschutz umfassend ab. Dank der ausgereiften Funktechnologie verfügt die D24000 als erste und einzige Funk-Einbruchmeldeanlage über eine VdS Klasse B Zulassung. Dabei wird das bidirektionale Funk-Übertragungsverfahren Dynaband® eingesetzt.

Modulares System

Die Kombination der modular aufgebauten Einbruch- und Brandmeldekomponten ermöglicht eine lückenlose Gebäudeüberwachung mit bis zu acht Scharfschaltbereichen. Insgesamt können bis zu 255 Funkmelder und 64 verdrahtete Gruppen integriert werden.

Dank des konsequenten Einsatzes der Funktechnologie bietet Daitem bereits bei der Installation vielfältige (Kosten-) Vor-

teile: Im Gegensatz zu verkabelten Anlagen fallen keine Verputzarbeiten an. Die Betriebsabläufe bleiben ungestört, was ebenfalls Kosten spart.

Ein gutes Beispiel für die einfache Nachrüstung von mehr Sicherheit liefert die Gesamtschule Bergheim Stadtmitte. Ulrich Hein-Göldner, zuständiger Daitem Vertriebsleiter West: „Wichtig für Stadt und Schulleitung war, dass die Sichtbetonflächen im Innern des modernen Schulgebäudes möglichst nicht beschädigt wurden. Da eine Kabelverlegung auf bzw. in den Wänden nicht infrage kam, fiel die Wahl auf eine Daitem Funk-Alarmanlage.“

Funktechnologie günstig in der Installation

Ein weiteres überzeugendes „Argument“ lieferte die Tatsache, dass diese Lösung im Vergleich zu verkabelten Anlagen preisgünstiger war. Die installierte D24000 arbeitet mit einer Zentrale und drei Bedienteilen. Derzeit steuert die jederzeit um weitere Melder erweiterbare Funk-Alarmanlage 56 Bewegungsmelder, die mittels Passiv-

ver Infrarot-Sensorik (PIR) arbeiten. Die Planung und Installation verlief reibungslos. Besonders positiv ist, dass es keine Beeinträchtigungen im Schulbetrieb gab und dank der dezenten Melder die Ästhetik des Gebäudes nicht gestört wird.

„Insbesondere bei denkmalgeschützten Gebäuden gelten für die Installation von Sicherheitstechnik strenge Auflagen. Neben der Ästhetik spielt hier vor allem die dezente Installation ohne Beeinträchtigung des Umfelds eine wichtige Rolle“, erklärt der zuständige Daitem Vertriebsleiter West, Ulrich Hein-Göldner. So wurde unter seiner Projektleitung unter anderem das 1915 erbaute historische Rathaus einer niederheinischen Großstadt mit 240.000 Einwohnern gesichert.

SMS im Brandfall

Von der Gesamtfläche von rund 2.500 Quadratmetern wurden zirka 1.500 Quadratmeter mit Daitem Funk-Technologie schnell und flexibel gegen Brand abgesichert. Als Besonderheit wurde die D24000 dabei auf eine bestehende verkabelte Brandmeldeanlage aufgeschaltet. Fachpersonal wird im Brandfall per SMS über Brand informiert.

Nach einem Zwischenfall erhielt ein Berliner Krankenhaus zusätzliche Auflagen. Künftig muss das Fachpersonal auf der Station im Brandfall per SMS-

Meldung auf die mobilen Telefone über den genauen Brandherd informiert werden. Eine Erweiterung der bestehenden Brandmeldeanlage wäre ohne umfassende Installations- und Renovierungsmaßnahmen nicht möglich gewesen. Zugleich sollten die neuen Brandmelder auf die vorhandene Anlage aufgeschaltet werden.

Hybridzentrale

Um den reibungslosen Ablauf des Klinikbetriebs durchgängig zu gewährleisten, wurde das Funk-Alarmsystem D24000 installiert. Die technische Lösung beinhaltet eine sogenannte Hybrid-Zentrale und wurde in nur zwei Tagen eingerichtet. Diese verbindet die 38 optischen Funk-Rauchmelder für Zimmer und Flure mit der vorhandenen Draht-Brandmeldeanlage. Das mit der Zentrale gekoppelte Daitem GSM-Telefonwählgerät leistet im Alarmfall das Versenden der SMS-Nachrichten.

Befristete Baustellenabsicherung

Aufgrund der hohen Flexibilität für die Planer ist der befristete Einsatz der Daitem Funk-Technologie im Fall der Baustellenabsicherung sowie bei Umbauten von öffentlichen Gebäuden sinnvoll und problemlos möglich. Da die bestehende Sicherheitstechnik eines Polizeipräsidiums aufgrund von Umbauten nicht funktionsfähig war bzw. vorübergehend stillgelegt werden musste, kam eine D24000 zum Einsatz.

Weitere Informationen im Internet unter www.daitem.de □

Feuerwehrinspektion im Landkreis Augsburg:

Schwerpunkt Technische Hilfe

Zahl der Einsätze ging im Jahr 2008 erneut leicht zurück
2.314 Mal heulten die Sirenen - 37.000 ehrenamtliche Einsatzstunden

Nach 2007 war auch im vergangenen Jahr 2008 die Zahl der Einsätze, zu denen die 138 Feuerwehren im Landkreis Augsburg gerufen wurden, erneut leicht rückläufig. Kreisbrandrat (KBR) Georg Anzenhofer legte jetzt die Einsatzstatistik der Floriansjünger für das Jahr 2008 vor.

Demnach mussten von den Wehren im drittgrößten Landkreis Bayerns zwischen Schwabmühlhausen und Nodendorf insgesamt 2.314 Einsätze gemeistert werden. Das sind knapp 150 weniger als 2007 (2.457).

Stärkere Wetterextreme durch Klimawandel

Einen generellen Trend zu weniger Bränden und Unglücksfällen möchte Anzenhofer aus dieser Zahl jedoch nicht herauslesen. „Das kann heuer schon wieder ganz anders aussehen“, verweist der oberste Feuerwehrmann im Landkreis auf viele Faktoren, die sich in der jährlichen Einsatzstatistik niederschlagen und die nicht vorhersehbar sind. Weil der Landkreis 2008 - abgesehen von einem punktuellen Unwetter im Raum Zusamzell/Hegnabach - von größeren Naturkatastrophen (Überschwemmungen und Stürme) weitgehend verschont geblieben sei, gingen die Einsatzzahlen zurück. Angesichts der globalen Klimaveränderungen und der von den Meteorologen prophezeiten Zunahme extremer Wetterphänomene warnt Georg Anzenhofer aber davor, aus den positiven Einsatzzahlen falsche und voreilige Schlüsse zu ziehen: „Feuerwehren und Bevölkerung müssen sich in den kommenden Jahren auf stärkere Wetterextreme einstellen!“

26.000 Feuerwehrleute im Einsatz

Die Einsätze untergliedern sich in 267 Brände (2007: 314), 1.632 Technische Hilfeleistungen

(2007: 1.875) und 247 Fehllarme (2007: 268). Insgesamt wurden dabei über 26.000 Feuerwehrmänner und -frauen eingesetzt. Sie leisteten 37.000 ehrenamtliche Einsatzstunden. Hinter diesen gewaltigen Zahlen, so Georg Anzenhofer, verbergen sich für die Betroffenen Schicksale und Tragödien. Nahezu jeder Einsatz, zu dem die Feuerwehr gerufen werde, sei mit persönlichem Leid, mit Schäden an Leben und Gesundheit und mit dem Verlust von Sachwerten verbunden.

Rauchmelder empfohlen

Von den 267 Brandeinsätzen waren acht Groß-, 31 Mittel- und 228 Kleinbrände. Bei 63 Brandeinsätzen war das Feuer beim Eintreffen der Feuerwehr bereits gelöscht. Relativ hoch, so KBR Anzenhofer, sei mit 60 Einsätzen (Vorjahr: 42) die Zahl der Wohnungsbrände. Der oberste Brandschützer im Landkreis appelliert in diesem Zusammenhang erneut an die Bevölkerung, Wohnräume mit Rauchmeldern auszurüsten. Die kleinen, nur handtellergrößen und mit einer langlebigen Batterie betriebenen Geräte könnten im Ernstfall Menschenleben retten.

Vielfältige Hilfeleistungen

Den Löwenanteil aller Einsätze machten auch im Jahr 2008 die Technischen Hilfeleistungen (THL) aus, wenngleich auch deren Anzahl um 250 deutlich zurück gegangen ist. Die beiden spektakulärsten Einsätze in dieser Sparte waren 2008 der Flugzeugabsturz in Leuthau und der

Absturz eines Hubschraubers in Nordendorf. Schwere Verkehrsunfälle (181) und Unwetter-Einsätze (281) stehen ganz oben in der THL-Statistik. Georg Anzenhofer berichtete von 188 Personen (Vorjahr: 103), die von seinen Feuerwehren aus akuten Gefahrensituationen gerettet werden konnten. Leider kam für 26 Personen (Vorjahr: 20) jede Feuerwehrhilfe zu spät, sie konnten von den Einsatzkräften nur noch tot geborgen werden. Technische Hilfeleistung war auch in diesen Bereichen erforderlich: auslaufender Treibstoff (17 Einsätze), absturzgefährdete Teile (27), Freierwerden gefährlicher Stoffe (36), Insekten (129), Öl auf Gewässer (11), Öl auf Fahrbahn (181), Wohnungsöffnungen bei akuter Gefahr (153), Tierbergung (98), Suche von vermissten Personen (5), Wasserschäden und -rohrbrüche (109).

Fehllarme

Einen erheblichen Anteil in der Feuerwehr-Einsatzstatistik nehmen alljährlich die Fehllarmierungen ein. Die 247 Einsätze in dieser Sparte unterteilen sich in 43 so genannte „Blinde Alarme“ (Irrtum des Meldenden), 17 böswillige Alarme und 182 fehlerhafte Brand- und Gefahrenmeldeanlagen.

7.778 ehrenamtliche Feuerwehrleute

In den 132 Freiwilligen und sechs Werkfeuerwehren im Landkreis Augsburg leisten derzeit 7.778 Männer und Frauen ehrenamtlichen Feuerwehrdienst, davon 849 Feuerwehrwärter im Alter zwischen zwölf und 18 Jahren. Insgesamt verfügen die Wehren im Landkreis über knapp 1.600 Atemschutzgeräteträger. □

Rauchmelder können Leben retten

Ein Piepsen kann zwischen Leben und Tod stehen - wenn es von einem Rauchmelder kommt. Experten schätzen, dass eine flächendeckende Einführung der Brand-Alarmsysteme etwa 50 Prozent aller bisherigen Feueropfer das Leben retten könnte.

Rund 200.000 Brände gibt es jährlich in Deutschland, die Mehrheit davon in Privathaushalten. Rund 600 Menschen sterben dabei Jahr für Jahr. Oft ist der Rauch gefährlicher als das Feuer selbst: Zwei Drittel der Brandopfer werden nachts von den geruchlosen Gasen Kohlenmonoxid und Kohlendioxid ohnmächtig. Bereits nach wenigen Atemzügen kommt es zur tödlichen Rauchvergiftung. Für die Flucht bleibt kaum Zeit. „Deshalb sollte jeder Haushalt Rauchmelder anschaffen“, rät Versicherungsexperte René Conrad von AXA. „Sie schlagen bei Rauchentwicklung sofort Alarm und können so Leben retten.“

Mittlerweile sind Rauchmelder in sieben Bundesländern vorgeschrieben. In Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Thüringen und dem Saarland müssen die Alarmsysteme bereits in Neubauten angebracht werden. Bis spätestens 2014 sind Rauchmelder in einigen der genannten Bundesländer auch in bestehenden Wohnungen und Häusern Pflicht (Unterschiedliche Fristen je nach Bundesland).

Eine lohnende Anschaffung: Qualitätsgeprüfte Rauchmelder gibt es schon ab fünf Euro, und die Investition kann bei der Versicherung Geld sparen: Die AXA Versicherung z.B. gewährt bis zu sieben Prozent Rabatt auf die Feuerversicherung, wenn Rauchmelder installiert sind. Damit die Alarmsysteme richtig arbeiten, sollte einiges beachtet werden: Rauchmelder sollten in Fluchtwegen wie Fluren und Treppen und vor Schlafräumen freistehend an der Decke angebracht sein. Nicht sinnvoll ist es, Rauchmelder in Räumen anzubringen, in denen häufig Fehlalarm ausgelöst werden kann - etwa in Bädern.

Zwar kann ein Rauchmelder Leben retten, Haus und Einrichtung sind nach einem Brand aber meist nicht mehr zu gebrauchen. Vor den finanziellen Folgen eines solchen Schadens schützen Wohngebäude- und Hausratversicherung. Die Wohngebäudeversicherung ersetzt Schäden am Haus, den darin befindlichen Wohnungen, Nebengebäuden und Garagen. Die Hausratversicherung kommt für Wert- und Einrichtungsgegenstände auf, die beschädigt oder vernichtet wurden. Die Versicherungen erstatten dabei den Preis, den eine neue oder gleichwertige Einrichtung kostet. Tipps zu Versicherungen rund um Haus und Wohnung gibt es im Ratgeber „Sicher bauen, sorgenfrei wohnen“. Die Broschüre gibt es kostenlos beim AXA Vermittler oder zum Herunterladen unter <http://www.AXA.de/bauherrenratgeber>. □

Arbeitswegsicherheit:

Zweiradsicherheitstage in Gundremmingen

Sicherheit hat im Kernkraftwerk Gundremmingen oberste Priorität. Das gilt nicht nur für den laufenden Betrieb, sondern auch für den Weg der über 1.150 Beschäftigten von und zur Arbeit.

Da in der wärmeren Jahreszeit viele Mitarbeiter mit Fahrrädern, Motorrädern oder -rollern zur Arbeit kommen, hat das Kernkraftwerk jetzt erstmals Zweiradsicherheitstage veranstaltet. Die Sicherheitsingenieur Rolf Lückoff zusammen mit der Gundelfinger „Fahrradwelt Hausmann“ und der Dillinger Kreisverkehrswacht organisierte.

Unfallvermeidung

Wer am 24. April mit dem Fahrrad zur Arbeit gekommen war, konnte sein Gefährt sicherheitstechnisch überprüfen lassen. Von den 71 Rädern hatten immerhin zwei Drittel keinerlei Mängel.

Beim Rest der Räder konnte ein Großteil der leichten Mängel an Ort und Stelle behoben werden.

Am 25.4. waren dann die Motorrad- und -rollerfahrer gefragt. In enger Zusammenarbeit mit der Kreisverkehrswacht Dillingen fand der Sicherheitstrainingstag auf einem der großen Parkplätze des Kraftwerks statt.

„Wir haben die Kosten für die beiden Zweiradsicherheitstage gern übernommen. Denn wir sind der Überzeugung, dass damit die Verkehrssicherheit erhöht wird und wir einen Beitrag zur Vermeidung von Wegeunfällen leisten können“, begründete Rolf Lückoff das Sicherheits-Aktionsprogramm des Kernkraftwerks. □



KOMMUNALES BAUEN – WIRTSCHAFTLICH MIT GRAEFF

Kindergärten, Schulen oder Sporthallen, Bauhöfe oder Feuerwehrhäuser – GRAEFF bietet für jedes kommunale Bauvorhaben eine wirtschaftliche und architektonisch überzeugende Lösung.

Aus unseren variablen, funktionalen Hallen- und Pavillonmodulen entwickeln unsere Planer genau das auf Ihren Bedarf zugeschnittene Gebäude.

Lassen Sie sich beraten!

GRAEFF Container- und Hallenbau GmbH | Ruhrorter Straße 2-4 | D-68219 Mannheim
Telefon 0621/84 444 | Fax 0621/84 44 555 | www.graeff-gmbh.de

BRK-Katastrophenschutzkongress in Weiden:

Bürokratischer Spuk

Beim 6. BRK-Katastrophenschutzkongress in Weiden diskutierten mehr als 200 Experten über die Herausforderungen, denen sich Rettungskräfte und Katastrophenhelfer in Bayern stellen müssen. Besonderer Schwerpunkt war heuer die Katastrophenschutzforschung und die daraus resultierenden Herausforderungen für Bayern. Im Rahmen des Bayerischen Katastrophenschutzkongresses fand auch der zweite Bayerische Rettungsdienstkongress statt.

„Wir müssen uns bereits jetzt mit den Ergebnissen dieser Forschung beschäftigen, damit wir für Katastrophen, die sich zum Beispiel aus dem Klimawandel ergeben können, vorbereitet sind und wir bereits jetzt schon die richtigen Weichen stellen können“, erklärten die Bereitschaftsleiterin des BRK-Bezirksverbands, Brigitta Hausl-Wieschalka und der BRK-Bezirksvorsitzende, Staatssekretär Markus Sackmann.

Sonderregelung beim Führerscheinrecht

Die Rettungs- und Hilfsorganisationen bekräftigten noch einmal ihre Forderung nach einer dringend notwendigen Ausnahmeregelung beim Führerscheinrecht. Seit Beginn dieses Jahres dürfen mit der Führerscheinklasse B nur noch Fahrzeuge bis 3,5 t gefahren werden - so die EG-Richtlinie von 1999. Die Rettungsdienst- und Katastrophenschutzfahrzeuge des BRK wiegen aber im Durchschnitt mehr als 3,5 t. Wie Leonhard Stärk, BRK-Landesgeschäftsführer und Dieter Deinert, der für den Rettungsdienst zuständige stellvertretende BRK-Landesgeschäftsführer, unisono kritisieren, sei dies „das Aus für alle jungen ehrenamtlichen Rotkreuzler mit Führerscheinklasse B“.

Jede Minute zählt

„Das bedeutet, dringend notwendige Rettungsfahrzeuge können nicht mehr eingesetzt werden, weil keiner da ist, der sie fahren darf“, klagte Dieter Deinert und forderte, „diesen bürokratischen Irrsinn schnellstens zu beheben“. Rund 2.300 junge Ehrenamtliche des Bayerischen Roten Kreuzes seien heute schon von dieser Regelung betroffen, die seit 1. Januar dieses Jahres gilt. Im Ernstfall können diese Ehrenamtlichen nicht eingesetzt werden. „Was das bedeutet, wenn es auf jede Minute ankommt, will ich mir gar nicht ausmalen“, meinte Stärk.

Hürden für ehrenamtliches Engagement

Freilich bestehe die Möglichkeit, den für das Fahren von Fahrzeugen bis 7,5 t notwendigen CI-Führerschein zu machen. Dies koste rund 3.000 Euro, die jeder Ehrenamtliche selbst tragen müsste. Stärk zufolge bedeutet dies noch mehr Hürden für das ehrenamtliche Engagement. Es könne doch nicht allen Ernstes gewollt sein, dass Ehrenamtliche erst einmal zahlen müssen, bevor sie helfen können. Andernfalls kämen zusätzlichen Kosten im schlimmsten Fall von knapp sieben Millionen Euro auf

das BRK zu – „Geld das an anderer Stelle gebraucht wird“ so der Landesgeschäftsführer.

Ausnahme für Katastrophenschutz

So weit muss es nun aber nicht kommen. Schließlich sieht die einschlägige EU-Richtlinie 2006/126/EG für das nationale Recht eine Ausnahmemöglichkeit für Fahrzeuge vor, die vom Katastrophenschutz eingesetzt werden. Deinert forderte deshalb die Bundesregierung auf, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und die Fahrerlaubnis bis 7,5 t mit dem Führerschein der Klasse B zu erlauben. Zwischenzeitlich hat denn auch das Bundeskabinett auf Druck der Rettungsdienste, Feuerwehren und auch der Kommunen beschlossen, eine Sonderfahrberechtigung für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 t zu schaffen (siehe Kasten).

Hilfe für die Helfer

Reges Interesse hatte bereits eine Veranstaltung am Vorabend gefunden. Unter dem Motto „Hilfe für die Helfer“ zeigte Notfall-Psychologin Claudia Schedlich vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz Einblick in den aktuellen Stand der Forschung auf. Ebenso stellte sie Rahmenbedingungen vor, die es Helfern erleichtern, bei konkreten Belastungen die eigene psychische Betroffenheit zu akzeptieren, um sich gezielt beraten und helfen lassen zu können. Bei einer Podiumsdiskussion, bei der neben „Rot-Kreuzlern“ auch Vertreter der Feuerwehr, Polizei, Seelsorge und dem THW beteiligt waren, wurde deutlich, dass das Thema erfreu-

licherweise aus dem Tabu-Bereich heraus ist - Verbesserungsbedarf besteht jedoch allemal in der Ausbildung sowie bei strukturellen und organisatorischen Aspekten.

Kollegialer Erfahrungsaustausch

Zum Kongress-Abschluss zogen die Veranstalter eine positive Bilanz der drei Tage. Die thematische Auseinandersetzung mit den Themen Einsatzkonzepte benachbarter Staaten, Einflüsse des europäischen Vergaberichtes auf den Rettungsdienst, multidisziplinäre Zusammenarbeit der unterschiedlichen Fachdienste der Hilfsorganisationen oder Internationale Rotkreuz-Arbeit in Vorträgen, Workshops und Diskussionen sei sehr fruchtbar gewesen. Wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes gab es vor allem beim kollegialen landesweiten und grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch. DK

Feuerwehr-Führerschein:

Bundesregierung beschließt Sonderregelung

Erfolg des Bayerischen Gemeindetags

Der Bayerische Gemeindetag hatte an Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee appelliert, das Straßenverkehrsgesetz so zu ändern, dass feuerwehrendienstleistende Einsatzfahrzeuge bis 7,5 t zulässiges Gesamtgewicht mit ihrem Pkw-Führerschein fahren dürfen. Der Appell hat Wirkung gezeigt. Nun hat das Bundeskabinett beschlossen, eine Sonderfahrberechtigung für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 t zu schaffen. „Das ist sehr erfreulich“ sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in München. „Jetzt geht es darum, eine unbürokratische und kostengünstige Lösung für die Feuerwehren und anderen Hilfsdienste zu finden. Wir erwarten, dass der Bund dem Freistaat eine Ermächtigung für großzügige Ausnahmen gibt.“ Brandl wies darauf hin, dass der Bayerische Gemeindetag seit der Neuregelung der Fahrerlaubnisklassen im Jahre 1999 auf das immer drängendere Problem hingewiesen hatte, dass den Feuerwehren nach und nach die Fahrer ausgehen, die noch den „alten“ Führerschein der Klasse 3 (bis 7,5 t) haben. Jahrelang habe die Politik das Problem negiert, jetzt sei offenbar der Druck groß genug geworden. □

Praxisnahes Training für Feuerwehr und Rettungsdienste

Mehr Sicherheit bei Fahrten mit Sonderrechten

Aus- und Weiterbildung auf mobilen Fahrt-Trainer

Um Zahl und Intensität von Unfällen bei Blaulichtfahrten zu senken, hat der Landkreis Steinfurt (NRW) als bundesweit erster in einen ganz besonderen Fahrschultrainer investiert. Der Sondersignalfahrt-Trainer (SFT) der Leipziger IFE SYSTEMS ist innovativ, kostengünstig und vor allem mobil. Ab Juli sollen Mitarbeiter und ehrenamtliche Kräfte von Feuerwehr, Rettungsdiensten, gegebenenfalls auch THW und Polizei, mit der Kombination aus Fahrerkabine, Bildschirmsystem, Steuertechnik und leistungsfähiger Software handlungsnah das Fahren mit Sonderrechten üben. Dazu gehören besonders risikobehaftete innerstädtische Alarmfahrten ebenso wie Rettungseinsätze bei Schneetreiben oder komplizierte Überholmanöver.

Laut Statistik wird im Bundesgebiet täglich mindestens ein Dienstfahrzeug mit Sondersignalfahrt in einen Unfall verwickelt. Verkehrsexperten schätzen, dass etwa 60 Prozent der

Fälle durch die Einsatzfahrer selbst verursacht werden. Extreme psychische Beanspruchung kann ebenso zum Crash führen wie mangelnde Geübtheit im Umgang mit verkehrskritischen Situationen.

Virtuelle Trainingsfahrten

Die virtuellen Trainingsfahrten basieren auf einer speziellen Simulations-Software des Würzburger Instituts für Verkehrswissenschaften. Sie sorgt dafür, dass Anfänger wie gestandene Profis sich bei den Touren schnell in den Rettungsaltag versetzt fühlen: Da schneidet auf dem Weg zum Einsatzort ein Porschefahrer die Vorfahrt, die Rettungsgasse wird blockiert oder auf der Kreuzung naht überraschend ein Fahrzeug von rechts.



Das neue Wechselladerfahrzeug des Typs Volvo FL7 der Werkfeuerwehr Gundremmingen. □

Neues Spezialfahrzeug

Werkfeuerwehr des Kernkraftwerks Gundremmingen erhält moderne und realitätsnahe Trainingsstrecke

Technische Verstärkung für die Werkfeuerwehr des Kernkraftwerks Gundremmingen: Seit kurzer Zeit steht den Einsatzkräften ein sogenanntes Wechselladerfahrzeug des Typs Volvo FL7 zur Verfügung.

„Für uns stellt das Spezialfahrzeug eine wichtige Verstärkung in der Brandbekämpfung dar. Wir können nun schnellstmöglich - unabhängig vom fest installierten Löschwassernetz - große Mengen Löschwasser effektiv

bereitstellen“, erläutert Kommandant Markus Lanzerath.

Zwei schwimmfähige Tauchpumpen

Hierzu ist das Fahrzeug mit zwei schwimmfähigen Tauchpumpen ausgestattet, die aus einem Gewässer jeweils bis zu 4.500 Liter Wasser pro Minute fördern können. Gepumpt wird das Wasser durch je 800 Meter lange, in Containern mitgeführte und 15 Zentimeter dicke Schläuche. „Das neue System ermöglicht uns den raschen Zugriff auf offene Wasserquellen wie etwa die benachbarte Donau. Durch die zusätzliche und unabhängige Löschwasserversorgung ist somit ein noch höheres Sicherheitsniveau gewährleistet“, sagte Lanzerath nach einem erfolgreichen Probelauf.

Eine weitere Neuerung stellen die umgebauten, hauseigenen Übungsräume dar. Für die 75 Werkfeuerwehrlaute besteht hier unter anderem die Möglichkeit, in voller Atemschutzausrüstung auf einer komplett verrauchbaren Lauf- und Kriechstrecke zu trainieren. „In der Anlage können die körperlichen Belastungen eines Feuerwehreinsatzes äußerst realitätsnah simuliert werden“, so Lanzerath. Auf Schritt und Tritt begleitet werden die Teilnehmer dabei von einer neu installierten Wärmebildkamera.

700 Trainingseinheiten pro Jahr

In einem modernisierten Cardioraum können die Brandschützer für ihre körperliche Fitness

gends fanden wir eine Lösung, die unseren Anforderungen auch nur nahe kam - mobil, ohne Bindung an starre Ausbildungskonzepte eines Unternehmens und vor allem bezahlbar.“ Erst auf der Rettungskräfte-Fachmesse aescutec im letzten September sei er dann auf das innovative Angebot aus Sachsen gestoßen. Es erlaube, die Handlungssicherheit auf Einsatzfahrten gezielt zu trainieren und so die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu erhöhen. Die Schulungen könnten mit eigenem Personal an jedem Ort mit normalem Stromanschluss erfolgen. Auch die zur Aus- und Weiterbildung freiwilliger Kräfte so wichtigen Abendstunden und Wochenenden seien damit voll nutzbar.

Sinnvolles Investment

„Wir glauben, die Mittel für diese Anschaffung sind sehr sinnvoll investiert“, kommentiert die Leiterin des Kreisordnungsamtes, Gerda Kaumanns. Jeder einzelne verhinderte Unfall mit verletzten oder gar getöteten Verkehrsteilnehmer und Einsatzkräften rechtfertige die Ausgabe – von den Sachschäden ganz zu

Üben am Brandcontainer

Der Kreisfeuerwehrverband Landkreis Fürstfeldbruck e.V. hat im April einen Brandübungscontainer gemietet, der beim Feuerwehrgerätehaus Fürstfeldbruck aufgestellt wurde.

In dem gasbefeuchten Container besteht für die Atemschutzgeräteträger der Freiwilligen Feuerwehren des Landkreises die Möglichkeit, das Vorgehen bei einem simulierten Kellerbrand in realistischer Umgebung zu üben. Dies stellt eine gute Möglichkeit dar, die in der Ausbildung erlangten Kenntnisse in der Praxis einzusetzen und zu vertiefen.

In den vier Tagen nutzten 420 Teilnehmer diese Gelegenheit. Sie erhielten vorab vom Ausbildungsteam um Kreisbrandmeister Josef Strobl eine theoretische Einweisung in die Gefahren derartiger Einsätze und die richtige Vorgehensweise. Das Ausbildungsteam überwacht die Durchgänge der einzelnen Teilnehmer im Brandübungscontainer und bespricht anschließend mit ihnen eventuelle Fehler oder Verbesserungsmöglichkeiten.

Die Kosten des Containers werden zum einen Teil über die Teilnahmegebühren abgedeckt, die restlichen Kosten übernimmt der Kreisfeuerwehrverband Landkreis Fürstfeldbruck e.V.

Die Sparkasse Fürstfeldbruck und die Volksbank Fürstfeldbruck haben den Kreisfeuerwehrverband dabei jeweils mit einer Spende von 1.000 EUR unterstützt.

Der Brandübungscontainer wird alle zwei Jahre in den Landkreis Fürstfeldbruck geholt.

Landrat Thomas Karmasin besichtigte den Brandübungscontainer am Donnerstag und ließ sich vom Ausbildungsteam die besonderen Gefahren von Brandeinsätzen in und an Gebäuden erklären. □

sorgen. Das Training an Laufband, Endlosleiter und Ergometer-Fahrrad absolvieren die Einsatzkräfte in voller Montur. Jährlich finden rund 700 Trainingseinheiten auf der Lauf- und Kriechstrecke statt. Auch externe Feuerwehren haben die Gelegenheit, den Parcours zu nutzen. □

schweigen. Einen Teil der Kosten solle zudem über Gebühren für die Nutzung der Anlage etwa durch Kräfte der Polizei, des THW oder von Hilfsorganisationen wieder zurückfließen.

Praxisnähe

Die typenfreie SFT-Fahrerkabine enthält alle lernzielrelevanten, betriebsnotwendigen Komponenten. Handlungsnah lassen sich damit die Kabinenverhältnisse in ganz unterschiedlicher Fahrzeugarten und -typen darstellen. Ein Bewegungssystem unter dem Sitz vermittelt den Schulungsteilnehmern sogar Fliehkräfte etwa in Kurven oder beim Bremsen - und vermindert drastisch die gefürchtete „Simulatorkrankheit“. Die Neuentwicklung entstand mit Fördermitteln des Bundeswirtschaftsministeriums. Vor dem Schritt auf den Markt hatten praxiserprobte Einsatzfahrer von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten in Sachsen einen Prototyp über viele Monate auf Leistungsfähigkeit, Praxisnähe und Lerneffekte getestet und sehr positiv bewertet.

Weitere Informationen im Internet: www.ifesystems.de □



Sondersignalfahrt-Trainer aus Leipzig: Typenoffenes Blaulicht-Training wie auf der richtigen Straße. □

Politische Luftblasen zum Schutz von Mehrweg:

Verpackungsverordnung vor ökologischem Scherbenhaufen

Durch Lizenzdumping kollabiert Kunststoffentsorgung

(Bonner Wirtschaftsblog) - Bonn/Berlin: Es grenzt mittlerweile an eine schlecht einstudierte Inszenierung. Nur wenige Monate nach dem Inkrafttreten der fünften Novelle der Verpackungsverordnung klagen Politiker aus allen Lagern über die Probleme und die mangelnde Tauglichkeit der neuen Regelung. Jüngstes Beispiel: Bundesumweltminister Sigmar Gabriel übt sich nach den Schreckensmeldungen der deutschen Brunnenbetriebe als Mehrwegpolizist, in dem er eine Kennzeichnung für Einwegflaschen oder sogar ein europaweites Verbot fordert. Dabei ist der freie Fall der Mehrwegquote hausgemacht und wurde von den politisch Verantwortlichen lange Zeit in Abrede gestellt.

Schon im Januar 2007 äußerte sich der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Gerd Friedrich Bollmann skeptisch, einen Mehrwegschutz besonders für Mineralwasser in die Verpackungsverordnung einzuarbeiten. Man sei mittlerweile politisch so weit fortgeschritten, dass diese Regelung einer sechsten Novelle vorbehalten sein müsse. „Eigentlich eine unglaubliche Haltung. Man hatte noch genügend Zeit für eine politische Feinjustierung zur Rettung von Mehrweg“, so der Bonner Umweltexperte Sascha Schuh, Geschäftsführer der Beratungsfirma Ascon.

„Billiger Werbefeldzug“

Obwohl dem Umweltministerium schon zum damaligen Zeitpunkt die prekäre Lage auf dem Mehrwegmarkt bekannt war, packte man das Problem nicht an. „Heute versucht sich der Umweltminister als Mediziner, der mit Handauflegen die Probleme der Mehrwegquote zu lösen versucht. Das ist nur ein billiger Werbefeldzug“, moniert Schuh. Eine abschreckende Wirkung könne eine Kennzeichnungspflicht nicht entfalten. Der Verbraucher werde schon jetzt mit

Informationen auf Produkten und Verpackungen überflutet.

Branchenvertreter halten das Vorgehen des Umweltministers für ein Ablenkungsmanöver. Der krasse Preisunterschied zwischen Einweg- und Mehrweggetränken sei die wahre Ursache für den Boom von ökologisch nachteiligen Getränkeverpackungen. Umgerechnet auf den Literpreis kostet Mineralwasser beim Discounter nur 13 Cent und im normalen Einzel- oder Getränkehandel 50 Cent.

Anreizsystem schaffen

„Einen vergleichbaren Preisunterschied zwischen Discountern und Getränkehandel mit einem Faktor von 4,5 findet man in keinem anderen Zweig der Lebensmittelbranche. Die Politik liefert den Discountern ein kostenloses Kundenbindungsprogramm. Normalerweise kalkulieren diese Konzerne einen Erlös von 10 Prozent. Mit den Pfandentnahmen über die nicht zurückgebrachten Einwegflaschen erwirtschaften die Discounter mit dem Segen der Bundesregierung eine Spanne von über 40 Prozent“, kritisiert Ullrich Schweizer, Marketing-Geschäftsführer der Firma Hassia

Mineralquellen. So sieht es auch Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion. Ohne ein „ökonomisches Anreizsystem“ werde es nicht gehen, weshalb die Grünen eine zusätzliche Einwegabgabe fordern. Die Arbeitsgemeinschaft umweltfreundliche Verpackungs- und Recyclingsysteme (AVR) hatte schon bei der Einführung des Dosenpfandes vorgeschlagen, die Pfandgelder treuhänderisch unter staatlicher Kontrolle verwalten zu lassen, damit es nicht zu Verwerfungen auf dem Getränkemarkt kommt.

Unzulässiger Eingriff

Eine Verpflichtung der Discounter zum Angebot von Mehrwegmineralwasser hält Ascon-Chef Sascha Schuh für einen unzulässigen staatlichen Eingriff. Das werde vor deutschen Gerichten und auch vor dem Europäischen Gerichtshof keinen Bestand haben. Eine europäische Initiative zur Abschaffung von Einwegflaschen hält er für sinnlos. „Auch wenn Gabriel einräumt, dass dieser Weg eine Weile dauern könnte, ist er so unrealistisch wie abwegig. Zum einen sieht die europäische Gesetzgebung eine weitgehende Übereinstimmung der 27 Mitgliedsstaaten bei der Verabschiedung neuer Gesetze und Verordnungen vor. Und diese scheint bei der Vielzahl betroffener Industrien als unrealistisch“, erklärt Schuh. Gabriels Ankündigungen seien eine politische Luftblase. Rechtstechnisch sei die fünfte Novelle von Anfang an eine Katastrophe gewesen.

„Die Vollzugsdefizite wurden nicht beseitigt. Und es ist doch für die verantwortlichen Umweltpolitiker und Fachbeamten kein Ruhmesblatt, wenn beispielsweise die Umweltministerin von Baden-Württemberg einräumen muss, dass die Verpackungsverordnung kein Beispiel für eine gute Rechtsetzung sei. Nun sei sie aber in Kraft und müsse von allen Betroffenen eingehalten werden, fügte Frau Gönner etwas ratlos hinzu. Das grenzt schon an Defätismus“, urteilt Schuh.

Völlig verunglückt sei das Verbot der so genannten Selbstentwässerungssysteme, die in Konkurrenz zu Dualen System direkt bei Kantinen, Hotels, Kinos oder Supermärkten den Verpackungsabfall eingesammelt haben. „Mit den vielen Branchenlösungen als Alternative zu Selbstentwässerungssystemen gibt die Novelle genügend

Verunreinigungen keine taugliche Sorte.

• Die derzeit diskutierte Novelle der EN 643 kann nicht abgewartet werden, da hier nicht vor Ablauf von zwei Jahren mit einem Abschluss der Beratungen zu rechnen ist.

• Die Novelle ist allerdings insofern bedeutsam, als dass zurzeit „frei von Störstoffen“ in der EN 643 steht und es ein wichtiges Anliegen von ERPA (Europäischer Altpapierverband) ist, dies zu ändern; dem ist mit ergänzenden Kriterien Rechnung zu tragen.

• Für die von der Richtlinie verlangte Durchführung eines Verwertungsverfahrens wird eine reine Sichtung nicht als ausreichend angesehen, sondern die Schaffung von Sortier- oder Aufbereitungsvorgang, verlangt aber eine qualifizierte Behandlung des Altpapiers innerhalb des Anlagengeländes des zertifizierten Entsorgers. □

Platz zum Schmunzeln. Sie bietet genügend Gestaltungsmöglichkeiten für ein „Lizenzdumping“. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt bei der Reduzierung von Entsorgungsgebühren für Duale Systeme, die haushaltsnah den Verpackungsabfall erfassen müssen.

Niedrigere Gebühren

Die Lizenzgebühren für Kunststoffverpackungen kosteten noch vor drei Jahren bei DSD offiziell fast 1300 Euro pro Tonne. Heute ruft man sich hinter vorgehaltener Hand Preise von 650 Euro pro Tonne zu. Mischt man dazu noch 15 Prozent Branchenlösungen ergibt sich ein Mischpreis pro Tonne Kunststoffverpackungen von etwas mehr als 500 Euro. 65 Prozent weniger als noch vor drei Jahren und schon lange nicht mehr auskömmlich“, moniert Schuh.

Tonnen aufstellen, Abfuhr, Transport zur Sortieranlage, Sor-

tierung Restmüllbeseitigung und Verwertung. Alles für einen Dumpingpreis von 500 Euro. „Schon jetzt klagen alle Entsorgungsunternehmen über die Wirtschaftskrise, mangelnden Absatz und volle Höfe. Da bleibt kein Spielraum mehr für die Verpackungsverwertung.“

Drohender Skandal

Die Preise sind zusammengebrochen, die Verwertung alleine ist in den vergangenen drei Monaten um mehr als 30 Prozent teurer geworden“, weiß Schuh. Mit dem Lizenzdumping bei Plastik sei eine seriöse Entsorgung nicht mehr zu leisten. Es drohen wieder Entsorgungsskandale wie in den 1990er Jahren. „Wenn der Verordnungsgeber nicht schnell eingreift, wird die Verpackungsverwertung kollabieren und es entstehen ökologisch fragwürdige Entsorgungsmethoden“, fürchtet Ascon-Chef Schuh. □



Die BATT-Recycle Tour 2009 von GRS Batterien

Die Stiftung GRS Batterien tourt noch bis 11. Juli 2009 durch 45 Städte Deutschlands. Von Schleswig bis Schwäbisch Gmünd informiert die Stiftung mit einer 6 Meter hohen, begehbaren Riesenserie über die leichteste Umweltschulung der Welt: das Batterie-Recycling. Denn Batterien enthalten wertvolle Rohstoffe, wie Nickel, Eisen oder Zink und sind viel zu schade, einfach in Schubladen, auf Dachböden oder in Kellern vergessen zu werden. Bereits jetzt werden fast 100% aller zurückgenommenen Batterien recycelt. □

Neue Deponieverordnung

Mit der Entscheidung des Bundestags, die Deponieverordnung endgültig zu verabschieden, hat sich bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock „sehr zufrieden“ gezeigt.

Die neue Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts führt die bestehenden Anforderungen an die Ablagerung von Abfällen in einem Regelwerk zusammen. Mit der Verabschiedung der Deponieverordnung V wird nun auch die bestehende Ausnahmeregelung zur Ablagerung von heizwertreichen Fraktionen auf Deponien der Klasse III (u. a. Schredderrückstandsfraktionen) nur noch bis zum 16. Juli 2009 gelten. Alle anderen Abfälle dürfen schon seit dem 1. Juni 2005 nicht mehr unvorbehandelt auf Deponien verbracht werden.

Laut Rehbock setzt sich der bvse für die hochwertige Verwertung von Sekundärroh- und Sekundärbrennstoffen ein. Mit der neuen Verordnung seien zudem die Voraussetzungen geschaffen worden, die illegale Deponierung in Deutschland besser zu bekämpfen. Der Vollzug in Deutschland müsse daher seine Anstrengungen noch einmal verstärken, in diesem Bereich „für Ordnung und faire Marktbedingungen“ zu sorgen. □

Altpapier ist kein Abfall!

bvse: Altpapier soll Abfalleigenschaft auf dem Gelände des Entsorgers verlieren

Das Ende der Abfalleigenschaft ist ein Thema, das die Altpapierbranche in den nächsten Monaten, vielleicht sogar Jahren verstärkt beschäftigen wird: Wann und wie verliert Altpapier seine Abfalleigenschaft und wird zum Produkt? Nachdem die neue EU-Abfallrahmenrichtlinie die richtigen Weichen dafür gestellt hat, Altpapier früher als bisher aus dem Abfallrechtsregime zu entlassen, beginnen nun die Feinarbeiten.

Im vergangenen Monat sind hierzu in Brüssel die Beratungen aufgenommen worden. Dem Vernehmen nach will man sich dabei leider nicht Altpapier als erstem Abfall widmen.

Der Altpapierverbrauch lag 2008 bei 15,42 Millionen Tonnen, dies entspricht einem Rückgang um 400 Tausend Tonnen (2,5%) gegenüber 2007. Bezogen auf die Altpapiersortengruppen entfiel der größte Teil davon auf die Unteren Sorten (-190 T to), gefolgt von den Mittleren und Krafthaltigen Qualitäten (-118 T to, -76 T to).

Das Altpapieraufkommen hingegen hatte eine Steigerung zu verzeichnen und erreichte in Deutschland 15,56 Millionen Tonnen (15,51 Mio. to in 2007). Exportiert wurden ca. 3,18 Millionen Tonnen Altpapier und damit etwa 470 Tausend Tonnen mehr als im Vorjahreszeitraum (2,71).

Der bvse-Fachverbandsvorsitzende Hubert Neuhaus bedauerte in einem Pressegespräch im Rahmen des 12. Altpapiertages gemeinsam mit dem ERPA-Delegierten Andreas Uriel und Geschäftsführer Thomas Braun, diese Prioritätensetzung. Neuhaus: „Das würden wir gern anders sehen. Nach unserer Ansicht sollte

mit Altpapier, ein Material den Anfang machen, bei dem die Ausgangslage unkompliziert ist“.

Für den bvse-Fachverband Papierrecycling spreche viel dafür, dass sich die zuständigen europäischen Gremien mit Altpapier priorität befassen sollten.

Verwiesen wird auf die klare Anfallstellenstruktur, die bekannten Verwertungswege, die absolute Ungefährlichkeit des Materials, der vorliegenden und in der Praxis akzeptierten Norm EN 643 (Europäische Altpapier-Standard-sortenliste) sowie nicht zuletzt auf die geklärte REACH-Problematik. Ein erfolgreicher erster Durchlauf mache die Abfalldefestlegung auch für die weiteren Materialgruppen dann wesentlich leichter, ist der bvse überzeugt.

Positionen des Verbandes

Konkret vertritt der Fachverband Papierrecycling in Bezug auf das Ende der Abfalleigenschaft bei Altpapier inhaltlich folgende Position:

• Die Europäische Standardsortenliste EN 643 sollte die Basis sein; lediglich die Sorte 5.01 – Original Sammelware aus der Kommune ist wegen der darin in unwägbarem Maße enthaltenen, die Verwertung behindernden

Bioplastik:

Lücke im System

Bioplastik ist derzeit im Kommen. Im Supermarkt gibt es zum Beispiel die Bioplastik-Tüte. Trotz des ungemein ökologisch klingenden Namens gehört Bioplastik nach Gebrauch aber keinesfalls in die Biotonne - sondern in den Restmüll. Darauf weist der Entsorgungs- und Servicebetrieb Bocholt jetzt laut europäischer aktuell hin.

Kunststoffverpackungen, die man aus biologisch abbaubaren Werkstoffen wie zum Beispiel Cellulose oder Maisstärke herstellt, sind zur Zeit von der Rücknahme- und Verwertungspflicht befreit. „Lizenzentgelte für den Grünen Punkt oder einen anderen Lizenzpartner müssen für die Entsorgung dieser Verpackungen nicht gezahlt werden“, erläutert Abfallberaterin Karin Kalka-Freundt.

Wohin mit den Materialien?

Die Bioplastikverpackungen gehören daher nicht in den Gelben Sack. Doch wohin mit diesen Bioplastikmaterialien? Es gibt mittlerweile Getränkeflaschen, Folien, Plastikschalen und - ganz neu - auch Tragetaschen bei einer großen Lebensmittelkette aus Bioplastik. Pfliffige Hersteller haben das Bioplastik als Lücke im System erkannt, um Kosten für die Lizenzgebühr zu sparen. Zudem lässt sich prima mit dem Verpackungsaufdruck hergestellt aus Bioplastik werben. „Problematisch wird dies nur dann, wenn diese vermeintlich gut kompostierbaren Verpackungen in der Biotonne landen“, so Kalka-Freundt. Denn biologisch abbaubare Verpackungen benötigen zu lange für die Verrottung. Ziel der Kompostierung in einer großen Kompostanlage sei aber der möglichst rasche und ver-

lustarme Abbau des Materials.

Biomüll, der in Bocholt in der Biotonne landet, muss anschließend im Kompostwerk Gescher in maximal acht Wochen zu fertigem Kompost verarbeitet sein. Für einen vollständigen Abbau des Bioplastiks ist diese Zeit viel zu kurz. Deshalb rät Karin Kalka-Freundt von der Abfallberatung Bocholt, Bioplastik in Bocholt nicht in die Biotonne zu werfen: „Dieser Kunststoff kann zur Zeit nur in der Restmülltonne entsorgt werden.“

Gebotene Vorsicht

Vorsicht sei besonders bei den Biofolienbeuteln geboten, die man in den Vorsortiergefäßen zur Sammlung von Biomüll nutzen könnte, so die Abfallberaterin. Diese Beutel werden von den Müllwerkern wie herkömmliche Plastiktüten angesehen und können dazu führen, dass die Biotonne ungeleert stehen bleibt. Aus diesem Grund sollte man keine Biofolienbeutel für die Biotonne verwenden, sondern sich mit Beuteln aus Papier oder Zeitungspapier zum Einwickeln der Bioabfälle begnügen.

Gleiches gilt auch für die neu auf den Markt gekommenen Tragetaschen aus Bioplastik. Diese dürfen künftig in Bocholt auf keinen Fall in der Biotonne landen, da sonst die Biotonne nicht geleert wird. □



Bayerische Landessiedlung[®]

STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU




Kommunale Partnerschaftsmodelle
im Bereich ÖPP / PPP

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München

Lindenberg, Schwaben
Wohnanlage für betreutes Wohnen

Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

VKU-Presskonferenz in Berlin:

Thesen zur Bundestagswahl

Kommunalwirtschaftliche Unternehmen als Garanten leistungsfähiger Infrastrukturen der Ver- und Entsorgung

Der Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil, hat auf einer VKU-Presskonferenz in Berlin sechs Thesen der Kommunalwirtschaft zur Bundestagswahl vorgestellt. Weil machte dabei deutlich, „dass die 1.361 kommunalen Unternehmen mit ihren 220.000 Beschäftigten ein Jobmotor auch in Krisenzeiten sind und mit einer Investitionssumme von jährlich über sechs Milliarden Euro eine wichtige wirtschaftliche Größe darstellen.“

Kommunalwirtschaftliche Unternehmen, so der VKU, stehen für eine qualitativ hochwertige, ressourcenschonende Versorgung mit Strom, Gas, Fern- und Nahwärme, Wasser sowie für die umweltgerechte Entsorgung von Abwasser und Abfällen.

Umfrageergebnisse

Umfragen unterstrichen, dass die Bevölkerung eine Versorgung durch Kommunalwirtschaftliche Unternehmen derjenigen durch private deutlich vorzieht. Doch sei die Zukunft dieser Infrastrukturdienstleistungen durch politische Vorgaben auf europäischer und nationaler Ebene teilweise gefährdet.

Mit diesem Thesenpapier dokumentiert der VKU den wesentlichen Beitrag seiner Mitgliedsunternehmen zur Wirtschaftsentwicklung und allgemeinen Daseinsvorsorge. Zugleich werden für die 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages Lösungen aufgezeigt, die die Fortentwicklung einer auch zukünftig leistungsfähigen, dem Public Value verpflichteten Kommunalwirtschaft durch unterstützende ordnungspolitische Rahmenbedingungen flankiert.

1. Gemeinsam zum Wohle der Bürger und der Wirtschaft vor Ort: Kommunalwirtschaft als Infrastrukturpartner der Kommunen

Kommunalwirtschaftliche Unternehmen sind mit ihren Ver- und Entsorgungsdienstleistungen Eckpfeiler der sozial-ökologischen Marktwirtschaft und sichern für die Bürgerinnen und Bürger sowie die mittel-

ständische Wirtschaft elementare Grundbedürfnisse der Daseinsvorsorge. Sie stärken die regionale Wirtschaft und tragen zu einer zukunftsgerichteten Stadt- und Regionalentwicklungspolitik bei. In enger Kooperation mit Städten und Gemeinden unterstützen sie die nachhaltige Entwicklung der Regionen und investieren kontinuierlich in den Erhalt hochwertiger Infrastrukturen. Bundesdeutsche und europäische Wettbewerbs- und Binnenmarktbedingungen müssen die Organisationsfreiheit der Kommunen und der kommunalwirtschaftlichen Unternehmen in der Daseinsvorsorge stärken, um diese Leistungen nicht zu gefährden. Auch das komplexe deutsche Umwelt- und Anlagenzulassungsrecht muss dringend vereinfacht werden.

2. Dezentrale Vielfalt für mehr Wettbewerb und Innovationen im Strommarkt

Versorgungssicherheit, Innovationen und attraktive Preise in der Energieversorgung brauchen dezentrale, hocheffiziente Kraftwerke und den Einsatz erneuerbarer Energien der Stadtwerke auf lokaler und regionaler Ebene. Stadtwerke tragen mit ihrer dezentralen Energieerzeugung und -versorgung zur Angebotsvielfalt, zur Ausprägung eines funktionsfähigen Wettbewerbs sowie zur Reduzierung der nationalen CO₂-Emissionen bei. Um auf dem wettbewerblichen Markt zu bestehen, müssen Stadtwerke wie die privaten Konkurrenten ausreichende wirtschaftliche Entwicklungschancen haben; bestehende Benachteiligungen - durch ordnungspolitische Rah-

menbedingungen, wie z. B. das Gemeindefortschrittsrecht der Länder - müssen dringend beseitigt werden.

3. Strom- und Gasnetze: verbraucherfreundlich, leistungsfähig und intelligent durch Investitionen der Stadtwerke

Die Bereitstellung flächendeckender und störungssicherer Versorgungsnetze sowie ein diskriminierungsfreier Netzzugang sind für die Erhaltung eines der Erwartungen von Bürgern und Wirtschaft einlösenden hohen Versorgungsstandards von größter Bedeutung. Damit auch Stadtwerke die notwendigen finanziellen Aufwendungen in den Ausbau und die Effizienzverbesserung der lokalen und regionalen Netze realisieren können, ist eine investitionsunterstützende Reform der Anreizregulierung dringend geboten.

4. Die Herausforderungen von Klimaschutz und Ökologie vor Ort meistern

Ressourceneffizienz, Umweltschutz und eine hohe Qualität sind Standard der kommunalen Ver- und Entsorgung in allen Sparten. Durch ein umfassendes Angebot von effizienten Energiedienstleistungen, einen sorgsamem Umgang und eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wasservorkommen sowie eine weltgerechte Abfallverwertung unterstützen kommunalwirtschaftliche Unternehmen

NABU-Studie:

Müllverbrennung wächst unkontrolliert

Berlin - Deutschland verbrennt schon heute mehr Müll als überhaupt im Inland anfällt. Weil zu viele Müllverbrennungsanlagen existieren, drohen jetzt massive Importe aus dem Ausland und weniger Recycling. Bis zum Jahr 2020 können diese Überkapazitäten auf bis zu 8,6 Millionen Tonnen im Jahr anwachsen. In den kommenden Jahren sind 28 Neuanlagen sowie der Ausbau sechs weiterer Anlagen mit einer Gesamtkapazität von 5,5 Millionen Tonnen geplant.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine heute in Berlin vorgelegte Studie des NABU, die von der Prognos AG erstellt wurde. Unter Müllverbrennung versteht der NABU sowohl die thermische Abfallbeseitigung als auch die Verbrennung von sortiertem Abfall in den seit 2005 gebauten Ersatzbrennstoffkraftwerken.

„Bereits heute werden netto etwa zwei Millionen Tonnen Abfall nach Deutschland importiert. Diese Menge entspricht der Kapazität von vier großen Müllverbrennungsanlagen oder einem mit Müll beladenen Güterzug von 1000 Kilometern Länge. Werden die geplanten Anlagen gebaut, droht Deutschland zum Hauptmüllimportland, um nicht zu sagen zur Müllverbrennungsanlage Mitteleuropas zu werden“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

„Deutschland kann vor allem das Recycling und die Bioabfallverwertung ohne Probleme noch erhöhen. Das verlangen auch die Vorgaben der neuen EU-Abfallrahmenrichtlinie. Dann fällt aber noch weniger Abfall zur Verbrennung an. An dieser Stelle ist die Politik gefordert, das Dilemma aufzulösen“, erklärte Holger Alwast, Marktfeldleiter Abfall und Sekundärrohstoffe bei Prognos.

Die Prognos AG hat im Auftrag des NABU das Wachstum der Müllverbrennungskapazitäten in verschiedenen Szenarien dem Abfallaufkommen bis zum Jahr 2020 gegenübergestellt. Danach wird die in Deutschland jährlich zur Verbrennung anfal-

lende Müllmenge im Jahr 2020 zwischen 25 und 27 Millionen Tonnen betragen. Um alle Anlagen wirtschaftlich auszulasten, müssten jährlich zwischen 31 und 33 Millionen Tonnen verbrannt werden. „Die Entsorgungsbranche wird Wege finden, genug Brennstoff aus dem Ausland für ihre Anlagen einzukaufen, um diese Auslastungslücke zu schließen. Hier kommt ein nicht zu unterschätzendes neues Müllproblem auf uns zu“, so Tschimpke.

5. Hohe Wasserqualität sichern - am besten in kommunaler Hand

Die Wasserver- und die Abwasserentsorgung aus kommunaler Hand sind ein Erfolgsmodell. Die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für das wichtigste Lebensmittel dürfen nicht unter Missbrauch des Vergaberechts ausgehöhlt werden. Zur Sicherung der Wasserqualität müssen das Vorsorge- und Verursacherprinzip umgesetzt werden. Der Eintrag von Schadstoffen muss schon bei den Verursachern verhindert werden. Die Abwasserabgabe muss einer gründlichen Revisitation unterzogen oder abgeschafft werden.

6. Kommunale Verantwortung in der Entsorgung stärken

Die kommunale Abfallwirtschaft steht für eine geordnete, umweltgerechte Entsorgung auf hohem technischen Niveau. Die kommunale Eigenerbringung von Abfallentsorgungsleistungen ist und bleibt ein notwendiges Instrument der effizienten und bürgernahen Daseinsvorsorge zu sozialverträglichen Entgelten. Sie muss ohne Ausschreibungszwang zulässig bleiben, auch in Form interkommunaler Kooperationen durch Zweckverbände. Der öffentliche Auftrag der kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe darf nicht durch eine wettbewerbsfreundliche Auslegung der Ausnahmen von der Überlassungspflicht gefährdet werden. **DK**

Würzburger Altlastensymposium:

Bayerische Offensive

Beim Würzburger Altlastensymposium 2009, veranstaltet vom Ingenieurtechnischen Verband Altlasten e.V. (ITVA) und der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB) mbH, bezeichnete Umweltstaatssekretärin Melanie Huml die Bewältigung der Altlasten als echte Investition in die Zukunft.

Entscheidungsträger, Fachleute und Sachbearbeiter aus Vollzug und Verwaltung, Ingenieur- und Sachverständigenbüros, Untersuchungsstellen und Prüflaboratorien, Fachfirmen, Unternehmen mit eigener Altlastenproblematik, Hochschulen und Wissenschaft sowie Umwelt- und Wirtschaftsverbänden nutzten das Altlastensymposium, um sich über aktuelle Rechtssetzungsverfahren und Vorhaben des Bundes, Fragen des Flächenmanagements und der Flächenreaktivierung sowie der Bewertung und Sanierung von Grundwasserschäden zu informieren.

Praxisbeispiele

Nach Grußworten von Prof. Dipl.-Ing. Harald Burmeier (ITVA e.V.) und Dr. Thilo Hauck (GAB mbH) diskutierten die Teilnehmer neben der geplanten Ersatzbaustoffverordnung und dem wichtigen Kriterium der Nachhaltigkeitsstrategie, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 30 ha pro Tag zu reduzieren, Praxisbeispiele aus Altlastensanierung und Flächenrecycling. Zudem wurden Beispiele der Flächenreaktivierung auf ehemaligen Flächen des Bergbaus, der Chemieindustrie und auf Stahlstandorten präsentiert. Im Rahmen des Themenschwerpunktes „Hochschule trifft Praxis“ eröffnete das Symposium erstmalig Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit, sich darzustellen.

Laut Staatssekretärin Huml kommt Bayern bei der Sanierung der Altlasten gut voran. Bei industriell-gewerblichen Altlasten konnten so bisher insgesamt 900.000 Quadratmeter Fläche für eine Nachnutzung vorbereitet werden. Staat und Wirtschaft hätten insgesamt mehr als 42 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. 71 Sanierungsprojekte habe die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB) in den vergangenen 20 Jahren übernommen und so die Landkreise und kreisfreien Gemeinden mit bis zu 75 Prozent der

Kosten bei der Sanierung ihrer industriell-gewerblichen Altlasten unterstützt.

Auch der neue Geschäftsbereich der GAB, die kommunale Altlastensanierung, laufe hervorragend, fuhr Huml fort. Seit Mai 2006 hilft ein Unterstützungsfonds Gemeinden bei der Erkundung und Sanierung ehemaliger gemeindeeigener Hausmülldeponien. Insgesamt 50 Millionen Euro stehen dafür bis 2010 zur Verfügung, paritätisch finanziert von den kreisangehörigen Gemeinden und dem Freistaat Bayern. „Das neue Finanzierungsmodell wurde von den Gemeinden sofort sehr gut angenommen“, so die Staatssekretärin. Über 160 Anträge für Maßnahmen an 132 Deponien legten darüber Zeugnis ab.

Aspekte der Sanierung

18,4 Millionen Euro wurden bereits zur Ausreichung genehmigt. Hinzu kommt ein Eigenanteil der Gemeinden von rund 2,9 Millionen Euro. „Zur Sanierung unserer Umwelt wurden im Bereich der gemeindeeigenen Hausmülldeponien insgesamt 21,3 Millionen Euro investiert. Das bedeutet auch ein Auftragsvolumen für die bayerische Wirtschaft in derselben Höhe“, betonte Huml. Von den rund 1000 Flächen der höchsten Dringlichkeitsstufe werden bis zum Ende der ersten Förderperiode 2010 rund 250 fertig saniert oder in Arbeit sein.

Im Mittelpunkt des zweiten Veranstaltungstages standen Aspekte der Sanierung und Nachnutzung von mit Altlasten und der Grundwasser- und Luftschadstoffen belasteten Flächen. Hierzu wurden die aktuellen Schnittstellen zwischen der Altlastenbearbeitung und der Umsetzung der WRRL aufgezeigt und die Umsetzung der Grundwasser- und Luftschadstoffrichtlinie sowie die Verankerung des geringfügigkeitsschwellen-Konzepts im neuen WHG und das Verhältnismäßigkeitsprinzip thematisiert. **DO**

Abfallzweckverband Hof:

Geschirrmobil für die Saison gerüstet

Startklar für die Saison ist das Geschirrmobil des Abfallzweckverbandes Stadt und Landkreis Hof mit über 10.000 Geschirr- und Besteckteilen. Neu ist die „Kaffee-Service-Box“, die Gebäckzangen, Tortenheber, Zucker- und Sahnespender enthält. Der AZV rät auf Grund der hohen Nachfrage schon jetzt das Geschirrmobil, Geschirr und Besteck zu mieten. Nutzen können das Angebot Privatpersonen, Vereine, Schulen und Gewerbetreibende aus der Stadt und dem Landkreis Hof.

Mit dem Verleih des Geschirrmobils, des Geschirrs und Bestecks möchte der Abfallzweckverband bewirken, dass die Berge an Müll, die nach manchem Fest oft übrig bleiben, schrumpfen. Der Salat in der Plastiktasse, der Kaffee in der Plastikschale, nicht nur viel Müll, sondern auch wenig Kultur. Deshalb sieht der AZV sein Angebot ebenso als einen Beitrag zur attraktiven, umweltfreundlichen und kulturell ansprechenden Gestaltung von Festen. Für den Veranstalter hat das Geschirrmobil weitere Vorteile. So entfallen die Kosten für den Kauf des Einweggeschirrs und die Kosten für die Müllentsorgung.

Die im Geschirrmobil installierte Gewerbespülmaschine macht das Abspülen des Geschirrs „spülend“ leicht. 1000 Teller pro Stunde schafft die professionelle Maschine. Ein Abtrocknen des

Geschirrs ist in der Regel nicht notwendig. Das Geschirrmobil, ein begehbarer Anhänger, ist ausreichend groß dimensioniert, so dass auch die Rücknahme und Ausgabe des Geschirrs bequem durchzuführen ist.

Das Geschirrinventar ist ab dieser Saison komplett einheitlich. Jeweils 1000 einheitliche Essteller, Suppenteller, Kuchenteller, Kaffeetassen, Untertassen, Gabeln, Messer, Esslöffel, Kaffeelöffel und Kuchengabeln stehen mit oder ohne Geschirrmobil zum Verleih zur Verfügung. Im Angebot sind ebenfalls Kaffeetöpfe, die auch für Tee und Glühwein geeignet sind. Einzelheiten zum Verleih, zur Ausstattung des Geschirrmobils, zu Anschlüssen und Ähnlichem enthält die Broschüre „Geschirr-Info“, die beim AZV bestellt oder im Internet (www.azv-hof.de) heruntergeladen werden kann. **KI**

Städtewettbewerb „Papieratlas 2009“

Die Initiative Pro Recyclingpapier wird auch in diesem Jahr den Städtewettbewerb „Papieratlas“ durchführen. Dabei geht es um die Erhebung und Auswertung des Papierverbrauchs von deutschen Städten über 100.000 Einwohner, um die konkreten Entlastungseffekte für die Umwelt transparent zu machen. Zu den Kooperationspartnern gehören der Deutsche Städtetag und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Bereits im vergangenen Jahr hat der Papieratlas die öffentliche Beschaffungspolitik positiv beeinflusst. Zahlreiche Städte wie z. B. Düsseldorf, Mülheim oder Nürnberg wollen künftig ihren Papierverbrauch zum Teil komplett auf Recyclingpapier umstellen.

„Wir möchten den Städten mit dem Papieratlas ein Instrument an die Hand geben, mit dem sie ihren Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz transparent und messbar darstellen können“, erklärt hierzu Michael Söffge, Sprecher der Initiative Pro Recyclingpapier.

Entlastungseffekte herausstellen

Ein wichtiges Anliegen des Papieratlases ist es, die ökologischen Entlastungseffekte herauszustellen, die sich bei Wasser, Energie und CO₂ durch den Einsatz von Recyclingpapier im Vergleich zu Frischfaserpapier ergeben. „Die möglichen Eins-

parungen motivieren die Städte zur Verwendung von Recyclingpapier. Zugleich fördert die Papieratlas-Initiative den Wettbewerbsgedanken, um den Klima- und Ressourcenschutz in den Kommunen zu stärken“, betont Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, die nur noch in Ausnahmefällen Frischfaserpapier einsetzen möchte.

Auszeichnung in Berlin am 18. September

Der „Papieratlas 2009“ wird am 18. September 2009 auf der nationalen Beschaffungskonferenz im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin vorgestellt. Die Gewinnerstadt erhält den Award „Recyclingpapierfreundliche Stadt Deutschlands“. Erstmals wird auch die Stadt mit der höchsten Steigerungsrate im Vergleich zum Vorjahr ausgezeichnet. **DK**

Rezession macht Werkstätten für Behinderte zu schaffen

Landtagspräsidentin Barbara Stamm bescheinigt Erthal Sozialwerk hohes pädagogisches Niveau

Würzburg. Keine rosigen Zeiten für Behindertenwerkstätten. „In allen Einrichtungen brechen die Aufträge ein“, so Bernhard Götz, Geschäftsführer des in der Region Würzburg aktiven Erthal Sozialwerks. Dieses gründete 1984 seine ersten Werkstätten. Heute sind hier 180 Menschen mit seelischen Erkrankungen in verschiedenen Arbeitsfeldern beschäftigt. Am 24. April feierte das Sozialwerk mit Vertretern des Bezirks Unterfranken und Landtagspräsidentin Barbara Stamm 25-jähriges Werkstattbestehen.

In ihrer Festrede hob Stamm das hohe pädagogische Niveau der von Hans Schulz geleiteten Werkstätten des Erthal Sozialwerks hervor. Im Fahrradladen, dem Klinikcafé, dem Wäscheservice, der Metall- und Elektrobearbeitung sowie dem Palettenservice bei der Firma Knauf in Iphofen

„Leuchtturm“ in der beruflichen Rehabilitation von psychisch kranken Menschen.

Die Rezession, aber auch die leeren Sozialkassen machen den Behindertenwerkstätten in Unterfranken und ganz Bayern zu schaffen. So wurde in den vergangenen Jahren die Förderung

sonalkosten abgesenkt. Weil diese Hilfen für Arbeitgeber nicht attraktiv genug sind, gelingt es inzwischen nur in wenigen Fällen, Menschen aus der Werkstatt zu holen und sie in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Begrenzte Hoffnung

Stamm's Hoffnung auf eine Besserung der Situation hält sich in Grenzen. Zwar existieren gute Gesetze zur Eingliederung und zur Gleichstellung: „Doch Papier ist geduldig und Sonntagsreden hören sich auch immer gut an.“ Den Prognosen der gelernten Erzieherin zufolge wird die Bedeutung der Werkstätten für behinderte Frauen und Männer weiter wachsen, da Menschen mit Handicaps immer größere Schwierigkeiten im ersten Arbeitsmarkt mit seinen steigenden Ansprüchen an die Leistungsfähigkeit und das Tempo der Beschäftigten haben. Stamm: „Menschen funktionieren nun einmal nicht nach dem Takt des Bandes, und für die weniger Belastbaren gibt es nicht mehr jene einfachen Jobs wie Boten oder Pförtner, die früher jede größere Firma hatte.“

Stamm warnte davor, in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise diejenigen zu vernachlässigen, die dringend auf gesellschaftli-

che Solidarität angewiesen sind. „Wir dürfen nicht zulassen, dass auf dem Rücken der Schwächeren die Folgen doppelt so schwer ausgetragen werden.“ Die richtigen Konsequenzen aus der Krise zu ziehen, heißt für die Präsidentin des Bayerischen Landtags, zu erkennen, „dass der Markt nun einmal nicht alles entscheidet“. Der Begriff „lebenswert“ dürfe „nicht nach dem Dax-Kurs“, sondern müsse „nach dem christlichen Menschenbild buchstabiert werden“. Wie weit die Gesellschaft davon noch entfernt ist, zeigten die zahlreichen Vorurteile gegenüber Behinderten, insbesondere gegenüber Menschen mit psychischen Handicaps.

Gegen Diskriminierung

Das Erthal Sozialwerk bemüht sich über seine konkreten Hilfsangebote für seelisch Behinderte hinaus, gegen Vorurteile, Diskriminierung und Ausgrenzung einzuschreiten. Dies zum einen dadurch, dass immer wieder neue Firmen dafür gewonnen werden, mit den Werkstätten zu kooperieren. Aber auch durch Veranstaltungen, in denen behinderte Menschen mit Nichtbehinderten zusammenkommen.

So findet am 17. Mai ab 9.30 Uhr anlässlich des 25-jährigen Jubiläums die 1. Würzburger Integrationsfahrradtour von Würzburg nach Karlstadt statt. Wer nicht radeln möchte, kann ab 10 Uhr am „Bunten Treiben“ mit Essen, alkoholfreien Getränken, Informationsveranstaltungen und Unterhaltungsprogramm am Würzburger Viehmarkt teilnehmen. □

Kommunalfreundliche Förderung:

Neue Möglichkeiten des Sonderbaulastprogramms

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag Georg Winter informierte den Landesvorsitzenden der KPV, Landrat Stefan Rößle, über die neuen Möglichkeiten des Sonderbaulastprogramms, die Rößle nachdrücklich begrüßte.

„Wir verbessern und erweitern die Förderbedingungen und ermöglichen den Kommunen damit zusätzliche Investitionen in Radwege, verkehrssichere Kreuzungen und Ortsumfahrungen. Mit gezielten Verbesserungen im Förderprogramm „Gemeindliche Sonderbaulast“ wollen wir gerade in den wirtschaftlich schwierigen Jahren 2009 und 2010 den Abfluss der Fördermittel beschleunigen und damit zusätzliche Impulse bei den kommunalen Investitionen im Baubereich setzen. Außerdem können unsere Kommunen nun erstmals auch Fördermittel für verkehrssichernde Maßnahmen an gefährlichen Straßenkreuzungen erhalten“, so Georg Winter. Der Vorsitzende des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen lässt nicht unerwähnt, dass dank der unbürokratischen Mitwirkung von Gemeindegremien, Städtetagen und Landkreistagen die kurzfristige Änderung somit noch für 2009 realisierbar wurde.

Zusätzlicher Impuls

Die befristete Erweiterung des Sonderförderprogramms soll also gleich mehrere Ziele erfüllen. „Was wir innerhalb des Programms erreichen wollen, ist ein zusätzlicher Impuls für die Bauwirtschaft und ein stärkeres Signal zugunsten der Verkehrssicherheit. Darüber hinaus ist es gelungen, die Förderbedingungen durch eine pauschale Berücksichtigung der Planungskosten zu finanzieren und zu vereinfachen. Dies ist eine Besonderheit im jetzt erweiterten Sonderbaulastprogramm“, so Haushaltsaus-

schussvorsitzender Georg Winter. Das Förderprogramm ist jährlich mit rund 18 Millionen Euro ausgestattet und Bestandteil des kommunalen Finanzausgleichs 2009, den der Bayerische Landtag am 2. April verabschiedet hat.

Auf Winters Initiative wurde der Förderkatalog des Sonderförderprogramms für die Jahre 2009 und 2010 erweitert. Förderfähig sind neben Staatsstraßenumfahrungen in gemeindlicher Sonderbaulast nun auch Änderungen von bestehenden Kreuzungen zwischen Staats- und Gemeindestraßen sowie zwischen Staats- und Gemeinde- und Kreisstraßen und der Bau von unselbständigen Radwegen sowie unselbständigen Geh- und Radwegen an Staatsstraßen, soweit die Gemeinde die Kosten übernimmt.

Attraktives Förderangebot

Die erweiterten Fördermöglichkeiten gelten für Projekte mit einem Baubeginn vor dem 31. 12. 2010: Der Fördersatz beträgt für neue Maßnahmen 75 % der zuwendungsfähigen Kosten. Bei Projekten mit besonders hoher verkehrlicher Bedeutung können finanzschwachen Gemeinden bis zu 85 % Zuwendungen gewährt werden. Planungskosten werden pauschal mit 12 % der Baukosten entschädigt, soweit die Gemeinde die Planung selbst übernommen hat. Die Bagatellgrenze wird auf 50.000 Euro zuwendungsfähige Kosten festgelegt. Winter: „Der Bayerische Landtag hat damit ein sehr attraktives Förderangebot geschaffen. Es liegt jetzt bei den Gemeinden, schnell zuzugreifen.“ □



Von links: Bernhard Götz, Geschäftsführer des Erthal Sozialwerks, Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Werkstattleiter Hans Schulz. Text und Bild: Pat Christ

würden nicht nur Dienstleistungen zu harten Marktbedingungen erbracht. Die psychisch kranken Menschen erlernten auch Sozialkompetenzen, um in ihrem täglichen Leben besser klarzukommen. Stamm: „Darüber hinaus steht der Soziale Fachdienst über den gesamten Arbeitstag hinweg als Ansprechpartner und Berater zur Verfügung.“ Für Stamm ist das vom Bezirk Unterfranken unterstützte Erthal Sozialwerk ein

für Integrationsbetriebe ständig gekürzt. Laut Stamm gab es früher für die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt vom Arbeitsamt einen Einarbeitungszuschuss für drei Jahre in Höhe bis zu 70 Prozent der Lohnkosten. Dieser Betrag sei auf höchstens 50 Prozent für maximal sechs Monate gesunken. Auch der Minderleistungsausgleich wurde kontinuierlich auf heute 23,4 Prozent der Per-

„Beschleunigung – Aceleración“

Lechwerke präsentieren Arbeiten junger Künstler aus Schwaben und Spanien

Grenzen zu überwinden hat in der Region Augsburg und Schwaben eine lange Tradition. Die Lechwerke greifen diesen Aspekt auf und präsentieren zur Feier des 550. Geburtstags Jakob Fuggers die Arbeiten junger Künstler aus Spanien und Schwaben, die sich mit dem Thema Beschleunigung auseinandergesetzt haben.

Spätestens seit Jakob Fugger können Spanien und Schwaben auf eine lange Tradition der gegenseitigen Befruchtung und Bereicherung in Kunst und Kultur zurückblicken. Seit 5. Mai präsentieren die Lechwerke bis 26. Juni unter dem Titel „Beschleunigung – Aceleración“ in der Unternehmenszentrale in Augsburg die Werke von acht Künstlern aus Schwaben und Spanien.

Botschaften an den Wind

Im Foyer an der Schaezlerstraße erwarten die Besucher interaktive Leuchtkästen von Doris Graf (Leutttart), ein schnell geschnittenes Video von Rosa Granados (Cordoba), lange Zeichnungsbahnen von Michael Victor Jackson (Augsburg) und eine Serie von Fotoarbeiten, zu denen sich der Künstler Joan Suassi (Mallorca) von einem Gedicht des Lyrikers Paul Celan inspirieren ließ.

Im Kundenforum (Eingang Bahnhofstraße) werden eine von Guido Weggenmann (Kempten) nachgebaute Turbobiene „Tur-Biene“, eine Serie von Collagen von Anja Hatt (München) und ein mit Flugsamen gefüllter Kubus von Anna Talens (Valencia) zu sehen sein - Botschaften an den Wind. Auch das LEW-Gebäude selbst ist Teil der Ausstellung: An der Außenfassade zur Schaezlerstraße ist die Installation des in Marktoberdorf lebenden Künstlers Christoph Wank angebracht.

„Die Ära von Jakob Fugger war geprägt von extremer Beschleunigung: Er katapultierte den Familienbetrieb ins Zentrum des europäischen Machtgeschehens. Augsburg wurde zu einem international wichtigen Finanz- und Wirtschaftszentrum“, sagte LEW-Vorstandsmitglied Ulrich Kühnl auf der Vermissage der Ausstellung. „Daran soll diese Ausstellung nicht nur erinnern. Die Künstler haben in ihren Arbeiten diesen Gedanken aufgenommen und ihn weiter entwickelt - aus ganz unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. Das macht die Ausstellung so interessant und sie belebt damit die lange Tradition des kulturellen Austauschs zwischen Schwaben und Spanien.“

Eckdaten

Hier die Eckdaten der Ausstellung auf einen Blick: „Beschleunigung – Aceleración“ – Junge Kunst aus Schwaben und Spanien: 5. Mai bis 26. Juni 2009, Ort: Lechwerke AG, Schaezlerstraße 3, Augsburg-Kundenforum (Eingang Bahnhofstraße) und Foyer (Eingang Schaezlerstraße). Öffnungszeiten: Mo-Fr 9:00-16:30 Uhr, Do 9:00-18:00 Uhr. An jedem Donnerstag um 17:00 Uhr findet eine Führung statt. Der Eintritt zur Ausstellung und für alle Veranstaltungen ist frei.

Die Ausstellung nimmt auch an der „Langen Kunstnacht“ am 20. Juni teil: 21:00 Uhr Lesung mit Uwe Kosubek, 22:00 Uhr Tanzperformance von Manuela Hartel. □

„Aktive Senioren:“

Bundespreis geht nach Rosenheim

Als erste Überbringer der guten Nachricht gratulierten die Bundestagsabgeordnete Daniela Raab und Angelika Graf, kurz darauf kam die schriftliche Bestätigung aus Berlin auf den Tisch von Werner Pichlmeier, Vorstandsmitglied der „Aktiven Senioren“. Die Nachricht schlug beim gesamten Vereinsvorstand ein wie eine Bombe.

„Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ war das Wettbewerbsthema der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem „Rat für nachhaltige Entwicklung“. 100.000 Euro wurden ausgelobt für die besten Aktionen und Aktivitäten in ganz Deutschland.

Groß war die Freude beim Vorstand der „Aktiven Senioren“ im Förderverein Jugendarbeit des Stadtjugendringes über den Bundespreis, den insgesamt 40 Initiativen und Projekte in der BRD erhielten.

„Besonders hoch zu bewerten ist, dass die Wahl aus 360 Einreichungen von einer hochrangigen Expertenkommission im Auftrag der Bundesregierung getroffen wurde. Dass wir zu den Preisträgern gehören, ist eine sehr hohe Auszeichnung und Bestätigung für unsere Vereinsarbeit“, so Werner Pichlmeier, verantwortlich für die Wettbewerbsteilnahme.

Georg Kirmaier, 1. Vorsitzender des Vereins kann die Überraschung noch nicht fassen. „Uns war klar, dass wir gute Chancen hatten, bei dem Wettbewerb vorne mitzuspielen. Aber hier einen Preis zu erhalten, das ist die schönste Nachricht in unserer Vereinsgeschichte“ Schatzmeister Georg Fritsch ist

ebenfalls glücklich und erleichtert, denn „der Geldpreis von 2000 Euro hilft uns sehr, die nächsten Umwelt- und Bauprojekte mit Jugendlichen anzugehen. Als kleiner Verein sind wir von Spenden abhängig. Da tut so ein Preisgeld zusammen mit der öffentlichen Bestätigung sehr gut“.

Auch die graue Eminenz des Vereins, Jugendamtleiter Gerd Rose, Verbindungsmann zur Stadt, kann seinen Stolz kaum verbergen: „Jugendliche, die auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen haben, durch unserer Trainingsmaßnahmen für eine Ausbildung vorzubereiten mit Hilfe von erfahrenen Senioren, die ihr großes Erfahrungswissen einfließen lassen, das ist praktischer Generationendialog.“

Ende Mai werden in Berlin die Preise feierlich überreicht. Und dann wartet noch eine besondere Überraschung. Aus den 40 Bundespreisträgern werden die 10 besten als „Leuchtturmprojekte“ ausgewählt, mit Extrapreisen versehen und in einer Pressekonferenz vorgestellt. Werner Pichlmeier ist optimistisch: „Wir freuen uns auf Berlin und lassen uns gerne überraschen.“

Informationen über die „Aktiven Senioren“ unter www.aktive-senioren-rosenheim.de

Geschichte in Bildern

Neue Sonderausstellung zeigt 25 Jahre Rieser Bauernmuseum Mailingen

Mailingen (pm). Seit der Eröffnung des Rieser Bauernmuseums Mailingen (Landkreis Donau-Ries) am 19. Mai 1984 sind 25 Jahre vergangen. Viel hat sich in dieser Zeit getan: Das Museum hat sich seither ständig erweitert und seinen Platz in der bayerischen Museumslandschaft gefunden. Inzwischen haben rund 310.000 Menschen das Regionalmuseum des Bezirks Schwaben besucht.

Über 200 Fotografien, eine Chronik und kurze Texte erinnern nun in der Fotoausstellung „25 Jahre Rieser Bauernmuseum Mailingen - Eine Geschichte in Bildern“ von Freitag, 1. Mai, bis Dienstag, 10. November, an alle wichtigen Ereignisse in diesem Vierteljahrhundert.

Gerade die Anfangszeit war bestimmt durch das außergewöhnliche Engagement der Vorstandschaft und der Mitglieder des Vereins Rieser Bauernmuseum. Mit beachtlichem Wagemut machten sie sich an die gewaltige Aufgabe, ein Museum für die Kultur des Rieses einzurichten, was die finanziellen Möglichkeiten eines Vereins jedoch bald überstieg. Der Bezirk Schwaben übernahm 1985 die Trägerschaft: Als eines der regionalen Schwerpunktmuseen passte die Mailingen Kulturreinrichtung hervorragend in den Museumsplan des Bezirks. Der Landkreis Donau-Ries beteiligte sich zu einem Viertel an den Kosten.

Die Museumsgeschichte war immer wieder bestimmt durch umfangreiche Baumaßnahmen. Es galt, zwei baufällige frühere Wirtschaftsgebäude des ehemaligen Mailingen Klosters entspre-

chend umzugestalten. Fotografien in der Ausstellung aus der Zeit vor und während der Sanierungsmaßnahmen führen eindrucksvoll die aufwendige Arbeit vor Augen.

Selbst von Naturkatastrophen in Form von Hochwasser oder Sturm blieb das Museum nicht verschont. In der Ausstellung sind wahre Seenlandschaften, heruntergerissene Dachplatten und umgeknickte Bäume zu sehen. Beispielfähig erinnern einige Fotografien an etliche der bisher 47 Sonderausstellungen.

Von Anfang an bot das Museum den Besuchern auch zahlreiche Veranstaltungen. Die umfangreiche Liste umfasst 16 Kartoffelfeste, elf Schnitterfeste, drei Kräuterfeste und sieben Kinderferienprogramme. Volksmusik und -tanz spielten ebenfalls eine große Rolle. Nicht mehr zu zählen sind die bäuerlichen und handwerklichen Vorführungen, die Vorträge und Brauchtumsnachmittage, Trachtenberatungen, Lesungen und Konzerte. Eine immer stärkere Bedeutung kommt den vielen Aktionen für Kinder und Erwachsene zu, sei es für Gruppen, Schulklassen und Kindergärten oder für Einzelbesucher. □

Neues Magazin des Tourismusverbandes Ostbayern:

Streifzüge durch die gemeinsame Geschichte

Regensburg (obx) – Ostbayern und Böhmen teilen seit vielen Jahrhunderten zahlreiche landschaftliche und kulturelle Schätze, die von Touristen, aber auch von den Bewohnern dieser immer mehr zusammenwachsenden Regionen im Herzen Europas immer wieder aufs Neue entdeckt werden wollen. Um die Planung von Reisen und Ausflügen zu erleichtern, hat der Tourismusverband Ostbayern nun das 68 Seiten umfassende Magazin „Kulturhistorische Streifzüge durch Ostbayern und Böhmen“ aufgelegt.

Es ist auf Deutsch und Tschechisch erschienen und soll die Menschen des jeweiligen Nachbarlandes dazu animieren, die gemeinsame Geschichte zu entdecken. So kommt dieses Magazin einer völkerverbindenden Reise zurück: Beim Bau der Autobahn Prag-Pilsen wurden von Menschenhand gefertigte Rang laden dazu ein, die reiche

und Böhmen bis heute für die Geschichte Europas haben.

Hinterlassene Spuren

Die erste Überraschung reicht weit in die Menschheitsgeschichte zurück: Beim Bau der Autobahn Prag-Pilsen wurden von Menschenhand gefertigte Geräte gefunden, deren Alter auf

Museen zu besichtigen sind – etwa in Kelheim, Cham, Landau und Pilsen.

Wertvolle Funde

Manche der keltischen Siedlungen nutzten die Römer, die im dritten Jahrzehnt nach Christi Geburt das heutige Ostbayern besetzten, zum Bau von militärischen Lagern. Aus dem größten – Castra Regina – entstand am nördlichsten Punkt der Donau die Stadt Regensburg, in deren Zentrum bis heute fast jede Tiefbaumaßnahme Hinterlassenschaften der römischen Legionäre zutage fördert. All die wertvollen Funde, die zwischen Kelheim und Passau gesichert wurden, sind in zahlreichen Museen zu besichtigen. Und wer Glück hat, kann ein Team von jungen Historikern der Universität Regensburg dabei beobachten, wie sie in ihrer „Navis lusoria“ – dem Nachbau eines römischen Fluss-Kriegsschiffes – auf der Donau unterwegs sind, die damals als Verteidigungslinie und schneller Verkehrsweg diente.

Wachsender Wohlstand

In den folgenden Jahrhunderten bescherten Landwirtschaft und Handel einen stetig wachsenden, bescheidenen Wohlstand: Ab dem 12. Jahrhundert wurden in der Oberpfalz, Niederbayern und Böhmen von den jeweils Herrschenden planmäßig neue Städte gegründet, deren vielfach erhaltene historische Bausubstanz ein ganz besonderes Gefühl für die lange Geschichte dieser Orte vermittelt.

Herausragende Perlen

Dutzende von Städten haben mit ihren Bauten und Plätzen den weiten Landstrich vom Bayerischen ins Böhmisches hinein geprägt: unter anderem Tirschenreuth und Schwandorf, Kallmünz und Amberg, Kelheim, Straubing, Dingolfing, Karlovy Vary (Karlsbad) und Marianske Lazne (Marienbad), Cheb (Eger), Cheske Budejovice (Budweis) und Pisek. Im heutigen Ostbayern strahlten Regensburg und Passau – zwei städtebaulich besonders herausstechende Perlen an der Donau – wirtschaftlich, kulturell und politisch bis weit in den Osten Europas aus.

Traditionelle Handelswege

Zahlreiche traditionelle Handelswege verbanden den Osten Bayerns mit den Nachbarn im Böhmisches: Der berühmte „Goldene Steig“ etwa, den Kaiser Karl IV. zur Straße ausbaute,

vieler Standardwerke zum Thema Gartengestaltung. Er gilt als Botschafter englischer Gartenkultur und gestaltet weltweit Gartenanlagen. Brookes begeistert mit Vorträgen und Workshops. Sein großartiger Privatgarten, Denmans Garden in Sussex, gilt als Mekka für Gartenfreunde.

„Für alles ist ein Kraut gewachsen“

Günter Mader ist Architekt, Gartenbuchautor und Dozent für Freiraumplanung an der Hochschule Karlsruhe. Er arbeitet als Architekt und Gartenarchitekt in Deutschland, Österreich, Schweiz und Frankreich. Seine in viele Sprachen übersetzten, mehrfach ausgezeichneten Bücher gelten als Standardwerke der Gartenarchitektur.

um seine böhmischen Stammländer und das „goldene Prag“ mit den westlich gelegenen Handelsmetropolen Nürnberg und Frankfurt zu verbinden. Der Warenaustausch funktionierte oft aber auch im Kleinen, nicht selten auch unter sehr konspirativen Umständen. Auf Säumerpfaden wurde über die Jahrhunderte eifrig geschmuggelt.

Hohe Dichte an Burgen

All diese großen und kleinen Handelswege mussten gesichert werden – und so sind Ostbayern und Böhmen mit einer erstaunlich hohen Dichte von Burgen gesegnet. Allein mit deren Besichtigung ließen sich Wochen verbringen. Manche dieser Herrscherbauten beherbergen heute Hotels und Restaurants mit ausgesuchter Küche.

Prunkvolle Schlösser

Wesentlich prunkvoller als die doch eher karg ausgelegten Burgen stehen noch immer die alten Schlösser da: Das größte und wegen seiner Eigentümer wohl auch berühmteste ist das Schloss Sankt Emmeram in Regensburg, der Stammsitz der Adelsfamilie Thurn und Taxis. Aber auch die Neue Residenz in Passau wie auch zahlreiche Prunkbauten in Böhmen – beispielsweise in Marianske Lazne (Marienbad), Plzen (Pilsen) und Horsovsky Tyn (Bischofteinitz) – ziehen alljährlich unzählige Besucher an.

Sehenswerte Kirchen und Klöster

Romanik, Gotik, Barock: Eine immense Fülle an sehenswerten Kirchen und Klöstern der unterschiedlichen Epochen haben Ostbayern und Böhmen zu bieten. Kleine, karge, aber auch mit stattlichem Prunk schier überladene Gotteshäuser. Und auch solche, die erst nach einigen Jahrhunderten fertiggestellt wurden, so wie der Regensburger Dom, dessen beide Türme 105 Meter hoch emporragen. Oder der Dom zu Passau: Er beherbergt die weltgrößte Kirchenorgel.

Reiche Region

Allein diese zahlreichen Stationen auf den kulturhistorischen Streifzügen durch Böhmen, die Oberpfalz und Niederbayern lassen ahnen, wie reich die gesamte Region an landschaftlichen und baulichen Kleinodern ist – und auch, wie spannend es sein kann, nach Jahrzehnten der politischen Trennung den Nachbarn und ihren Schätzen einen Besuch abzustatten.

Das Magazin „Kulturhistorische Streifzüge durch Ostbayern und Böhmen“ ist kostenlos erhältlich beim Tourismusverband Ostbayern, Telefon 0941-585390, E-Mail info@ostbayern-tourismus.de

Von englischem Gartenwerkzeug, englischen Gartenornamenten bis hin zu englischen Rosen bot das Rahmenprogramm eine Palette der Vielfalt. Es wurde vervollständigt durch die Vorträge zur Gartentage-Praxis, die unter dem Motto „Für alles ist ein Kraut gewachsen“ standen.

Pflanzenauktion

Bei einer anschließenden Pflanzenauktion zu Gunsten der Weihenstephaner Gärten brachte der bekannte Pflanzenexperte Dr. Ullrich Fischer aus Braunschweig so manchen Pflanzenschatz – besondere Raritäten und Neuheiten – fachkundig und humorvoll zur Versteigerung. Ein wirkliches Muss für jeden Pflanzenliebhaber, der Gutes tun wollte. **DK**



Das Spielmobil: Bei jeder Art von Veranstaltung das „Kinderge-wissen“ der Stadt.

30 Jahre Spielmobil in Ingolstadt

Pünktlich zum „Jahr des Kindes“ 1979 entwickelte der Arbeitskreis „Kinderexpress“ der Staatlichen Fachoberschule das Spielmobil für Ingolstadt. „Mobile Spielplatzbetreuung“ stand über der Konzeption. Als Ziele wurden sozialräumliche Bedarfsdeckung, Unterstützung bei der Entfaltung der eigenen Kreativität und Förderung von Gruppenprozessen genannt.

In der Praxis fuhr nun der „Kinderexpress“ (ein einachsiger Bauwagen mit einfacher Ausstattung, gezogen von einem Fahrzeug des städtischen Fuhrparks) im täglichen Wechsel fünf verschiedene Standorte im Freien an, packte seine Spielgeräte aus und war für viele Buben und Mädchen auch einfach nur als Gesprächspartner da. Viele gingen zum Spiel hin, weil die Betreuer einen Schutzraum boten und Auswüchse oder Rempelien unterbanden.

Neuerungen

Im Juli 1980 bekam der „Kinderexpress“ dann ein neues Spielmobil, einen gebrauchten LKW, 7,5 t. Als Neuerung wurde eingeführt, dass das Spielmobil jeweils eine Woche an einem Standort verbringt. Als wichtigster Winterstandort wurde das „Spielhaus“ am Unteren Grasweg (Fort Minucci) eingeweiht. Neben der Nutzung in den Wintermonaten trafen sich auch Kleinkind-Spielgruppen in diesen Räumlichkeiten. Später kam zum Spielhaus ein Mädchenraum hinzu. Das Spielmobil sorgte für ein Kinderprogramm bei allen städtischen Großveranstaltungen. Das Spielmobil wurde sozusagen zum „Kinderge-wissen“ der Stadt bei jeder Art von Veranstaltung.

Wer zu nicht kommerziellen Zwecken Spielmaterial für Nachbarschafts-, Vereins-, Schul-, Kindergarten- und ähnliche Feste benötigte, konnte ab 1983 das Spielkistl, einen Bauanhänger mit Spielgeräten mieten. Nach der sehr guten Annahme des Angebots wurde im Folgejahr auch noch die Spielothek des Spielmobils gegründet. Im Winter betrifft das Brett-, Familien- und Gesellschaftsspiele für alle Altersgruppen, im Sommer vor allem Spielgeräte für draußen.

Vielfältige Aktivitäten

Regelmäßige Wochenthemen wurden eingerichtet, wie „Indiener“, „Robinson“, die an den jeweiligen Standorten in allen Facetten von den Kindern und Jugendlichen erkundet und ausgeführt wurden. Die Aktivitäten wurden immer breiter gefächert: Museumsspiele, Bibliothekstage, Kinderkulturtage, Spielwerkstatt, Ausstellungen, Seifenkisten-Stadtmeisterschaft usw.

Spätestens Anfang der 90er Jahre war das Spielmobil eine anerkannte Institution in Ingolstadt mit einem umfangreichen Angebot an Freizeitaktionen für Kinder, Jugendliche und Eltern. Auch die Beteiligung von Kindern an sie betreffende kommunale Zusammenhänge wurden Ziele des Spielmobils, so z. B. in der Aktionswoche „Kinder stürmen das Rathaus“ oder bei Spielplatzplanungen.

Im Jahr 2009 wird das Spielmo-

bil in Ingolstadt 30 Jahre alt. Über den Daumen gerechnet haben seit 1979 ungefähr 25.000 „Kinder“ das Spielmobil besucht. Heute besuchen schon die Kinder ehemaliger Spielmobilkinder das Spielmobil. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugpreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

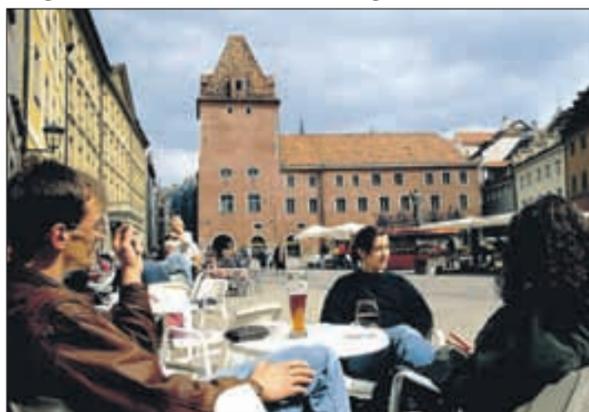
Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Romanik, Gotik, Barock: Eine immense Fülle an sehenswerten Kirchen und Klöstern der unterschiedlichen Epochen haben Ostbayern und Böhmen zu bieten – wie ein Blick auf den Haidplatz in Regensburg beweist. Foto: obx-news

Vergangenheit der Städte, Dörfer und Landschaften zwischen Donau und Moldau, zwischen Oberpfälzer Wald und Böhmerwald zu erkunden. Wer sich auf diese Streifzüge begibt, wird auf manch Ungeahntes stoßen und nachempfinden können, welche Bedeutung Ostbayern

etwa 1,7 Millionen Jahre geschätzt wird. Weiter südwestlich, im heutigen Altmühltal, wurden Hinweise auf den Neandertaler entdeckt. Ab dem 8. Jahrhundert vor Christus beginnt die Ausdehnung der Kelten, die eifrig Siedlungen gründeten und Spuren hinterließen, die in zahlreichen

13. Freisinger Gartentage:

„Willkommen England!“

Bei den 13. Freisinger Gartentagen, die heuer unter dem Motto „Die Gartenwelt zu Gast – 2009: Willkommen England“ standen, konnte die Freisinger Landschaftsarchitektin und Organisatorin Anita Fischer in der beschaulich-meditativen Anlage des ehemaligen Klosters Neustift - des heutigen Landratsamtes Freising - wieder ausgesuchte Aussteller und hervorragende Referenten aus England, dem Gartenland mit der wohl größten gärtnerischen Tradition, begrüßen.

Eröffnet wurden die Gartentage im Rahmen eines Festakts im Kreuzgang mit anschließender Pflanzenauktion zu Gunsten der Weihenstephaner Gärten. Landrat Michael Schwaiger und Oberbürgermeister Dieter Thalhammer übermittelten die Grüße des Landkreises und der Domstadt. Großzügig stellten die über 120 Aussteller wieder besondere Pflanzenraritäten und Neuheiten aus ihren Sortimenten zur Verfügung. „Ein Muss für jeden Raritätenliebhaber und Sammler!“, wie Anita Fischer betonte.

Breit gefächertes Angebot

Mit hochkarätigen Ausstellern und einem anspruchsvoll besetzten Rahmenprogramm haben sich die Freisinger Gartentage zu einem der bedeutendsten Ereignisse im überregionalen Gartenkalender entwickelt. Mehr als 60 der bekanntesten Staudengärtnereien und Baumschulen aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland begründen den ausgezeichneten Ruf der Gartentage als Pflanzenmarkt mit dem außergewöhnlichsten Angebot an qualitativsten Pflan-

zen, Pflanzenraritäten und Neuzüchtungen. Ob Japangärten, Labyrinth oder Efeu-Sorten, das Repertoire ist stets breit gefächert. Eine fachkundige Jury vergab unter den Ausstellern Preise für das interessanteste botanische Sortiment, den schönsten Stand und die beste Kundeninformation.

Rahmenprogramm

Für das Rahmenprogramm konnte Landschaftsarchitektin Fischer namhafte Referenten gewinnen. Rosie Atkins ist Kuratorin des traditionsreichen Chelsea Physic Garden, eines botanischen Kleinod im Herzen Londons. 1673 von der erwidrigen Gesellschaft der Apotheker als Lehrgarten gegründet, werden dort bis heute Eigenschaften, Herkunft und Erhaltung von mehr als 5000 Pflanzenarten erforscht. 1700 wurde hier der Samentausch unter den Botanischen Gärten der Welt initiiert.

Namhafte Referenten

John Brookes wiederum ist ein international ausgezeichneter Garten-Designer und Autor

Neue Mobilitätsdrehscheibe Günzburg:

Ein zukunftsweisender Knotenpunkt

Beispielhaftes Gemeinschaftsprojekt zwischen öffentlicher Hand und privatem Investor

Im Rahmen eines Festakts ist die neue Mobilitätsdrehscheibe Günzburg ihrer Bestimmung übergeben worden. Hier werden Züge, Busse, Autos, Radfahrer und Fußgänger vernetzt, ihre Verkehrsströme jedoch getrennt. Durch einen Knopfdruck schalteten Politiker von Bund, Land und Kommune gemeinsam mit dem als Investor gefundenen privaten Krumbacher Unternehmen Brandner BBS-Reisen die Ampel für das von einem modernen Membran-Dach überspannte öffentliche Bus-terminal auf grün.

Tags zuvor waren bereits tausende Menschen zu einem mit vielen Programmpunkten gestalteten Tag der offenen Tür zur neuen Mobilitätsdrehscheibe, dem Busbetriebshof und dem Bürogebäude gekommen, um sich ein Bild von der Infrastruktur unter einem Dach zu machen.

Zentrales Ziel

„Schienenverkehr und ÖPNV zu verknüpfen ist ein zentrales Ziel der bayerischen Verkehrspolitik, das in Günzburg in herausragender Weise verwirklicht wurde. Private Investoren, die Kommune und die Deutsche Bahn haben beispielhaft zusammengewirkt.“ Dies könne anderen Unternehmen und Kommunen als Vorbild und Anregung dienen, meinte Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil. Der Freistaat hat das rund 16 Mio. Euro teure Projekt mit insge-

samt 1,1 Millionen Euro unterstützt. Gefördert wurden insbesondere der Zentrale Omnibusbahnhof und die überdachte Bike- und Ride-Anlage. Eine großflächige Überdachung, umfangreiche Sitzgelegenheiten und neue Fahrgastinformationsanlagen werten den Busbahnhof auf und sorgen nun für ein angenehmes Aufenthaltsklima. Die Bike- und Ride-Anlage bietet zudem Unterstellmöglichkeiten für 200 Fahrräder und fünf zusätzliche Fahrradboxen.

Teil 2 der Modernisierung

Bereits 2006 wurde der Bahnhof durch ein neues Wegeleitsystem, eine Fahrgastinformationssystemanlage und einer teilweisen Überdachung modernisiert und barrierefrei ausgebaut. Zu den Gesamtkosten von rund 8 Millionen Euro steuerte der Freistaat damals rund eine Million Euro bei.

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee zufolge „ist es unser Ziel, alle Verkehrsmittel, Straße und Schiene, öffentlichen Verkehr und Individualverkehr, optimal miteinander zu vernetzen“. Mit der Mobilitätsdrehscheibe am Bahnhof Günzburg sei ein moderner Verkehrsknotenpunkt entstanden, der dies mustergültig umsetzt.

Neues Kapitel

„Der Verkehr und der Transport von Waren und Gütern habe in Günzburg schon immer eine bedeutende Rolle gespielt“, fuhr Tiefensee fort. Mit der Inbetriebnahme der Mobilitätsdrehscheibe am Bahnhof werde nun ein neues Kapitel aufgeschlagen. Kernbestandteil des Konzepts seien bessere Kommunikations- und Informationsangebote für die Kunden des öffentlichen Personenverkehrs. Tiefensee: „Fast alle Dienstleister, die sich um die Mobilität der Günzburgerinnen und Günzburger kümmern, sind künftig hier vertreten. Durch eine bessere Kommunikation, mit mehr Information und barrierefreiem Zugang werden neue Fahrgäste gewonnen. Der ÖPNV wird noch attraktiver. Das Gemeinschaftsprojekt der Stadt Günzburg mit dem Unternehmen BBS Reisen zeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen der Öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft erfolgreich ist.“

Verbesserte Lage

„Mit der Fertigstellung der Mobilitätsdrehscheibe können wir eine Infrastruktur anbieten, die nur wenige Kommunen vergleichbarer Größe vorweisen können“, meinte Oberbürgermeister Gerhard Jauernig. In Verbindung mit dem sechsspurigen Ausbau der A 8, der im Bereich Günzburg bereits abgeschlossen ist und bis 2012 bis zur Landesgrenze weitergehen soll, verbessere die Große Kreisstadt damit ihre Lage im ländlichen Raum ganz entscheidend.

Deutlicher Indikator

Der Bahnhof habe ein Gesicht bekommen, urteilte der Bundestagsabgeordnete Dr. Georg Nüßlein – sowohl ein unternehmerisches als auch ein architektonisches. Baumaßnahmen dieser Art gehörten zu jenen Instrumenten, die über die momentane wirtschaftliche Situation trügen. Sie seien ein „Indikator“ für eine wiedererstarkende Wirtschaft. Staatsministerin Dr. Beate Merk setzte das verwirklichte Bahnhofprojekt ihrer Heimatstadt Neu-Ulm in Relation zu Günzburg. „Die Mobilitätsdrehscheibe ist der innovative Weg Günzburgs ins neue Jahrhundert“, urteilte die einstige Oberbürgermeisterin der Nachbarstadt. Durch kommunale und private Unternehmen seien Barrieren überwunden und Synergien entwickelt worden. Gewonnen hätten dabei alle, so Merk. **DK**

nes Messekonzept“ eingerichtet. In diesem Projektteam, unter Federführung des Amtes für Wirtschaft, kooperieren Vertreter der regionalen Kompetenzinitiativen, von Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, NürnbergMesse, Unternehmen und dem Marketingverein. **□**

Messekonzept für die Metropolregion Nürnberg

Die Metropolregion Nürnberg will Messen stärker für Image- und Standortwerbung nutzen. Im Forum Wirtschaft und Infrastruktur wurde dazu ein neues Konzept erarbeitet. „Mit dem Messekonzept wollen wir einen abgestimmten Messekalender für die Metropolregion umsetzen, um die Außendarstellung national und international zu stärken. Durch die Kooperation verschiedener Akteure können die Ressourcen und Werbebudgets effizienter eingesetzt werden und damit mehr Wirkung erzielen.“, erläuterte der Geschäftsführer des Forums Wirtschaft und Infrastruktur, Dr. Roland Fleck, bei der Vorstellung des Metropolitanen Messekonzepts.

Messen sind ein wichtiges Marketing-Instrument. Sie bieten Standorten und Unternehmen die Gelegenheit, sich im Wettbewerbsvergleich zu positionieren. Die Metropolregion Nürnberg ist im Vergleich der deutschen Metropolregionen bereits gut im Messegeschehen präsent. Feste Schwerpunkte sind die Gewerbeimmobilienmessen MIPIM, Cannes und Expo Real, München, internationale Auftritte auf der Medizintechnikmesse ARAB HEALTH, Dubai und der Tourismusmesse ATM (Arabian Travel Mart), Dubai.

Der Messeplatz Nürnberg wird bei der Spielwarenmesse und der START Messe für Existenzgründer aktiv genutzt. „Die standortrelevanten Messethemen Immobilien, Tourismus und künftig Logistik haben im Messekonzept Priorität. Gemeinsame Plattformen für die Wirtschaftsförderungen werden wir weiter anbieten und bei technologieorientierten Messen gehen wir neue Wege“, erläutert Dr. Roland Fleck.

Neue Messebeteiligungen auf der Mobile World, Barcelona und der China Hi-Tech-Fair, Shenzhen werden angestrebt. Neu in den Messekalender aufgenommen wurden die Tourismusmesse China Travel Mart in Shanghai ebenso wie die regionale b2d Dialogmesse in Nürnberg und das Kooperationsforum „Korea-Metropolregion Nürnberg“ der Industrie- und Handelskammern der Metropolregion auf der Hannover Messe. Durch pragmatische Lösun-

gen können Verbesserungen der Kommunikation und der Außenwirkung erzielt werden. Ein Beispiel: Das Poster der Metropolregion kommt bei den Auslandsaktivitäten der Nürnberg Global Fairs - Tochtergesellschaft der NürnbergMesse organisiert internationale Messebeteiligungen - zum Einsatz. „Dies ist ein gutes Beispiel der Zusammenarbeit in der Metropolregion. Die Erarbeitung des Messekonzepts hat erneut gezeigt: Wenn mehrere etwas gemeinsam machen, steigen die positiven Effekte nicht linear sondern exponentiell“, so Dr. Jörg Hahn, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Marketingvereins der Metropolregion Nürnberg e. V.

Kooperation stärken

„Deshalb werden wir die Kooperation weiter stärken. Durch turnusmäßige Abstimmungsitzungen zwischen den Akteuren werden wir Messen als Marketing-Instrument unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips weiter optimieren“, betont berufsmäßiger Stadtrat Dr. Fleck die Notwendigkeit der langfristigen Kooperation. Vor dem Hintergrund der verfügbaren Budgets kann sich der Messekalender für die Europäische Metropolregion Nürnberg durchaus sehen lassen: Messeauftritte unter dem Titel Europäische Metropolregion Nürnberg.

Hintergrund: Das Forum „Wirtschaft und Infrastruktur“ der Europäischen Metropolregion auf ein Projektteam „Metropolita-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Wenn wir uns als Marke positionieren wollen, brauchen wir einen zugkräftigen Namenszusatz. Der Name unserer Stadt muss sich einprägen und im Gedächtnis hängen bleiben wie ein Ohrwurm.“ Mein Chef, der Bürgermeister, verfolgt seinen Plan, aus unserer Stadt eine Marke zu machen mit feurigem Eifer. Da seine Begeisterung nicht von allen in der Stadt geteilt wird, ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, weshalb er jetzt erst selbst einmal auf die Jagd nach guten Ideen geht, bevor er die nötigen Mittel für ein aktives Stadtmarketing im Rat beantragt.

Das Naheliegendste ist, sich erst einmal einen einprägsamen Beinamen, Titel oder Slogan zu geben. Das ist ein Brauch, der so alt ist wie die Urbanität selbst. Dresden wird Elb-Florenz genannt, St. Petersburg das Venedig des Nordens

Gesucht: Ideen für ein Stadtmotto

und Bamberg das deutsche Rom. Konstantinopel hieß schon „Königin der Städte“, als es noch von Griechen beherrscht war und Rom war schon für die Zeitgenossen der Cäsaren das „Haupt der Welt“.

Gut, so hoch wollen wir in unserem bescheidenen bayerischen Landstädtchen natürlich gar nicht hinaus. Aber unter den größeren und kleineren Städten in Deutschland ist es schon länger Brauch, sich der Öffentlichkeit nicht mehr nackt und bloß mit seinem Namen zu präsentieren, sondern etwas darum herum zu basteln. Vive la différence, sagen die Franzosen und tatsächlich gibt es bei allen Kommunen ein Bedürfnis, sich von der Masse der 20.000-, 30.000- oder 60.000-Einwohner-Städte zwischen Alpen und Atlantik zu unterscheiden und damit herauszuheben. Diese Art der selbstbewussten Selbstdarstellung wird dann auf Briefköpfen und Freistemplern, auf Giveaways und Prospekten, im Internet und auf Ortshinweisschildern gerne unter die staunende Öffentlichkeit gebracht.

Was da so auf dem Markt an Anregungen zu

finden ist, dürfte an Buntheit kaum mehr zu überbieten sein. Manche Orte kokettieren damit eine „junge Stadt“ zu sein, mache machen sich zur „alten Stadt“, was sich aber nur auf den Gründungszeitpunkt bezieht und keineswegs als „altmodisch“ zu lesen ist. Manche Beinamen sind schlicht sinnfrei, so wenn sich Kommunen als „merkwürdig“ bezeichnen oder als „(i)ebenswert“. Das ist natürlich alles Kappes für unsere Zwecke. Schöne Begriffe wären „Wissenschaftsstadt“, „Zukunftswerkstatt“ oder „Stadt des Fortschritts“. Aber letzteres klingt arg nach DDR und für die ersten fehlen uns etwas die innovativen Betriebe.

Viele Städte arbeiten mit ihrer geographischen Lage und nennen sich „Tor zum Gäuboden“, „Herz des Harzes“ oder „Stadt am Fluss“, da bietet sich bei uns halt nix Einprägsames an. Man könnte natürlich auch an das Stadtwappen anknüpfen, wie die Löwen-Stadt Braunschweig oder an historische Ereignisse und traditionelles Gewerbe wie sie z. B. im Titel „Schmuckstadt“ aufscheint, wenn das Goldschmiedegewerbe große Tradition hat. Schön wäre auch der Bezug zu einem großen Sohn oder einer schönen Tochter, wie es Städte mit Luther, Faust oder den Gebrüder Grimm gemacht haben. Die heilige Hildegard von Bingen wirbt ohnehin seit dem Mittelalter für die Stadt am Rhein. Allerdings kennt unseren bekanntesten Mitbürger, Anselm von Civitaris, nur eine Handvoll Lokalhistoriker.

Mein Chef, der Bürgermeister, muss also noch einmal scharf nachdenken. Und er hat eine Idee: Ein Aufruf in der Lokalzeitung, gute Ideen für ein Stadtmotto zu liefern. Das ist innovativ, kreativ und bringt Schwung in die Diskussion. Der Marken-Plan des Bürgermeisters bekommt damit Breitenwirkung. Da er dieses Projekt mit Leidenschaft verfolgt, möchte ich ihm Mut machen und lege das heutige Kalenderblatt mit einem Satz von Voltaire auf seinen Schreibtisch: „Die echte Passion gibt Kraft, weil sie Mut gibt.“

the Sabriul

Buch am Erlbach feiert 1250-jähriges Bestehen:

„Nur einmal in meinem Leben“

Mit großem Aufwand und viel Phantasie feiert die Gemeinde Buch am Erlbach im Landkreis Landshut ihr 1250-jähriges Bestehen. Das ganze Jahr hindurch finden die verschiedensten Veranstaltungen für Jung und Alt statt. Beim Hauptfest vom 15. bis 17. Mai, das unter dem Motto „Nur einmal in meinem Leben“ steht, verwandelt sich die Gemeinde in einen historischen Ort. Bereits im März hatten Kindergartenkinder zu Ehren der 1250-Jahrfeier gleichsam als „wachsendes Denkmal“ 125 Bäume gepflanzt.

„Pohe“ (Buch) wurde erstmals 759 n. Chr. geschichtlich erwähnt, als Chuniperth von Pohe die Kirche samt acht grundbaren Bauern dem Bischof von Freising schenkte. 782 ging die

Landgemeinde Buch am Erlbach. Ein Jahr vor der Gebietsreform 1971 schlossen sich die Gemeinden Buch am Erlbach und Garzell zusammen. Die damit entstandene Gemeinde



Im historischen „Lager“, in mühevoller Kleinarbeit aufgebaut, werden die Zuschauer stilgerecht unterhalten. **□**

ser Besitz als Gründungsbeigabe an das Kloster Frauenchiemsee. Bis zur Säkularisation im Jahre 1803 war Buch die größte Hofmark des Klosters. Die Aufhebung des Klosters Frauenchiemsee bedeutete auch das Ende der Hofmark Buch. Im Zuge der Umgestaltung des bayerischen Staatswesens unter Graf Montgelas 1818 entstand

Buch am Erlbach wurde zu dieser Zeit zum Kleinzentrum.

Am Festwochenende startet Buch am Erlbach eine Zeitreise durch die Ortsgeschichte – von der Steinzeit bis zur jüngeren Vergangenheit. Am 17. Mai zelebriert Erzbischof Reinhard Marx am Morgen den Festgottesdienst und am Nachmittag können die Besucher einen etwa

zwei Kilometer langen historischen Festzug mit 60 Gruppen und mehr als 1250 Teilnehmern in originalgetreuen historischen Kostümen bewundern. Allein sechs Kirchenmodelle wurden gezimmert, ein ganzer „Kalvarienberg“ modelliert und viele andere Darstellungen gebaut. Zur Verinnerlichung und für einen besseren Überblick wird ein „Festzugbegleitheft“ mit Erläuterungen zu den 60 dargestellten Gruppen geben.

Der zweite Höhepunkt am Festwochenende in Buch am Erlbach wird das drei Tage dauernde historische Lagerleben am Festplatz des Ortes sein. Im historischen „Lager“, das von den Büchern in mühevoller Kleinarbeit aufgebaut wurde, werden die Zuschauer stilgerecht unterhalten. Weit über 800 kostümierte „Altbucher“ werden das Lager beleben.

Auch die stilgerechte Unterhaltung kommt nicht zu kurz: Fanfarenbläser, die Mittelalter-Folk-Rock-Band „Camerata Pledeliga“ aus Plattling sowie zahlreiche Gaukler und Feuerspucker wurden verpflichtet. Vorfürungen wie „Der Wilderer“ mit der geschichtlich untermauerten Gerichtsverhandlung oder „Die Pest in Buch“ werden so manchen Besucher erschauern lassen. Man darf sich auch nicht wundern, wenn etwa plötzlich eine Gruppe römischer Soldaten im Lager aufmarschiert oder Napoleon mit seinem Gefolge das Lager besetzt. Insgesamt dürfte das halbe Dorf in Sachen Festzug oder Lagerleben auf den Beinen sein, zeigt sich 1. Bürgermeister Franz Göbl zuversichtlich. **DK**

Rödental's Bürgermeister Gerhard Preß:

25 Jahre im Dienst des Bürgers

Doppelten Grund zum Feiern hatte die Führungsriege der oberfränkischen Stadt Rödental: Während erster Bürgermeister Gerhard Preß im Rahmen eines Festakts am 8. Mai sein 25-jähriges Amtsjubiläum begehen konnte, feierte seine Stellvertreterin Gisela Böhnel ihren 60. Geburtstag.

Im Kreistag Coburg gestaltet Preß die Kreispolitik seit 1994 aktiv als Fraktionsvorsitzender mit. Zudem ist er Bezirksvorsitzender des Bayerischen Städteverbandes, Bezirksverband Oberfranken, seit 1992 Mitglied des Vorstandes im Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband, nebenamtlicher Dozent der Hanns-Seidel-Stiftung für Kommunalrecht sowie bewährtes Mitglied im Landesvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU. Für seine besonderen Leistungen wurde er 2005 mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet.

Außergewöhnliche Leistung

In seiner bisherigen Amtszeit als Bürgermeister hat Gerhard Preß Außergewöhnliches für die Stadt und seine Bürgerinnen und Bürger geleistet. So ist es entscheidend sein Verdienst, dass 1988 die damalige Gemeinde das Stadtrecht verliehen bekam. Durch seine Initiative konnten zahlreiche Neubaugebiete ausgewiesen, der soziale Wohnungsbau vorangetrieben und Betriebe mit neuen Arbeitsplätzen angesiedelt und erweitert werden.

Gemeinschaftsprojekt

Die Schmelzwässer der Ilz, die immer viel Schaden angerichtet hatte, wurden mit dem

Bau des Stausees „Schönstädtspeicher – Froschgrundsee“ bebaut. Biotope am See bereichern heute die Tierwelt, Bade- und Liegeplätze locken die Ausflügler an. Flora und Fauna konnten sich auch bei der Röden wieder durchsetzen, nachdem diese gereinigt und ökologisch ausgebaut wurde. Sehr ungewöhnlich war die Errichtung der Kläranlage in Sonneberg als Gemeinschaftsprojekt des Bundes, des Freistaates und der ehemaligen „DDR“.

Innovative Projekte

In Rödental werden modellhaft weitere innovative Projekte durchgeführt, wie die Sanierung des ehemaligen Wirtschaftsguts der Herzöge von Coburg im Rahmen der Städtebausanierung oder die Schaffung sozialen Wohnraums durch eine Siedlung in Holzbauweise. Dass Rödental heute eine überaus prosperierende Region mit hohem Wohn- und Freizeitwert und einer gesunden mittelständischen Industrie darstellt, hat die Stadt vor allem seinem Rathauschef zu verdanken.

Zahlreiche Preise

Dies gilt auch für die zahlreichen Preise, mit denen Rödental bereits bedacht wurde: Von der „baumfreundlichsten Kommune des Landkreises Coburg“ durch das Landwirtschaftsministerium, der „wirtschaftsfreund-

lichsten Kommune Bayerns 2002“ durch das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium, der Verdienstmedaille des VdK für besondere Verdienste in der Behindertenarbeit über eine Auszeichnung für naturnahes Anlegen von Parkanlagen durch den Obst- und Gartenbau-Landesverband bis hin zu einem Staatspreis für



Gerhard Preß.

ländliche Entwicklung, Dorferneuerung und Flurbereinigung. Zu den besonders erfreulichen Ereignissen des vergangenen Jahres zählt, dass Gerhard Preß für die weltbekannte Hummelfiguren-Produktion einen Investor finden und diesem auch die Tür für öffentliche Mittel öffnen konnte. Mit der Fertigstellung der A 73 ist die Stadt zudem erstmals an das deutsche Fernstraßennetz angebunden, ein wichtiger Infrastrukturfaktor für Wirtschaft und Bevölkerung.

Große Baumaßnahme

Fach- und zeitgerecht wurde darüber hinaus die bisher größte Baumaßnahme im Bereich Wasser mit der neuen Trinkwasseraufbereitungsanlage

„Mönchrödener Forst“ fertig gestellt. Auch sind weitere Maßnahmen für den Anschluss des Froschgrundes an das zentrale Wassernetz vorbereitet bzw. begonnen worden.

Erfolgreiche Seniorenarbeit

Neben der Jugendarbeit wurden auch in der Seniorenpolitik neue Bereiche erfolgreich entwickelt: So zeichnete man die Stadt 2008 als einzige oberfränkische kreisangehörige Stadt mit dem „1. Preis für erfolg-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

reiche Seniorenarbeit“ aus. Erfreulich ist Preß zufolge aber auch, dass sich mit der Stiftung „Europäisches Museum für Modernes Glas“ eine weitere Bereicherung im kulturellen Bereich im Schlosspark Rosenau ergeben hat. Aktuell

könnte sich der Rathauschef Rödental als möglichen Standort für die derzeit viel diskutierte Christus-Statue vorstellen. Auch ein modernes Hotel stünde der Stadt und dem Landkreis Coburg gut zu Gesicht, ist der Bürgermeister überzeugt. **DK**

Die Fränkische Schweiz :

Das heimliche Mountainbike-Mekka

Heiligenstadt ist für den Mountainbike-Urlaub gerüstet

Viele kennen die Fränkische Schweiz als das Land der Höhlen, Burgen und Mühlen. Die Fränkische, so ist sie bei vielen Touristen bekannt, gilt als ideales Wandergebiet in Franken. Doch sie hat noch mehr zu bieten: Das Thema Radeln wird bei den Verantwortlichen in der Tourismusbranche großgeschrieben. Speziell für Mountainbiker ist das Gebiet um Heiligenstadt bestens geeignet – auch, wenn der Ort bei manchen noch als Geheimtipp gehandelt wird.

Kenner der Touren rund um Heiligenstadt wissen jedoch, es ist das einzige großflächig zusammenhängende Mountainbike-Gebiet in Franken. Betrachtet man einmal die Fakten, scheint eine solche Behauptung nicht einmal abwegig. In und um Heiligenstadt wartet auf die Mountainbiker eine Topographie, wie sie selten zu finden ist. Höhenunterschiede von 329 bis 585 m ermöglichen es, ausreichend Höhenmeter zu sammeln. Auf den drei Touren mit einer Gesamtlänge von rund 130 km können bis zu 2433 Höhenmeter erreicht werden. Die traumhaft schöne Natur, die Berge, die frische Luft, das satte Grün der Wiesen faszinieren hier immer stärker Mountainbiker.

Bei der Suche nach geeigneten Touren in der reizvollen und abwechslungsreichen Landschaft des Naturparks Fränkische Schweiz – Veldensteiner

Forst, erinnert sich Heiligenstadts Bürgermeister Helmut Krämer, waren noch eine Menge Vorbehalte gegen Mountainbiker vorhanden. Diese konnten in der Zwischenzeit abgebaut werden. Rund um die Mountainbike-Routen gibt es ausreichend radlerfreundliche Beherrschungsbetriebe, die bei der Touristik-Info in Heiligenstadt leicht zu bekommen sind.

Routenübersicht

Alle Touren sind für sportlich ambitionierte Mountainbiker konzipiert, bei denen nicht nur der konditionelle Aspekt dominiert, sondern auch das Verständnis für die intakte Natur geweckt werden soll. Es wurden vereinzelt fahrtechnisch anspruchsvollere Teilstrecken integriert. Die Teilstrecken sind verschieden lang, es besteht die Möglichkeit auch abzukürzen.

Damit bietet die Umgebung von Heiligenstadt auch Anfängern und konditionell Schwächeren, die Möglichkeit, die Region mit dem Mountainbike zu entdecken.

Die Strecken sind durchgehend beschildert und nur in eine Fahrrichtung markiert, um eventuell Begegnungskonflikte zu vermeiden.

Weitere Infos über Mountainbiking rund um Heiligenstadt sind bei der Touristik-Information Markt Heiligenstadt i. OFr., Tel. 09198/9299-32, E-Mail: tourismus@markt-heiligenstadt.de erhältlich. Die einzelnen Touren mit Karten finden sich auch auf der Homepage www.markt-heiligenstadt.de.

Die Tourismusgemeinde selbst verfügt über 500 Gästebetten, aufgeteilt auf ein 4- und ein 3-Sterne-Hotel, Gasthäuser, Ferienwohnungen, Privatzimmer und Pensionen. Zu den Freizeitmöglichkeiten im Sommer zählen neben Mountainbiking auch Wandern, Klettern, Fischen und Tennis. Die Fränkische ist durch ihre kulturellen Sehenswürdigkeiten und durch ihre gute Küche mit fränkischen Schmankerln bekannt. **DK**

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 28. Mai erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69050 · Fax 07195/690577 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik
ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Wasserzähler

HYDROMETER
Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrrometer.de